

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 23. März 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepolte Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (eingedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis per Nummer: 10 Pfg. Vierteljährlich 3,30 Pfg., monatlich 1,10 Pfg., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage. Die Neue Zeit 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhalten täglich außer Montags.

Unternehmerichwindel.

Als die Bergarbeiter im vorigen Sommer die Forderung einer Lohnerhöhung um 15 Proz. erhoben, wurde in der Unternehmerpresse behauptet, die Löhne seien im Laufe des Jahres 1906 bereits um circa 10 Proz. gestiegen und würden voraussichtlich bis zum Jahreschluss über den Satz von 15 Proz. hinausgelangen. Auch jetzt stößt man trotz der glänzenden Jahresabschlüsse der Bergwerksunternehmungen in ihren Geschäftsberichten immer wieder auf die Behauptung, die Lohnsteigerungen seien so beträchtlich, daß sie die bisher vorgenommenen Preisaufschläge vollständig ausgleichen. Alle diese der Wahrheit zuwiderlaufenden Behauptungen, die der Sucht nach noch höheren Preisen und Profiten entspringen, werden durch die — amtlichen Lohnausweise vollständig widerlegt. Da diese Ausweise auf die Angaben der Unternehmer beruhen, darf man versichert sein, daß die Lohnerhöhungen nicht zu niedrig sind.

Nach dem zahlenmäßigen amtlichen Nachweise ergeben sich nun folgende Lohnsteigerungen:

Art und Bezirk des Bergbaues	Gesamtbelegschaft		Rechtsfreie reine Löhne auf einen Arbeiter und eine Schicht		Steigerung in 1906 gegen das Vorjahr in Prozent
	1905	1906	1905	1906	
Steinkohlenbergbau					
in Oberschlesien . . .	85940	88930	3,08	3,23	4,87
in Niederschlesien . . .	25562	25068	2,94	3,05	3,74
im Oberbergamtsbezirk Dortmund . . .	250008	270288	4,03	4,37	8,43
Saarbrücker Staatsmerl. bei Aachen . . .	45737	47591	3,80	3,88	2,10
15861	17337	4,08	4,41	8,00	
Braunkohlenbergbau					
i. Oberbergamtsb. Halle linksrheinischer . . .	53478	34548	3,15	3,35	6,35
5348	6705	3,38	3,70	9,47	
Salzbergbau					
i. Oberbergamtsb. Halle Clausthal . . .	6515	7293	3,69	3,78	2,44
4631	6137	3,69	3,86	4,60	
Erzbergbau					
in Mansfeld . . .	15469	15675	3,23	3,42	5,88
im Oberberg . . .	2983	2900	2,50*	2,63*	5,20
in Stegen und Nassau . . .	17962	18686	3,18	3,69	16,03
sonst. rechtsrheinischer . . .	7394	7608	3,00	3,38	12,66
linksrheinischer . . .	8852	3760	2,59	2,76	6,56

* Einschließlich Brotvornzulage.

Die Zusammenstellung zeigt, daß im Kohlenbergbau betrieb eine Lohnsteigerung von 10 Proz. in keinem einzigen Bezirk eingetreten ist. Nur die winzige Schicht von 6705 Mann brachten es auf eine Steigerung von 9,47 Proz., der überwiegende Teil der deutschen Bergarbeiter, drei Fünftel der Gesamtbelegschaft, wurde mit einer Lohnsteigerung von 8,43 Proz. abgefunden. Der andere Teil erhielt noch weniger! Am wenigsten haben die Saarbergleute der Staatsbetriebe von der guten Konjunktur gespürt. Ihre Lohnsteigerung beträgt ganze 2,10 Proz.; dabei stehen die Löhne der Saarbergleute weit zurück hinter dem Satz, der im Oberbergamtsbezirk Dortmund und im Aachener Revier bezahlt wird.

Für den weit überwiegenden Teil der Braunkohlenarbeiter stellt sich die Lohnsteigerung auf 6,35 Proz.; nur für etwa ein Viertel der Gesamtbelegschaft ergibt sich eine Steigerung von 9,47 Proz. Noch geringer ist die Lohnerhöhung im Salzbergbau. Lohnsteigerungen von 2—5 Proz. bedeuten bei den gestiegenen Lebensmittelpreisen eine direkte Verschlechterung der Lebenshaltung.

Wie die Aufstellung ausweist, haben nicht einmal 5 Proz. der gesamten deutschen Bergarbeiterschaft eine Lohnerhöhung von über 10 Proz. erlangt, über 95 Proz. der Gesamtbelegschaft mußte mit einer Lohnsteigerung von unter 10 Proz., bis herab zu 2,10 Proz., oder 8 Pfg. pro Schicht, sich begnügen.

Die im amtlichen Lohnnachweis angegebenen Jahreseinkommen für 1905 und 1906 haben wegen des großen Streiks im Jahre 1906 keinen Vergleichswert. Auch muß die von den Unternehmern stets in Abrede gestellte Ueberzeitarbeit in Berücksichtigung gezogen werden. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund stieg z. B. im letzten Jahre gegenüber 1905 die Zahl der pro Kopf geleisteten Arbeitsschichten um 26! Der Ausfall an Schichten durch Streik im Januar und Februar ist also im Laufe des Jahres fast vollständig ansäglich worden. Das Ruhrrevier steht mit seiner Schichtzahl weitaus an erster Stelle. In Oberschlesien wurden im Jahre 1906 nur 288, in Saarbrüden 296 Schichten verfahren, mithin im Ruhrrevier 25 resp. 35 Schichten mehr. In Niederschlesien brachte man es auf 303 Schichten. Da im Ruhrrevier 1/3 der Gesamtbelegschaft der Kohlenarbeiter tätig ist, muß die enorme Uebererschichtenzahl naturgemäß die absolute Höhe des Jahresdurchschnittseinkommens stark beeinflussen.

Die „Lohnsteigerung“ bekommt ein noch trübteres Gesicht, wenn man das Einkommensmehr gliedert nach den verschiedenen Lohngruppen. Es betragen nämlich die Schichtdurchschnitts-erdienste im Oberbergamtsbezirk Dortmund:

	1905	1906	Steigerung in 1906
	R.	R.	Prozent
für unterirdisch beschäftigte eigentliche Bergarbeiter (50 Proz. der Belegschaft)	4,60	4,96	8,30
für sonstige unterirdisch Beschäftigte (27,8 Proz. der Belegschaft)	3,63	3,99	7,06
für über Tage Beschäftigte (18,8 Proz. der Belegschaft)	3,44	3,67	5,55
für jugendliche Arbeiter (3,4 Proz. der Belegschaft)	1,21	1,27	4,96

Für die am schlechtesten bezahlten Arbeiter ist die Lohnsteigerung am geringsten. Bei diesen Leuten bleibt der Zuschlag sogar noch hinter der Mehrleistung zurück, der Lohn hat sich relativ vermindert. Die Zahlen weisen auf die für den Sozialpolitiker wichtige Tatsache der sich erweiternden sozialen Scheidung innerhalb der Arbeiterschaft hin. Ein Teil der Arbeiter steigt in sozialer Beziehung etwas höher, der andere Teil wird weiter heruntergedrückt. Die Spannung zwischen den Löhnen ist schon recht bedeutend. Scheidet man die Jugendlichen aus, dann ergibt sich, daß der Lohn für rund 75 000 Mann um 20 Proz. gleich 97 Pfg. und für rund 51 000 Mann um 26 Proz. gleich 129 Pfg. hinter dem Höchstjah steht.

Zedenfalls geht aus den amtlichen Zahlen deutlich hervor, daß die gute Konjunktur den Bergarbeitern im ganzen nur wenig Vorteil gebracht hat. Den Hauptvorteil hatten die Aktionäre.

Die russische Revolution.

Reichsduma.

Petersburg, 22. März. (B. L. B.) Die Sitzung wird um 11 1/2 Uhr vormittags eröffnet. Präsident Golownin verliest die Eingänge, so den Bericht über den Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahlen in den Provinzen Penza, Tobolsk und Kaluga, ferner eine von 32 Deputierten unterzeichnete, in der nächsten Sitzung zur Beratung kommende Mitteilung über polizeiliche Uebergriffe gegen den Deputierten Sigow aus der Provinz Perm und einen von 87 Deputierten gestellten Amnestieantrag. Die Duma geht dann zur Wahl verschiedener Kommissionen über.

Die Debatte über die Bildung einer Hilfskommission zur Abwehr der Hungersnot wird wieder aufgenommen. Der Deputierte Roditschew legt in einer ausführlichen Rede dar, daß die Ausübung der exklusiven Funktionen für die Duma unumgänglich sei und betont die Notwendigkeit einer Beschränkung der Tätigkeit und Ueberwachung und Nachprüfung der Handlungen des Ministeriums des Innern vom Juli 1906 an. Die Rede wird von der Rechten mit Beifallsbezeugungen aufgenommen, erregt aber das Mißfallen der Linken. Roditschew schließt seine Rede mit der Verlesung des Antrages seiner Partei, der dem Gesetze über die Funktionen der Duma gemäß formuliert ist, und fügt noch hinzu: „Der Minister des Innern Stolypin hat im Jahre 1906 in einer Rede an die Duma versprochen, die Uebel der Hungersnot zu beseitigen, hat aber sein Versprechen nicht gehalten; jetzt ist es an der Duma, alle Anstrengungen zu machen, um die Regierung zur Verantwortung ihrer guten Absichten zu zwingen, zu denen sie sich hier im Hause bekannt hat.“ (Beifall im Zentrum und auf einigen Bänken der Linken.) Roditschew schlägt sodann vor, die zwei Fragen der Unterstützung der von der Hungersnot Betroffenen und der sonstigen Unterstützung Arbeitsloser zu trennen. Die Sozialdemokraten bekämpfen diesen Vorschlag. Der Präsident stellt den Antrag zur Abstimmung. Zuerst wird festgestellt, daß 132 Abgeordnete dagegen sind; als dann zur Fällung der Abgeordneten, die für den Antrag sind, geschritten werden soll, ruft der Führer der Sozialdemokraten Bereteli: „Wir geben nach, es braucht nicht gezählt zu werden!“

Die Abstimmung über den Hauptantrag Roditschews ist noch nicht vorgenommen worden. Man nimmt an, daß derselbe mit den Stimmen der Rechten und eines Teiles der Linken durchgehen wird. Die von Roditschew gehaltenen Rede machte den Eindruck eines bestimmten Programms, wonach die Duma die ihr durch das Gesetz vorbehaltenen Rechte ausüben soll. Da diese Frage der Regierung hochwichtig erscheint, wohnen der Ministerpräsident, der Justizminister, der Handelsminister, der Finanzminister, der Reichskontrollleur und der Direktor des Roten Kreuzes der Sitzung bei.

Die Debatten über den Antrag Roditschews füllten die ganze Sitzung aus. Die Redner der verschiedenen Gruppen formulieren ihre Anträge, aber es redet ein Sozialdemokrat nach dem anderen. Alle greifen die Regierung an und verlangen, daß eine Kommission der Duma nach den Hungersgebieten geschickt werde, um dem Volke die Augen zu öffnen über die unheilvolle Politik der Regierung. Alexinski wirft den Kadetten und der Rechten ihr Zusammengehen in dieser Frage vor und behauptet, daß in bezug auf die leibliche Wohlfahrt nach historischem Gesetz ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen der Bourgeoisie und dem Volke bestehe. Joseph Hesse von der Radettenpartei erklärt, die wahre Absicht der Sozialdemokraten bei ihrem Vorschlag der Entsendung einer Kommission sei nur, das Volk aufzuwiegen, und er fragt, wer denn die Verantwortung übernehmen wolle für die als Folge neuer Erhebungen zu verwerfenden neuen Depressalien. (Beifall beim Zentrum und bei der Rechten.)

Roditschew verteidigt sich gegen die Vorwürfe der äußersten Linken. Zum Schluß der Debatte befragt der Ministerpräsident die Rednertribüne. Er gibt Erklärungen ab über die der Duma gesetzlich zustehenden Rechte, gibt zu, daß die Gesetzgebung über die Organisation des Hilfsdienstes zur Bekämpfung der Hungersnot mangelhaft sei, und erklärt sich bereit, in bezug auf diese Hilfeleistung jede gewünschte Auskunft zu erteilen. Als Antwort auf die in der Duma heute eingebrachten Interpellationen über diesen Gegenstand werde die Regierung einen Bericht über die bis jetzt ergriffenen Maßnahmen veröffentlichen. Mit dem Antrag Roditschews sei die Regierung voll und ganz einverstanden. (Große Bewegung im Saale und lebhafter Beifall, hauptsächlich auf den Bänken der Kadetten.) Die Sitzung wird auf eine Viertelstunde

unterbrochen, um den Parteien Gelegenheit zu geben, ihre Anträge in bezug auf die Bildung der Kommission zu formulieren. Verschiedene Abänderungsanträge zu dem Antrag Roditschews werden mit 287 gegen 168 Stimmen abgelehnt, dann wird der Antrag Roditschew mit derselben Majorität angenommen. Hierauf wird die Sitzung geschlossen; die nächste Sitzung findet Montag im Lauritschen Palais statt.

Der von 87 Abgeordneten in der Reichsduma eingebrachte Antrag betreffend die Bildung einer Kommission zur Beratung einer Amnestievorlage rief einen Beschluß der vereinigten Gruppen der Gemäßigten und der Rechten hervor, durch den die Gewährung einer allgemeinen und auch einer teilweisen Amnestie in diesem Augenblick nicht für zeitgemäß erklärt wird, weil sie als Schwäche der Regierung gedeutet werden könne.

Gegen die akademische Freiheit.

Petersburg, 22. März. (B. L. B.) Dreißig Reichsratsmitglieder, darunter Durnowo, Stürmer, Stifkowski und der frühere Minister Wirtem, haben im Reichsrat die Anfrage an den Minister für Volksaufklärung eingebracht, ob wegen der ungeleglichen Versammlungen, die am 5. März in der Petersburger und der Moskauer Universität stattgefunden haben, eine Untersuchung eingeleitet sei, wer Schuld daran trage, daß sie zugelassen seien, und ob die Schuldigen zur Verantwortung gezogen seien. Die Interpellation ist die erste, die im Reichsrat nach seiner Umgestaltung eingebracht worden ist.

Wie die „Russische Korresp.“ erfährt, ist die Interpellation auf Veranlassung Stolypins entstanden, der sich des verhältnismäßig liberalen Ministers Kaufmann zu entledigen wünscht.

Riga, 22. März. (B. L. B.) Wegen Abhaltung einer verbotenen Studentensammlung hat der Generalgouverneur das hiesige Polytechnikum auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Hungerstreik.

Petersburg, 22. März. (B. L. B.) In den Gefängnissen von Kostroma, Wladiwostok, Twer und Jekaterinostaw haben die politischen Gefangenen mit dem Hungerstreik begonnen, um ihre Freilassung zu erzwingen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. März 1907.

Das Ergebnis der Altenburger Landtagswahlen.

Der Ausfall der Altenburger Landtagswahlen, über die der „Vorwärts“ schon kurz berichtete, hat bewiesen, daß es mit dem Wiedererleben der Sozialdemokratie einstweilen noch gute Wege hat. Schmerzhaft muß die gelbe Presse in Altenburg feststellen, daß „alles beim alten geblieben“ ist, daß es „leider nicht gelungen, die Genossen hinauszuwählen.“

Der Reichsverband hatte wie bei der Reichstagswahl auch dieses Mal wieder in den von der Sozialdemokratie bedrohten Wahlbezirken die Agitationsarbeit übernommen. Er kämpfte in der allgewohnten verlogenen und verkehrten Art und Weise. Seine Tätigkeit beschränkte sich auf die dritte Abteilung, in der die Sozialdemokratie drei Sitze zu behaupten hatte und vier im bürgerlichen Besitz befindliche ländliche Bezirke bedrohte. Wie bei der Reichstagswahl richtete er einen umfangreichen Schleppeidienst ein und holte, namentlich auf dem Lande, die letzten „Ordnungs“wähler hervor. In den Städten suchte er dieses Mal mit seiner Schleppeidienst vielfach auf direkten Widerstand. In Altenburg kam es in verschiedenen Fällen vor, daß seine Schleppeidienst grob abgewiesen wurden. Trotz aller Liebe Mühe, die er sich gab, brachte er in Altenburg einige hundert bürgerliche Wähler gar nicht an die Urne. Diese Erscheinung wird von der gelben Presse darauf zurückgeführt, daß man in vielen Kreisen der Ansicht sei: „Ein paar Sozialdemokraten schaden im Landtage nichts.“

Es liegt aber nicht bloß daran, sondern auch am Klassenwahlrecht mit seiner Verteilung.

Neben der Niederlage des Reichsverbandes, die in den Städten eine vollständige ist, gibt die Niederlage des verräterischen Liberalismus, der sich ansah, den Lohn für seinen Verrat am Liberalismus, für die Auslieferung des Reichstagsmandats an die Reaktion einzuhändigen, der Wahl das Gepräge. Der Altenburger „entschiedene“ Liberalismus ist ein klassischer Zeuge für die politische Verkommenheit des einst so stolzen deutschen Liberalismus. Vor dem 25. Januar schlug er die tollsten Parzelsäume und gebärdete sich ganz pudelnärrisch über das mit größtem Raffinement zusammengestellte Programm seines Kandidaten Höfer. Er bekämpfte den konservativen Gegenkandidaten mit einer Schärfe, die das Entschieden aller Vierphilister bildete. Als es aber galt, am 26. Januar Farbe zu bekennen und sich für den Fortschritt und gegen die Reaktion zu erklären, da verleugnete die liberalen Helden ihre so stolz zur Schau getragenen liberalen Grundzüge und schwenkten ins Lager der Reaktion ab. Um das Vinsengericht einiger Landtagsräte, die man ihren Führern in verlockender Weise in Aussicht stellte, suchten und fanden sie den Anstoß an die äußerste rechte Seite. Der „entschiedene“ freisinnige Kandidat Höfer schämte sich sogar nicht einmal, für den von ihm persönlich aufgestellte bekämpften konservativen Kandidaten in Wort und Schrift einzutreten. Ja er versiegte sich sogar dazu, mit ihm von Versammlung zu Versammlung zu reisen.

Es kam aber noch schöner. Der „entschiedene“ Liberalismus verband sich zu gemeinsamem üblichen Tun für die Landtagswahl mit dem Reichsverbande. In der dritten Klasse der städtischen Wahlkreise stützte sich der lahme Freisinn auf den robusten Reichsverband — auf dem Lande rief ihm aber der Bund der Landwirte ein „Gänse weg“ zu. Und der Liberalismus wachte wie ein geschlagener Hund. Zwar wollte

er über die ihm von den Agrariern zuteil gewordene Behandlung kurren, der Bund brachte ihn jedoch rasch zur Ruhe mit dem Bemerkung, daß er den Freisinn als Eindringling betrachte, der durch seine Kandidaturen — die Gesandte der Sozialdemokratie besorge, die als lachende Dritte vor der Thüre ständen, das zog. Der Freisinn wollte die Verantwortung nicht auf sich nehmen, durch seine Kandidaturen den Sozialdemokraten möglicherweise zu einem Mandat verholfen zu haben und er überließ dem Bunde der Landwirte das Feld. Die ständige Haltung des Freisinn fand ihren klaffenden Ausdruck in der Haltung seines „Führers“ Dr. Höfer. Dieser Mann, der eine entschieden liberale Vergangenheit hat, der bei unseren Genossen den Ruf eines halben Sozialisten hatte, spielte in dem Wahlkampf eine klägliche Figur. Zuerst stellte er seine Kandidatur in der dritten Abteilung in Altenburg auf, dann zog er sie zurück, weil ihm offenbar der Durchfall sicher schien und stellte sich in der dritten Abteilung der Städte im Wahlkreis auf, welcher Kreis auch der gefährlichste sozialdemokratische West ist. Wenige Tage vor der Wahl stellte ihm die Mittelstandsvereingung dort einen Kandidaten entgegen und vor ihrem Stimmzettel zog er schweigend seine Bewerbung zurück. Vorsichtshalber hatte er seine Kandidatur auch in der zweiten Abteilung der Stadt Altenburg, also bei seinen Klassen-genossen aufgestellt. Die sozialdemokratische Partei stellte aber ebenfalls einen Kandidaten in dieser Klasse auf und das Ergebnis war, daß der Mann, der durch seine Auslieferung des Reichstagsmandats an die Reaktion vollbegründeten Anspruch auf Dankbarkeit zu haben glaubte, mit einer Minderheit von drei Stimmen durchfiel. Auch der zweite Vorsitzende des liberalen Landesvereins ist vom Bürgerturn im Wahlkreis fast lächelnd abgelehnt worden. Niedergeritten wurden nicht die Sozialdemokraten, sondern die „entschieden“ Liberalen. Sie haben es nicht besser verdient. Die agrarische „Altenb. Landesztg.“ hat so wenig Mitgefühl mit ihrem Paarungsgenossen, daß sie ihn obendrein verhöhnt.

Hat der vereinigte gegnerische Ansturm nicht ausgereicht, der Sozialdemokratie die bisher besessenen Mandate zu entreißen, so ist es freilich auf der anderen Seite auch und nicht gelungen, auf dem flachen Lande den Gegnern einen Sitz zu entreißen. Die Stimmzahlen sind bei den Gegnern auf dem Lande stärker gestiegen als bei uns, ja es sind sogar in einzelnen Orten Rückgänge der sozialdemokratischen Stimmen vorhanden. Das rührt aber daher, daß die Arbeiterbevölkerung eine bewegliche ist, während die bäuerliche Bevölkerung festhaft ist. Es kommt im weiteren dazu, daß viele Ausländer beauftragt werden, die nicht zum Landtag wählen dürfen. In Anbetracht der schwierigen Umstände, mit denen wir auf dem flachen Lande zu kämpfen haben, können wir trotz alledem mit Befriedigung auf das Wahlergebnis zurückblicken. Die Gesamtstimmzahl auf dem Lande hat sich ebenso gehalten wie in den Städten, und wenn wir bedenken, wie ein Druck gerade auf dem Lande in Altenburg von den Bauern auf die abhängigen Wähler ausgeübt wird, dann haben wir Ursache, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Außerordentlich zufrieden muß man mit dem Wahlergebnis sein, das uns einen ungefähren Stimmzuwachs von 900—1000 Stimmen bringt, wenn man die Wahlmüdigkeit, die offenkundig herrscht, sich vergegenwärtigt. Es wollte und sollte sich keine Wahlstimmung einstellen; es schien, als ob der Wahlausfall vom 25. Januar und 5. Februar eine lähmende Wirkung ausgeübt hätte. Doch es gelungen ist, die Arbeiterwähler trotz alledem an die Wahlurne zu bringen und die arg bedrohten Mandate glänzend zu behaupten, ist ein Beweis mehr, daß das Vertrauen der Arbeiterklasse zur Sozialdemokratie, trotz der massenhaften Verleumdungen und Lügen über sie, unerschütterlich ist, und daß nichts vermag, dieses Vertrauen zu erschüttern. Die Landtagswahl im Herzogtum Altenburg hat den Beweis geliefert, daß die Sozialdemokratie nicht niederzureiten, nicht niederzuliegen ist. In ungebrochener Stärke steht sie vor ihren Feinden, jederzeit bereit, den Kampf aufs neue aufzunehmen.

Herr Raumann über die amtliche Wahlmacht.

Herr Raumann, der neugewählte Parlamentarier, versucht in der „Nisse“ das schmähliche Schweigen des Freisinn bei der Abrechnung mit der amtlichen Wahlkorruption in eigenartiger Weise zu rechtfertigen. Er behauptet, gerade die Sozialdemokratie habe keine Veranlassung gehabt, die Regierung wegen ihres beispiellos skrupellosen Eingreifens in den Wahlkampf anzuklagen, habe sie doch stets gelugnet, daß die Regierung über den Parteien stehen könne. Warum ihr also etwas Unmögliches zumuten! Nein, die Sozialdemokratie hatte deshalb alle Veranlassung, die mit allen Mitteln, auch solchen anrüchligster Art, arbeitende Wahlmacht der Regierung für den Hottentottenblock zu brandmarken, weil die Regierung selbst bisher immer behauptet hatte, über den Parteien zu stehen. Diese Heuchelei zu entlarven, die Regierung als den Ausschuh gewisser politischer Interessengruppen zu charakterisieren, war also nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Sozialdemokratie!

Weiter stellt es Herr Raumann mit erstaunlicher Naivität so hin, als ob durch das offene, rücksichtslose Eingreifen der Regierung zugunsten des nationalen Schweins und der Kolonialinteressenten nun mit einem Male Deutschland eine parlamentarische Regierungsform erhalten habe. Habe doch Posadowsky erklärt, daß Wilow mit der Reichstagsauflösung um „Kopf und Krone gespielt“ habe. Hätte er keine Mehrheit für den Hottentottenblock zusammen bekommen, so hätte er gehen müssen. Das selb doch eine Annäherung an die parlamentarische Regierungsform in England, Amerika und Frankreich. Das ist denn doch ein logischer Selbstmord! Selbst, wenn Posadowsky Darstellung der Wahrheit entspräche — wofür nicht der geringste Beweis vorliegt! — und Wilow beim Zustandekommen einer Anti-Wochenzeitung inkarniert worden wäre — wagt Raumann wirklich zu behaupten, daß dann die neue Regierung aus den Reihen der Blockgegner gebildet worden wäre?! Darin allein aber, in dem Systemwechsel, in dem Übergang der Regierungsgewalt an die jeweilige Parlamentsmehrheit besteht das Wesen des parlamentarischen Systems, nicht in dem Fehlenlassen einer Person, die dann durch eine andere Person ersetzt wird, die das gleiche System vertritt! So ist es bei Bobbelski gewesen, so würde es auch bei Wilow der Fall gewesen sein! Sollte Herr Raumann diesen Kern der Frage wirklich nicht zu erfassen vermögen? Oder ist es nicht nur das böse Gewissen, das ihn jetzt nach rabulistischen Verschönigungsgründen der freisinnigen Korruption beherrschend lenkt?!

Nur diesem Moment gibt es noch zahllose andere Umstände, die das deutsche zu Dreiviertel absolutistische System in den denkbaren schroffen Gegensatz zu dem parlamentarischen System z. B. Englands rücken. Wenn in England die Minister sich in den Wahlkampf stürzen, so sind sie Politiker wie jeder andere, die sich auch die gleiche Behandlung wie jeder andere gefallen lassen müssen, ohne wegen ihrer gekürzten ministeriellen Würde den Staatsanwalt für sich reklamieren zu können. Ferner steht der englischen Regierung nicht jener amtliche Wahlapparat zur Verfügung, der — vom Oberpräsidenten über den Landrat herab bis zum Schulmeister und Polizisten — in Preußen bei Gefahr der Wah-

regelung der Regierungswahlmacht Handlangerdienste zu leisten hat. In England sind die Provinzialbehörden (Grasschaftsräte) und Kommunalbehörden von oben bis unten unabhängig — in Preußen-Deutschland sind selbst die Bürgermeister und Richter von der Regierungsgunst abhängig. Das weiß auch Herr Raumann ganz genau! Wenn er trotzdem durch gefälschte Naivität die napoleonischen Klären Wilows in eine Konfession an demokratische Regierungsformen umdeutet, so beweist das nur, daß er, von dem man hier und da eine politische Blutauffrischung des kahlen Freisinn erwartete, an grundsätzlicher diplomatischer Fierlänzerei und Schönfärberei mit einem Wasser mann zu konkurrieren vermag! —

Deutsches Reich.

„Zum Kapitel der Wahlfragen“ oder „Eine sozialdemokratische Wahlfrage“ bezieht sich eine wohl vom Reichslagenverband ausgehende Notiz, die augenblicklich in Nord- und Süddeutschland gleichzeitig und in gleichem Wortlaut durch die ganze Provinzpresse läuft. Darin heißt es, daß unser Genosse Richard Fischer, Berlin II, in einer großen Wählerversammlung „feinzeitlich“ erklärt habe, auch die Sozialdemokraten hätten für Südafrika mit dem Zentrum 20 Millionen (statt der von der Regierung geforderten 25 Millionen) bewilligt, während doch tatsächlich die Präfektion sich gegen die 20 Millionen gestimmt habe. Es heißt dann:

„Bisher knüpfte ausdrücklich daran die Bemerkung, die sozialdemokratische Partei habe gezeigt, daß auch sie ein Herz für unsere Brauen im Felde befindlichen Soldaten habe und sie nicht im Stich lassen wolle.“

Er hat also vor seinen Wählern mit Bewußtsein die Unwahrheit gesagt, und zwar betreffs des Hauptpunktes des ganzen Streits! Er hat vor seinen Wählern die Stellungnahme der Partei in der ausschlaggebenden Frage gefälscht, das wirkliche Verhalten der Partei schamlos verlogen. Es mochte ihm vor der Wahl nützlich scheinen, die sozialdemokratischen Wähler, Brüder usw. unterer in Südafrika kämpfenden und leidenden Soldaten zu versichern, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer Oppositionsstellung für sie Sorge.

Und als besonders beweiskräftiger Grund für die Wichtigkeit dieser Reichsverbandssache wird angeführt, daß seinerzeit diese „Fischer'sche Fälschung“ sofort „an dieser Stelle“ festgenommen wurde.

Das letztere ist jedenfalls das einzige Wahre an der Sache. Wir können erklären, daß Genosse Fischer erst heute durch direkte Zusendungen aus Mannheim und Fort von der ganzen Geschichte Kenntnis erhielt, sonst würde er schon damals wie heute geantwortet haben, daß die ganze Geschichte ein Wahlschwindel des Reichslagenverbandes ist. Und wenn mehrere bürgerliche Reigen diese Lüge „zu bekräftigen bereit“ sind, so haben diese Jungen zwar gewiß recht große Ohren, jedenfalls aber ein sehr kleines Gehirn gehabt. Die Parteigenossen in jener großen Wähler-versammlung“ würden Fischer wohl nicht leicht heimgelächelt haben, wenn er sich und die Präfektion herbei erklärt hätte, für Südafrika 20 Millionen zu bewilligen! Aber für unsere Gegner ist keine Wahlfrage zu — dumm! —

Freisinnige Verwünschungssymptome.

Der deutsche Freisinn führt den Kampf gegen Junkertum und Autokratie zum Teil mit der zerschmetternden Waffe der — Selbstverurteilung. Wir geben gern in Gestalt der Rede des Abgeordneten Träger ein nettes Bröckchen dieser wühlenden Selbstgeißelung. Herr Raumann, der ungetreue Waffengefährte des Herrn Barth, steuert nun auch seinerseits einen Beitrag zu dieser sonderbaren Verleumdung der Reaktion bei. In einem Artikel „Fürst Bälows Grab-schrift“ schreibt er:

„Es gibt in Wilow mehr Geheimnisse, als es im ersten Augenblick scheint. Ein Blitz wies leicht als elektrische Bestrahlung. Sage mir, was du auf deinem Grabe lesen willst, und ich will versuchen, dir zu sagen, wer du bist.“

Es wird folgende Grabinschriften geben:
Der Flottenkapitän,
Der agrarische Reichskanzler,
Der Staatssekretär für Sozialreform,
Der Minister gegen den Geist.
Diese vier Inschriften werden die Zeitgeschichte darstellen. Wir wünschen ihnen vier Inhabern langes Leben, aber dem System — warte, ich darf nicht sagen, denn wir gehören ja zur Majorität!“

Das Phosphoreszieren des vertrockneten Freisinn!

Junker und Volksschule.

Die mecklenburgischen Junker gehören zu den feudalfesten ihrer Standesgenossen im ganzen Reich. Der junkerliche Charakter hat sich in der mecklenburgischen Ritterschaft am reinsten und stichfestesten erhalten. Es ist deshalb sehr interessant, was die „Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins“ in ihrer Nummer vom 21. März über die Stellung der mecklenburgischen Ritterschaft zur Volksschule und den Volksschullehrern mitteilt. Es heißt in der „Korrespondenz“:

„Die Ritter sind nichts weniger als Volksschulreife. Das beweist aufs deutlichste ihre unerschütterliche Stellung zur Volksschule. Wenn ein Führer der mecklenburgischen Ritterschaft — der neben den Einkünften seiner Güter als Rosthauptmann 16000 M. und mehr bezieht — unter dem Beifall seiner Standesgenossen sagen darf: „Gegen eine weitere Erhöhung der Lehrergehälter spricht, daß es nicht wünschenswert ist, die Lehrer besser zu stellen, als die in ähnlicher sozialer Stellung befindlichen Personen auf dem Lande, mit denen zu verkehren der Lehrer angewiesen ist“, so muß dies allein schon genügen, den Rittern das Recht der Schul-geschgebung rundweg abzuspriechen. Und wie haben sie dies Recht gehandhabt! Die Regierungsforderung von 1900 auf genügende Größe und Höhe der Schulzimmer wurde auf Anraten des genannten Rittersführers einfach abgelehnt. 1906 gab es von 499 Wohnungen ritterschaftlicher Lehrer noch 7 mit einem und 85 mit zwei bezugbaren Zimmern. Die Wasser-verbältnisse waren teilweise unter aller Beschreibung. Die Unterrichtszeit in den ritterschaftlichen Schulen betrug im Winter meistens 26, im Sommer sehr häufig 12 Stunden.“

Es gab noch 31 Schulen, wo weder Geographie, noch Welt-, noch Naturgeschichte gelehrt wurde und nur in zwei Fünfteln aller ritterschaftlichen Schulen wurde in allen drei Lehrfächern unterrichtet. Daß es sehr häufig an den alternativen unterrichteten Lehrmitteln fehlt, erscheint dabei gewiß nicht verwunderlich. Das leiden die Ritter allein, ohne zu fragen. — Die Ritter haben für ihre Lehrer natürlich auch ihr eigenes Seminar und sorgen für die Ausbildung ihrer Lehrer auf ihre Weise. Die Vor- und Ausbildungsschule für ritterschaftliche Lehrer umfaßt 4 Klassen. Als die Regierung vor einigen Jahren eine 3. Präparandenklasse forderte, weil der jetzige Zustand „besorgniserregend“ sei und an die patriotische Gesinnung der getreuen Stände“ appellierte, als der Direktor des ritterschaftlichen Seminars klagte, daß das Seminar sich außerstande sehe, vollwertiges Material zu entsenden, weil selbst die besseren Jünglinge eine zu wenig gebiegene Vorbildung mitbringen“, wurde die Forderung kurzerhand als „nicht notwendig“ abgelehnt. Ritter glauben, daß „der zweijährige Kursus die Jünglinge genügend vorbereiten und in ihnen eine Schamung pflanzen kann, die sie später als zufriedene Menschen in ihren Beruf treten läßt, so daß die in ihren Kreisen trotz aller Besserung noch immer genährte Unzufriedenheit verkommen möchte“. Das genügt. Auf diese Weise haben die Ritter erreicht, daß ihre Lehrerbildungsanstalt die einzige im ganzen

Deutschen Reich ist, welcher die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst abge-sprochen ist.“

Auch in Preußen, das ja in der Welt voran marschiert, existieren vielfach noch ähnliche Schulzustände! —

Der „amtliche“ Flottenverein.

Wie eng die schon durch die Reim-Briefe treffend charakterisierten Beziehungen des Deutschen Flottenvereins zur Regierung sind, zeigt folgende, im „nichtamtlichen Teil“ des „Lauenburger Kreisblattes“ erlassene Bekanntmachung des Lauenburger Landrats von Somnitz:

„Den Mitgliedern des Deutschen Flottenvereins teile ich hierdurch mit, daß die Zeitschrift „Die Flotte“ für den Monat März d. J. eingegangen ist und in meinem Bureau abgeholt werden kann.“

Gleichzeitig mache ich bekannt, daß Beitrags-erklärungen unter Angabe des Jahresbeitrages, der mindestens eine Mark betragen muß, an die Herren Vorsitzenden der Ortsgruppen Lauenburg und Leba oder an mich einzureichen sind.

Lauenburg, den 12. März 1907.

Der Kreisaußschuß des Deutschen Flottenvereins,
von Somnitz, Landrat.“

Das seine Blatt.

Daß den auf der Stufe der „Post“, des Reichslagenverbandes o tutti quanti stehenden Gegnern der Sozialdemokratie der gute Wille fehlt, die Sozialdemokratie objektiv zu beurteilen, ist eine längst ausgemachte Sache. Die Tätigkeit des vom Reichslager protegierten Lagenverbandes scheint nun aber auch die Fähigkeit, der Sozialdemokratie gegenüber die Wahrheit zu bekennen, vollständig erloschen zu haben. Gestern schrieben wir im Anschluß an den Bericht der Versammlung des sechsten Wahlkreises im Moabitier Gesellschaftshaus folgendes:

„Inzwischen hat sich die bürgerliche Presse schon eifertig der Mecklenburgischen Ausführungen bemächtigt. Die „Deutsche Tageszeitung“ knüpft an den Bericht die Bemerkung: „Armer Rehelein, wie wird es Dir ergehen!“ Die Frage ist so aber nicht möglich. Um aber in Zukunft aus diesem Anlaß keine Geschichtsfälschungen aufkommen zu lassen, die bei der bekannten Art unserer Gegner zu erwarten sind, wollen wir bei dieser Gelegenheit vorabgehend feststellen, daß der Genosse Rehelein im Ende voriger Woche — also vor seiner Rede im sechsten Kreise — aus seiner Tätigkeit als Berichterstatter des „Vorwärts“ ausgeschieden ist.“

Die vom Reichslager als eines der vornehmsten Blätter belobte „Deutsche Tageszeitung“ brachte es nun fertig, in ihrer gestrigen Abendausgabe folgendes zu schreiben:

„Genosse Rehelein ist gestorben.“ Dem Bericht über die Versammlung hätten wir vorgelesen die Worte an: „Armer Rehelein! wie wird es Dir ergehen?“ Inzwischen ist es dem armen Rehelein schon schlecht ergangen. Die der „Vorwärts“ mitteilt, ist Rehelein Ende voriger Woche aus seiner Tätigkeit als „Vorwärts“-Berichterstatter ausgeschieden. Ob das ganz freiwillig gewesen ist?“

Das Blatt erlaubt sich da eine doppelte Wiederholbarkeit. Einmal unterstellt es, Genosse Rehelein habe gewissermaßen aus Noche, nachdem er gestochen sei, opponiert. Zweitens läßt das Blatt frech aus dem Handgelenk heraus: „Genosse Rehelein ist geflogen!“ Gegenüber dieser neuen Probe „anständiger“ Kampfesweise Bälowscher Lieblinge konstatieren wir einfach, daß die Redaktion des „Vorwärts“ am 15. März ganz unregelmäßig durch ein Schreiben des Genossen Rehelein überreicht wurde, in dem er mitteilte, daß er seine Tätigkeit als Berichterstatter einstelle und eine Stelle als Gewerkschaftsbeamter angetreten habe. Die Ausführungen, die nach dem Schwindel der „Deutschen Tagesztg.“ sein Fliegen veranlaßt haben sollen, fanden am 19. März statt.

Ob das seine Blatt berichtigt wird? —

Verfräste Ordnungsfreunde.

Die Ordnungspresse freut sich, nach all den Annagelungen von Ordnungslügen und Verleumdungen, die in den Reichstagsreden der Genossen Fischer und Bebel zur Wahlbeeinflussungsinterpellation angestellt worden sind, dem Genossen Bebel wenigstens eine Unrichtigkeit in seiner Rede nachweisen zu können. Die Presse hat ihr die „M. Gladbacher Zeitung“ bereitet. Dieses Blatt brachte nämlich eine lange Erklärung, worin sie in Abrede stellt, daß sie die Geschichte von dem Bebel-Singerischen Seltgelage gebracht und nachher für eine Verächtlichmachung von W. verlangt habe. Wie das Blatt unter Berufung auf den Parlamentsbericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ behauptet, soll das nämlich Bebel in seiner Reichstagsrede am Dienstag gefogt haben. Die „M. Gladbacher Zeitung“ glaubt vom Genossen Bebel erwarten zu dürfen, daß er seine unwichtige Behauptung an derselben Stelle, wo er sie ausgesprochen hat, auch zurücknimmt.

Dazu wird Genosse Bebel wohl nicht in des Lage sein, aus dem einfachen Grunde, weil er von der „M. Gladbacher Zeitung“ nichts behauptet hat. Bebel hat, wie aus dem „Vorwärts“-Bericht zu ersehen ist, von dem „General-Anzeiger“ in M. Gladbach gesprochen, der sich dann in der Tat auch so verhalten hat, wie Bebel sagte. Die „M. Gladbacher Zeitung“ ist auf den ungenauen Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ hineingefallen.

Das schönste an der Sache ist, daß die „Rhein.-Westf. Btg.“ selbst die Erklärung der „M. Gladbacher Zeitung“ wiedergibt mit der freien Hinzufügung, Bebel rede und behaupte soviel, daß es ihm auf ein bißchen mehr oder weniger Falsches nicht ankomme. Die „Rhein.-Westf. Btg.“ sollte, ehe sie anderen Leuten Unrichtigkeiten vorwirft, bei sich selber nach dem Rechten sehen und ihre Berichte von falschen Behauptungen säubern.

Ähnliche freche Bemerkungen haben die „Post“ und die „National-Zeitung“ an ihre Meldungen über den Fall geknüpft. Das letztere Blatt glaubt sehr wichtig zu sein, indem es schreibt:

„Zur Entschuldigung Bebel's muß man anerkennen, daß er diesmal anfangs seiner Rede nicht erklärt hat, er werde nur behaupten, was er auch beweisen könne. Wenn er selbst damals, als er dies besonders anständig, nicht in der Lage war, sein Versprechen zu halten, wieviel weniger dann sonst!“

Die „National-Zeitung“, das sein untersehendes und gewissenhafte Blatt weiß, daß Parlamentsberichte der Tagespresse oftmals ungenau sind (im „Vorwärts“-Reichstagsbericht steht übrigens richtig: „General-Anzeiger“!) Die „National-Zeitung“ hätte also, ehe sie sich über die angebliche mangelnde Sorgfalt anderer Leute pharisäisch entrüstet, allen Anlaß gehabt, erst einmal das amtliche Stenogramm über die Rede Bebel's, das ihr zur Hand war, nachzuschlagen. Aber das fiel dem gewissenhaften Blatt natürlich nicht ein. Wenns gegen einen Sozialdemokraten und besonders gegen Bebel geht, nimmt es gierig wie eine alte Klatschbabe auf die Skandalosa jede Verleumdung ohne weiteres als wahr an. Der Hereinstall ist den Selbstgerechten daher durchaus zu gönnen.

Genosse Bebel hat der „Glabbacher Zeitung“ eine Antwort zugesandt. Unsere Parteipresse wird gebeten, so weit es nötig sein wird, von dieser Antwort Notiz zu nehmen. —

Herr Dernburg wird demnächst, wie das Postblatt meldet, seine afrikanische Informationsreise antreten. Er wird zunächst Südafrika im Auge fassen, um dann über Britisch-Südafrika und Portugiesisch-Südafrika einen Absteher in Deutsch-Ostafrika zu machen. Dann ist er ein ebenso großer Kolonialhochverstandiger wie Herr Storz und Herr Semler. — Man munkelt übrigens, daß Herr Dernburg auf seiner Inspektionsreise möglicherweise „zufällig“ dem Hänge-Peters begegnen werde, der sich ihm dann eventuell anschließen werde! —

Schiffahrtsabgaben auf der Elbe.

In der heutigen Sitzung des böhmischen Landtages führte der Statthalter in Beantwortung einer Interpellation aus, „es sei

dem Handelsminister zu der Erklärung ermächtigt, daß die deutsche Regierung in der Angelegenheit der Wiedereinführung von Schiffsahrtsgeldern auf der Elbe bisher an die Regierung nicht herangetreten sei und daß daher der österreichischen Regierung zu irgend welchen Verhandlungen über diese Angelegenheit kein Anlaß gegeben war. Um aber schon jetzt jeder Unsicherheit der am Elbewerke interessierten Kreise über die Auffassung der Regierung bezüglich des im Deutschen Reich dießfalls erstörten Projekts einer Abgabenerhebung auf der Elbe vorzubeugen, betonte er, daß die Regierung sich der Bedeutung der vertragsmäßigen Abgabefreiheit der Schifffahrt auf der Elbe für die heimische Volkswirtschaft wohl bewußt und eben deshalb an den Garantien unentwegt festzuhalten bemüht sei, die das internationale Überecht Österreich in dieser Beziehung gewährt. —

Staatsdiensthörer. Der Postbote D. war als 24jähriger Mann in den Staatsdienst getreten; nach fünfjähriger Dienstzeit bezog er bis zuletzt einen Tagelohn von 2,50 M., macht 75 M. den Monat. Hieron mußte er für Miete 10 M. und an ein Abzahlungsgeschäft, das bei seiner Verheiratung die Möbel geliefert hatte, 15 M. den Monat bezahlen, so daß ihm für seine und seiner Ehefrau sonstigen Bedürfnisse die gewaltige Summe von 41 M. den Monat blieb, wovon überdies noch sonstige kleine Schulden bestrahlt werden mußten. In seiner Not schaffte D. Briefe, Musik und kleine Palets, in denen er Vorkasse verweigerte, beiseite, den Inhalt verkaufte er an Kollegen. Der Gericht war der Angeklagte in vollem Umfange schuldig, er gab seine bebrängte Lage als Entschuldigung an. Der Vorsitzende meinte, D. habe doch eine gesunde starke Frau, warum diese denn nicht hätte mit verdienen können? Der Staat treibt also ganz in Unternehmermanier und verlangt von seinen Beamten, daß sie, um leben zu können, die Hilfe von Frau und Kindern in Anspruch nehmen. Der Angeklagte wurde dem staatsanwaltschaftlichen Antrage gemäß zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Ein Opfer fiskalischen Sparsystems! —

Braunschweig in Regententhron.

Zu der Meldung der „Braunschweigischen Landeszeitung“, wonach der Regentenschatz der Herzog Johann Albrecht zu Recklenburg dem Landtage als Regenten des Herzogtums vorschlagen werde, sind die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ vom herzoglichen Staatsministerium ermächtigt, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der es heißt:

Es hat bis jetzt weder im Regentenschatz, noch in der Landesversammlung, noch im herzoglichen Staatsministerium, noch in der letzten geheimen gemeinschaftlichen Sitzung des Regentenschatzes und der staatsrechtlichen Kommission des Landtages irgend eine entscheidende Stellungnahme bezüglich des Vorschlages und der Wahl eines Regenten stattgefunden. Auf welche Persönlichkeit sich Vorschlag und Wahl richten werden, ist noch völlig ungewiß. —

Die Eisenbahnen und die Reichstagswahlen.

In Nr. 5 des „Vorwärts“ vom 5. Januar 1907 hatten wir eine Zuschrift über die Verteilung von Weihnachtsgroßleistungen im Bereiche des Dortmund-Eisenbahnbezirks gebracht. In der Nummer 9 nahmen wir eine Vertiefung der Essener Eisenbahndirektion auf, in der unsere erste Notiz richtiggestellt wurde. Hieran hatten wir die Bemerkung geknüpft, daß wir es unserem Gewährsmann überlassen müßten, sich zu dieser Bemerkung zu äußern. Die angestellten Nachrecher haben ergeben, daß unser Gewährsmann das Opfer einer Irrführung geworden ist. Wir können daher unsere Angaben nicht aufrecht erhalten. —

Der Kluge Herr Liebert. Dem Genossen Schöpflin, so meldet die „Leipziger Volkszeitung“, ist gestern die Anklageschrift in dem Verleumdungsprozeß zugegangen, den der Reichsverbandskommandeur, Reichstagsabgeordneter und Generalkommandant v. Liebert gegen Schöpflin anstrengt hat. Schöpflin soll sich gegen nicht weniger als drei Paragraphen des Strafgesetzbuchs vergriffen haben, nämlich gegen 185, 186 und 187. Der Prozeß wird recht interessant werden. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Ausgleich ist nicht (oder noch nicht?) zustande gekommen. Die österreichischen Minister sind von Budapest nach Wien zurückgekehrt. Die Ausgleichsverhandlungen werden nach Otern fortgesetzt werden.

Budapest, 2. März. (B. L. B.) Wie verlautet, wird Ministerpräsident Bielecki sich in den nächsten Tagen nach Wien begeben, um dem Kaiser über den Stand der Ausgleichsverhandlungen zu berichten. Die Blätter konstatieren, daß bisher wohl Annäherungsversuche gemacht worden seien, jedoch kein befriedigendes Ergebnis zustande gekommen sei. Die Erweiterung wirtschaftlicher Fragen sei mit politischen und staatsrechtlichen Fragen verknüpft worden; Oesterreich scheide auf der Basis harter Gemeinsamkeit, Ungarn auf der Grundlage wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Auf so grundlegenden Basis habe somit eine Vereinbarung nicht erreicht werden können. —

Schweiz.

Staatliche Altersversicherung im Kanton Waadt.

Lausanne, 19. März. (Sig. Ver.) Das Parlament unseres in sozialen Dingen sonst sehr rückständigen Kantons hat nun den Entwurf der Regierung betreffend Einführung der staatlichen Altersversicherung angenommen. Das Gesetz bestimmt im wesentlichen folgendes: Es wird eine Altersversicherungsanstalt für den Kanton Waadt geschaffen. Der Staat übt die Kontrolle, bietet Garantie, gewährt Steuerfreiheit und befreit die Betriebslosen. Alle Personen, die im Kanton wohnen — auch die außer dem Kanton wohnenden Waadtländer — können der Versicherung beitreten. Kinder können vom ersten Tag der Geburt an eingeschult werden. Eine Einzahlung von 100 Frank gewährt dem Versicherten vom 60. Jahr an eine jährliche Rente von 120 Frank, vom 65. an von 208 Frank. Die Zahlungen können jederzeit und in jedem beliebigen Betrag geschehen. Sie können unterbrochen und nach Belieben wieder aufgenommen werden. Je nach dem einbezählten Betrage richtet sich die Rente. Doch darf diese 1200 Frank pro Jahr nicht übersteigen, ebenso darf eine Person pro Jahr nicht mehr als 1000 Frank einzahlen. Die staatliche Altersrente kann nicht abgetreten werden; die Einzahlungen können allerdings zu zwei Dritteln von Gläubigern mit Beschlag gelegt werden. — Den Einzahlenden gewährt der Staat „Aufmunterungsprämien“: Auf eine jährliche Einzahlung von 6 Frank ebenfalls 6 Frank, auf eine Einzahlung von 12 Frank 8 Frank, auf eine solche von 24—60 Frank 10 Frank. Einzahlungen können schon von 2 Frank an gemacht werden. Vermögende Leute sowie solche, die jährlich über 60 Frank einlegen, haben kein Recht auf den Staatsbeitrag. Im Falle, daß der Versicherte vor dem 60. Jahre invalide wird, erhält er eine den Umständen nach reduzierte Rente. Ueberflüsse werden zur Hälfte in einen Reservefonds gelegt, zur anderen Hälfte kommen sie frühzeitig Invaliden zugute. Defizit deckt der Staat. Wer von seiner Geburt an jährlich 6 Frank einlegt, hat vom 60. Jahre an eine Rente von 323 Frank zugute, wer 12 Frank zahlt, eine solche von 535 Frank, wer 24 Frank zahlt, eine solche von 915 Frank.

Danach scheinen die Versicherungsbedingungen nicht ungünstig zu sein.

Kein Bremserlaß!

Die Erziehungsbehörde des Kantons St. Gallen fordert mittels Rundschreiben die Schulgemeinden des Kantons auf, alle Lehrgelöhler, welche nur das gesetzliche Minimum von 1400 Frank betragen, zu erhöhen. Zur selben Zeit verbietet der preussische Kultusminister Studt den Gemeinden die Erhöhung der Lehrgelöhler!

Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel einzuführen, ferner die Erhöhung der Lehrgelöhler beschloß die Schulgemeinde Neufing-Egmach (Kanton Thurgau).

Frankreich.

Montagninis Papiere werden nunmehr von einer parlamentarischen Kommission untersucht werden, in der sich 7 Sozialisten, 11 radikale Sozialisten und Radikale, 3 Mitglieder der Union und der demokratischen Linken, 1 Mitglied der republikanischen Vereinigung, 1 Unabhängiger befinden. Zu den Kommissionsmitgliedern zählen der Abbe Lemire, der ehemalige Marineminister Pellissier und die Sozialisten Jaurès und Rouanet. Alle Mitglieder der Kommission sind für schnelle Veröffentlichung der Papiere, einige wünschen, daß man diejenigen Papiere von der Veröffentlichung ausnehme, die keinen politischen, sondern einen privaten Charakter tragen.

Dem „Figaro“ zufolge geht aus den bei Montagnini gefundenen Papieren hervor, daß der Papst vor Veröffentlichung der Enzyklika „Gravissimi“ die Meinung des konservativen Deputierten und Professors der Rechte Groussau einholte. Groussau habe ein sehr ausführliches begründetes Gutachten abgegeben, in welchem er sich mit aller Entschiedenheit für das Verbot der Kultusvereinigungen aussprach, und der Papst, der früher nicht abgeneigt gewesen sei, die Kultusvereinigungen zu gestatten, habe sich der Ansicht Groussaus angeschlossen. Ferner besinne sich unter dem Material eine Depesche des Kardinals Merry del Val betreffend die Kircheninventaraufnahme. In dieser Depesche werde den Geistlichen nicht aufgetragen, Widerstand zu leisten, sondern lediglich empfohlen, Katholiken, die sich dem Eindringen der Finanzbeamten widersetzen wollten, freie Hand zu lassen, weil von dieser Haltung ein gutes Resultat zu erwarten sei. Dieses Schriftstück sei das einzige, welches mit dem gegen den Pfarrer der Kirche St. Augustin, Abbe Jouin, angebrachten Prozesse in Zusammenhang gebracht werden könne; doch müsse betont werden, daß gerade Abbe Jouin von Montagnini, den er schon seit mehreren Jahren nicht gesehen hatte, keinerlei Weisungen erhalten habe. Dann liege ein Bericht des Monsignore Caspari vor, des Sekretärs der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten im Vatikan, welcher einen Deputierten des radikalen Lagers betreffe. Das Schriftstück trage den Vermerk „sorsit verbrennen“, Montagnini habe es unterlassen, diese Weisung zu befolgen. Ferner befänden sich unter den Papieren Notizen, aus denen der Schluß gezogen werden könne, daß der frühere Ministerpräsident Douhier nicht vollständig abgeneigt gewesen sei, zu einer Verhändigung mit der Kurie zu gelangen. Außerdem ein Taschensbuch von Montagnini, das den Inhalt seiner Unterredungen mit politischen Persönlichkeiten, darunter namentlich mit den konservativen Deputierten Prou und Demis Couin, verzeichnet. Ueber einen angeblichen Preiswechsel betreffend die von einer Dame für Rechnung Comgreaux in Rom unternommenen Schritte sei in den Papieren Montagninis nichts enthalten. —

Zum Vorsitzenden des Pariser Gemeinderats wurde der unabhängige Sozialist Lesebvre mit 42 gegen 33 Stimmen gewählt. —

England.

Der neue Grafschaftsrat von London.

In der letzten Sitzung des Londoner Grafschaftsrates kam es zu einem Konflikt zwischen den beiden Parteien wegen der Finanzlage der Stadt. Die „Moderierten“ (Gewählteren) warfen den „Progressiven“ vor, diese hätten den Kredit der Stadt London heruntergedrückt. Deren Führer antwortete, daß dies nur geschehen sei durch die verleunberischen Hebräen der Moderierten während des Wahlkampfes. Nachdem der Führer der Progressiven 15 Minuten gesprochen hatte, wurde ihm — entgegen der üblichen Gewohnheit — das Wort nicht weiter gestattet, sondern es wurde Schluß der Diskussion gemacht, worauf die Progressiven den Saal verließen.

Dieses Vorkommnis gibt einen Vorgeschmack davon, wie die „Moderierten“ ihre Herrschaft ausüben gedenken. Die Londoner Bevölkerung, die dieser reaktionären Gesellschaft zum Siege verholfen hat, wird noch ihr blaues Wunder erleben.

Rumänien.

Der Bauernaufstand dehnt sich, wie es scheint, immer weiter aus. Zuverlässige Nachrichten sind einzuweilen noch schwer zu erhalten; denn die rumänischen Telegrammenverhältnisse muß man sich etwa so vorstellen wie die russischen oder noch ärger. Demnach verdienen die ganz- oder halboffiziellen bzw. offiziellen Meldungen aus Rumänien wenig Glauben.

Wie über Wien berichtet wird, soll die Stadt Dorohoj von den Bauern vollständig ausgeplündert und niedergebrannt und die Bevölkerung geflüchtet sein. In Cucuteni, wo viele Ungarn wohnen, fand ein Zusammenstoß zwischen Rumänen und Ungarn statt, bei dem vier Ungarn getötet und dreißig verwundet wurden. In Wolosla kam es zu einem Kampf zwischen Bauern und Truppen; hierbei wurden 14 Bauern getötet. Auch der Bezirk Joltschana ist in Aufruhr; die Dristschiff Sultes ist vollständig zerstört.

Weitere Meldungen besagen:

Bukarest, 22. März. (B. L. B.) Unweit Galatz fand ein heftiger Kampf zwischen Bauern und Militär statt; es gab dabei mehrere Verwundete. Die Lage in der nördlichen Moldau ist noch immer besorgniserregend.

Jassy, 22. März. (B. L. B.) Nach den bisherigen Feststellungen sind 350 Dörfer geplündert worden, außerdem noch in mehreren Städten zahlreiche Häuser. Der Verkehr auf dem Bahnhohe beginnt zu stocken, da die Bauern die Jäge anhalten und plündern. Aufsolenderweise wurde das Gut des Fürsten Ghita von den Bauern vollkommen verbrannt. Doch verlangen sie, daß der Fürst sofort von Bukarest auf das Gut zurückkehre und dort verbleibe, was auch telegraphisch zugesagt wurde. — Die Stadt Botoschani gleicht einem Trümmerhaufen. Der angerichtete Schaden beträgt mindestens vier Millionen Kronen. Die Bauern haben bei der Plünderung der Banzhäuser Wertpapiere wie gewöhnliches Papier zerrissen.

Die österreichische Regierung hat die Konzentrierung von Gendarmen an der Grenze der Bukowina und Rumänien angeordnet und ein staatliches Sanitätsorgan dorthin entsendet. Von militärischen Maßnahmen ist Abstand genommen worden, da die Bewegung bisher die Grenze nicht überschritten hat.

Die Regierung Rumaniens gibt sich den Anschein, als ob sie die „Redolte“ der „poar Bauern“ mit Leichtigkeit ohne freundschaftliche Hilfe niederschlagen werde. So meldet das Wiener K. K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau aus Bukarest vom 22. März: „Seitens der rumänischen Regierung sind alle Anstrengungen gemacht worden, um in den Bezirken an der österreichischen Grenze die Ruhe wiederherzustellen. Ein Regiment ist gestern dorthin abgegangen, zwei weitere heute. Die Meldung, daß Militär und Polizei den Wanden Vorschuß leisten, entbehrt jeder Begründung. Trotzdem das Militär Blutvergießen möglichst zu vermeiden sucht, sind bei seinem Einschreiten bisher vier Personen getötet und neun verwundet worden. Durch den plötzlichen Ausbruch haben allerdings vielfach auch Ausländer zu leiden gehabt, es ist aber zu hoffen, daß durch die verfügten Maßregeln die Ordnung baldigst wieder hergestellt werden wird.“ —

Afrika.

Preteroria, 22. März. (B. L. B.) Beide Häuser des Transvaal-Parlamentes haben einen Antrag betreffend die Rechtsverhältnisse der Afrikaner angenommen, nach welchem Staatsangehörige von Britisch-Indien, die in Transvaal anständig sind, gewissen Beschränkungen unterworfen werden. Der Beschluß erregt Aufsehen, da die Londoner Regierung einer Verfügung gleichen Inhalts vor einigen Monaten die Zustimmung hauptsächlich infolge des von Seiten der Jnder erhobenen heftigen Widerspruch verweigert hat.

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Seit 14 Tagen sind die Schauerleute in Hamburg ausgeperrt, weil sie sich nicht zu willenslosen Sklaven der Unternehmer herabdrücken lassen wollen. Die Meeder und die anderen Unternehmer geben an, den Kampf um die Verweigerung der Nachtarbeit zu führen, in Wirklichkeit aber handelt es sich um die Vernichtung der Organisation nach dem Muster der englischen „Shipping Federation“. Es ist den Unternehmern gelungen, im Laufe der Aussperrung etwa 200 Streikbrecher aus England zu importieren, die hier auf Schiffen einquartiert, also vollständig gefangen gehalten werden. Die englischen Gewerkschaften und die Presse sind jetzt durch uns in Bewegung gebracht; es werden in England Versammlungen und Demonstrationen arrangiert und der Erfolg ist, daß der Zustrom von Streikbrechern zu verlegen scheint. Außerdem ist es uns durch Agitation unter den Streikbrechern selbst gelungen, Hunderte zum Verlassen der Arbeit zu bewegen, sie befinden sich bereits wieder auf dem Rücktransport.

Jetzt wollen es die Unternehmer in Deutschland versuchen!

In den großen Handelszeitingen haben sie gestern eine Anzeige veröffentlicht, nach welcher sie 2000 Arbeiter suchen, sie versprechen einen Wochenlohn von 30 M. und für Sonntag- und Nachtarbeit 1 M.; außerdem soll ein auf ein volles Jahr gültiger Kontrakt abgeschlossen werden. Diese Versprechungen gehen weit über das hinaus, was die Schauerleute jetzt an Lohn und Entschädigung für Nacht- und Sonntagsarbeit erhalten, sind demnach nichts weiter als eine Lockspeise. Ferner sind die Unternehmer nach Lage der Verhältnisse gar nicht in der Lage, für ein Jahr Kontrakte abzuschließen, also tun sie es nur, um die Leute hierher zu locken. Wahrscheinlich kalkulieren sie, daß, wenn die alten Schauerleute erst wieder anfangen zu arbeiten, die Leute, die auf die Anzeigen antworten, schon von selber wieder wegläufen und dann sind sie ihren Verpflichtungen enthoben, da nicht sie, sondern die Arbeiter selbst den Kontrakt gelöst hätten.

Aber ganz abgesehen davon wäre es eine direkte Schande für die deutsche Arbeiterschaft, wenn es den Unternehmern jetzt — wo die Engländer den Import verhindern — gelingen sollte, Ersatz zu finden. Die Schauerleute sehen wie ein Mann, sie sind bereit den Kampf für ihre Organisation bis aufs äußerste zu führen, sie weichen nicht — wenn sie nicht von den Streikbrechern niedergetreten werden. —

Geübte Streikbrecher gibt es bisher nicht; mit Ausnahme der sogenannten Bienen hat sich dem Unternehmertum kein Hamburger Arbeiter zur Verfügung gestellt. Das ausländische Gesindel kann den Aussperrung nichts anhaben; aber wenn es den Unternehmern gelingen sollte, einige Tausend fräftiger Streikbrecher in Deutschland zu finden, dann wird die Sache für sie bedenklich, nur dann können die habgierigen, brutalen Ausbeuter siegen!

Verteigenossen! Helft das verhindern! Versucht nach Möglichkeit, jeden Zugang von Hamburg fernzuhalten! Ganz gleich, welcher Beruf in Frage kommt. Konflikte bestehen dort augenblicklich in fast allen Berufen und wenn die Zureisenden in ihrem Verufe keine Beschäftigung finden, dann gehen sie zum Hafen. — Also haltet jeden Zugang fern, auf strengste fern, damit dieser mit so viel Brutalität geführte Schlag des Unternehmertums abgewehrt werden kann.

Hoch die Solidarität!

Berlin und Umgegend.

Die Drahtarbeiter von Berlin und Umgegend werden von den Unternehmern zu einem Kampf herausgefordert, anders läßt sich das Verhalten des Vereins der Berliner Drahtindustriellen dem neuen Tarifvorschlag gegenüber nicht erklären. Den Wunsch der Arbeitgeber, den alten Tarif, der am 1. April abläuft, rechtzeitig zu kündigen, haben die Arbeiter schon am 6. Februar erfüllt. Die Vorgänge der letzten Wochen schilbert Handte vom Metallarbeiterverband in einer hier besuchten Versammlung der Drahtarbeiter am Donnerstagsabend in Weaumanns Hofjalen, Raunhoferstraße. Eine neue Vorlage ist eingereicht worden, eine Antwort aber, um die wiederholt ersucht wurde, ist nicht erfolgt. Dagegen hat man eine volle Tätigkeit in der Arbeitgeberorganisation wahrgenommen, die offenbar eine Mischung zum Kampfe mit den Arbeitern auf der ganzen Linie bezweckt. Die Kadler- und Siebmacher-Union scheint im Wunde mit dem Verein der Drahtindustriellen vorgehen zu wollen. Man sucht Arbeitskräfte in den Provinzen; in einer Stadt in Oberschlesien wurden Angebote gemacht, 40 Drahtarbeiter kontraktlich für Berlin zu engagieren. Man läßt auch schon Baren für Berlin außerhalb herstellen, und man häßt mit aller Macht den Unternehmerverein; jeder Selbständige wird dringend zum Beitritt aufgefordert. Einmal Mitglied, ist er als kleiner Unternehmer dem großen schonungslos ausgeliefert, denn im Verein herrschen äußerst scharfe Bestimmungen, um die Disziplin aufrecht zu erhalten.

Auf der anderen Seite ist die Organisation der Arbeiter auch rätig gewesen, um nicht untätig dem Treiben der Unternehmer zuzusehen. Der Verband hat die deutschen Drahtarbeiter vor Zug nach Berlin gewarnt und auch die nötigen Vorbereitungen zum Kampfe getroffen. Nach einer Beratung mit den Vertrauensmännern und der Agitationskommission wurde den Versammelten folgender Vorschlag unterbreitet. In jeder Werkstatt sollen bis Sonnabend einige Vertrauensleute dem Unternehmer die neue Tarifvorlage überreichen und bis nächsten Mittwoch um eine Antwort ersuchen. Von der erhaltenen Antwort wird dann die weitere Stellungnahme abhängig gemacht. Am 2. April begeben sich die Kollegen nicht zur Arbeit, sondern zu einer Versammlung, die vom Verbands einberufen werden wird. Dieser Vorschlag wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Dankes Appell an die Versammelten, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern dem organisierten Unternehmertum die Spitze zu bieten, das den Arbeitern gern eine Schlappe beibringen möchte, fand allgemeinen lebhaften Beifall.

Eine für alle im Tarifverhältnis stehende Gewerkschaften außer wichtige Angelegenheit

kam in der am Donnerstag im Gewerkschaftshaus von der Ortsverwaltung Berlin des Metallarbeiterverbandes abgehaltenen Altemperverammlung zur Sprache.

Weyel berichtet über den Fall folgendes: In der auf Grund des Tarifes bestehenden Schlichtungskommission hatten die Arbeitnehmer den Unternehmer Seeger als Mitglied abgelehnt, weil ihnen bekannt war, daß S. ein prinzipieller Gegner der Tarifverträge ist und bereits mehrere Male den bestehenden Tarif gebrochen hat. Die Arbeitgeber versuchten nun, den Spieß umzudrehen und leiteten die Kollegen Cohen und Weigel als Mitglieder ab, weil ihrer Auffassung nach in der Schlichtungskommission nur im Beruf tätige, gelehrte Altempner sich und Stimme haben könnten und Cohen und Weigel Beamten des Metallarbeiterverbandes seien. — Die Schlichtungskommission als solche verwarf aber die Ansicht der Arbeitgeber und riefen diese das Einigungsamt des Gewerbegerichts an. Dieses hat nun im Sinne des Antrages der Arbeitgeber entschieden und haben nunmehr sämtliche Arbeitnehmer ihre Kanten niedergelegt, so daß zurzeit eine Schlichtungskommission

im Klempnerberuf nicht besteht. Es müsse demzufolge die Versammlung sich schlüssig werden, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, ob eine neue Kommission gewählt werden solle oder nicht.

Cohen legte die prinzipielle Bedeutung des Schiedsspruchs klar. Seiner Auffassung nach sollte in diesem Falle die Ortsverwaltung von der Überwachung der Innehaltung des Tarifs ausgeschlossen werden, obwohl der Tarif von Organisation zu Organisation abgeschlossen sei. Bezeichnend sei es, daß an dem Spruch des Einigungsamtes die bekannten Herren Rasse und Dr. Blachlofer mitgewirkt haben, die von vornherein als Arbeiter- und Organisationsgegner, und darum als befangen zu betrachten seien. Wenn nun dem Wunsche der Arbeitgeber sowie dem Schiedsspruch gemäß nur „in Arbeit“ stehende Kollegen an den Sitzungen der Schlichtungskommission teilnehmen dürften, so würden diese, nach eigenem Zugeständnis der Arbeitgeber, bei zu oftiger Arbeitsverfassung entlassen werden und könnten dann nicht mehr Mitglied der Kommission sein.

In der Diskussion sprachen sich die Anwesenden dahingehend aus, daß dies nur ein vom Sekretär der Kühnemänner angezettelter Vorstoß sei, um einen Präzedenzfall zur Ausschaltung der Ortsverwaltungsbehörden und der sich mißliebigen machenden Kollegen zu schaffen.

Ein Antrag Daseker wird einstimmig angenommen, der verlangt, daß vorläufig eine Schlichtungskommission nicht gewählt werde.

Cohen erhält nach Erledigung dieser Sache zum eigentlichen Thema: „Unser Tarif zum 1. April“ das Wort. Durch den Beschluß der Versammlung sei der Spruch des Einigungsamtes abgelehnt und haben es sich die Arbeitgeber selbst zuzuschreiben, wenn jetzt in jedem einzelnen Differenzfall die Produktion unterbunden werde.

Der Tarif sehe zum 1. April eine Lohnerhöhung auf 72½ Pf. vor, es dürfe also am ersten Zahltag im neuen Quartal sich kein über drei Jahre als Geselle tätiger Kollege eine niedrigere Entlohnung gefallen lassen. Es werde aller Voraussicht nach im April im Baugewerbe zum Kampf kommen und werden dabei die Bauknechte in Mitleidenschaft gezogen. Es habe den Anschein, als wollten die Arbeitgeber durch die Bauarbeiterbewegung den Klempnern ein aufräumen. Alles deute darauf hin, daß die Unternehmer ihren lange beglegten Herzenswunsch, die Arbeiterorganisationen zum Verschwinden zu bringen, in die Wirklichkeit umzusetzen gewillt seien. Jedoch ist sich die Ortsverwaltung und die Agitationskommission ihrer Pflicht bewußt und wird in ruhiger, nüchternen Weise die Situation beobachten. Sache der Kollegen sei es aber vor allen Dingen, auf der Hut zu sein, um dem eventuellen Ansturm der Unternehmer geschlossen gegenüberzutreten zu können.

In der Diskussion sprachen sich alle Redner mehr oder weniger im Sinne Cohens aus.

Die Möbeltransportarbeiter versammelten sich am Freitagmorgen wieder in voller Stärke im Gewerkschaftslocale. A. Werner und Dehn berichteten über die Lage des Streiks. Die Position der Arbeiter ist durchaus günstig zu nennen. Die Angestellten von vier weiteren Firmen haben sich den Streikenden angeschlossen. Die Firmen Stanitz und Brinmann haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt und einen Vertrag mit dem Zentralverband unterzeichnet. Vier kleine Firmen, davon drei in Charlottenburg, haben ebenfalls mit dem Verbande Frieden geschlossen. (Ein kleiner Irrtum hat sich in unserer Bericht von vorgestern eingeschlichen, indem Mayer-Rixdorf und Uedermann-Moabit nicht die Liste der Firmen verzeichnet, die bewilligt haben, sondern die Liste derjenigen, wo gestreikt wird.) Die Arbeiter von Franzowial sind wieder zu den Streikenden übergetreten. Bei Anauer hat sich ein großer Teil der alten Arbeiter mit den Streikenden solidarisch erklärt, was sehr beifällig von den Versammelten aufgenommen wurde. Die Charlottenburger Feuerwehr, von der zuerst gemeldet wurde, daß sie keine Umzugsarbeiten verrichten würde, hat dennoch in einigen Fällen solche Arbeiten übernommen; auch über die Berliner Feuerwehr wurde wieder Klage geführt. In einem Falle waren Angestellte der Maschinenfabrik Wölke bei einem Umzug tätig und sie erhielten später Ablösung durch Leute von der Feuerwehr. Die Streikposten werden in den letzten Tagen vielfach von der Polizei bedrängt, aber die Posten tun ihre Schuldigkeit an allen Plätzen, wenn sie auch manchmal einen schweren Stand haben. Die Streikleitung erwähnt die Arbeiter regelmäßig, sich nirgends zu Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen und diese Ermahnungen finden auch willig Gehör, denn die organisierten Arbeiter wissen, daß Gewalttätigkeit ihrer Sache nicht förderlich sind. Die Unternehmer müssen von seiten des Publikums immer dringender den Frieden, denn die große Umzugszeit ist da, und die Sorge der Leute, die umziehen müssen, wächst von Tag zu Tag. Wie sehr die Sorgen begründet sind, läßt sich an der Tatsache erkennen, daß von mehr als 20 Firmen, die sonst 200 große Möbelwagen auf den Straßen haben, gegenwärtig nur 56 unterwegs sind, bemant mit sehr mangelhaftem Personal, oft ganz junge Burschen, fast immer ungeübte Leute.

Gestreikt wird gegenwärtig bei folgenden Firmen:
Klod — Dahle — Dräger — Dreißig — Jährenberg — Franzowial — Große — Kaufmann — Anauer — Lehmann — Vissel — Weber, Dorotheenstr. — Maier, Rixdorf — Reißner — Rende — Ratow — Schubert — Schur — Schäfer — Schloßner — Schumacher — Schulz, Wernburgerstr. — Schulz — Tschöner — Uedermann, Moabit — Uebel — Zimmermann.

Gegen eine Erklärung der Unternehmer im „Lokal-Anzeiger“ protestierten die Versammelten durch eine Resolution. In der Erklärung hieß es, daß es sich hier nicht um eine Lohnbewegung handle, sondern um eine Rechts- und Prinzipienfrage, veranlaßt durch den Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter. Dieser Verband hätte die Arbeiter zu unbedingten Forderungen verleitet, und die Unternehmer müßten es zurückweisen, mit dem Verbande zu verhandeln. Die Arbeiter erklärten demgegenüber, daß die Bewegung aus ihrer eigenen Initiative hervorgegangen sei, veranlaßt durch die geringe Entlohnung und die lange Arbeitszeit in Verbindung mit den schwer empfundenen Leuerungsverhältnissen. Die Arbeiter wiesen auch auf ihre aufstrebende und gefahrbringende Tätigkeit hin. Die Zweifel der Unternehmer an der Vertragsfähigkeit der Arbeiter betrachten die Streikenden als darauf berechnet, die öffentliche Meinung irre zu führen. Sie vertrauen auf den Sieg ihrer gerechten Sache.

Zum Streik der Speicherarbeiter auf der Salomomühle ist mitzuteilen, daß Herr Salomo nach wie vor auf seinem absehnenden Standpunkt beharrt und den Arbeitern keine Zugeständnisse machen will. Er begründet dies damit, daß er durch Verträge gebunden sei. Ferner hätten sich die Mühlenfabrikanten gegenseitig verpflichtet, daß der eine nicht höhere Löhne als alle übrigen bezahle. Daß dieses Argument nicht stichhaltig sei, wurde Herrn Salomo durch seine Arbeiter bei der gepflogenen Verhandlung bereits dazunachgewiesen, daß er etlichen Arbeitern einen höheren Lohn angeboten habe, wenn sie sich nicht an der Bewegung beteiligen würden; ferner zählte ein hiesiger Mühlenfabrikant seinen Arbeitern bereits 45 Pf. pro Stunde. Herr Salomo macht die größten Anforderungen Arbeitswillige zu bekommen; ein Stellvertreter in der Ackerstraße sucht im Auftrage der Firma Arbeiter für 50 Pf. Stundenlohn. Ein Beweis, daß die Behauptung des Herrn Salomo, er dürfe keinen höheren Lohn als 40 Pf. zahlen, nicht richtig sein kann. Bis jetzt hatte Herr Salomo jedoch kein Glück, Erfolg für seine streikenden Arbeiter zu bekommen. Vorläufig leisten nur seine kontrosten Arbeitswilligendienste. Diese Herren in Stichtagen und Schnobelschäden, die sonst hochmütig auf den Arbeitern herabsehen, finden es nicht unter ihrer Würde, christlichen Arbeitern, welche um Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen, den Rücken zu fallen. Ihr sonst zur Schau getragenes Standesdünkel hindert sie nicht, den Aufführern, welche es ablehnten, sich

selbst die Mehlfäcke vom Boden zu holen, die Bogen zu beladen. — Herr Salomo will sich nunmehr, wie verlautet, nach der Provinz um Arbeitskräfte wenden. Wir ersuchen deshalb die Getreide- und Speicherverarbeiter allerorts, nach Berlin keine Arbeit anzunehmen, da vielleicht auch auf den übrigen Speichern der Kampf nicht ausgeschloffen ist.

Achtung! Friseurgehülfe! Der Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmachergehülfe Berlins befindet sich nicht mehr Schillingstr. 15—16, sondern derselbe ist nach Wegners Restaurant, Dirschstr. 46, am Bahnhof Börse hin verlegt worden. Alle Anfragen betreffs Verbandsangelegenheiten sind ebenfalls dorthin an unseren Bevollmächtigten Baumgart zu richten und ersuchen wir die Arbeitgeber, ebenfalls davon Notiz zu nehmen. Gleichzeitig werden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß die Kontrollkarte nur Gültigkeit hat, wenn die laufende Woche abgestempelt ist. Die Differenzen mit der Firma Elter, Gubenstr. 47, sind geregelt worden. Bureauzeit von 10—1 Uhr. Telefon Amt 3 Nr. 1824.

Der Vorstand. Baumgart.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung im Hamburger Hafen.

Ueber die Ursachen der brutalsten Nachgelassenen des Scharfmacherklüngels an der Wasserfront entsprungener Aussperrung von über 4000 Schauerleuten sind unsere Leser hinreichend informiert, so daß es sich erübrigt, noch ein Wort hierüber zu verlieren, wenn nicht der ungefährte Herrscher von Hamburg, Generaldirektor Ballin, eine donnernde Philippika in der mit fetten Streifbroschüren und sonstigen Rederdelamantationen gespickten Bourgeoispreffe gegen die Agitation der streikenden Schauerleute und deren sozialdemokratische Organisation losgelassen hätte. Gleich im ersten Satz dieser Rederlungsbildung — Herr Ballin unterzeichnet sie als Vorsitzender des Vorstandes des Vereins Hamburger Redner — ist eine Unwahrheit enthalten: denn er spricht nicht von ausgesperrten, sondern von streikenden Schauerleuten. Das ist so des Landes Brauch. Nachdem er sich so einen Reconnaisanceboden geschaffen zu haben glaubt, wirft er den „streikenden“ Schauerleuten das vor, was er jeden selbst getan hat, nämlich wahrheitswidrige Darstellung des Konfliktes. Die zehntägige Kalkulationssperre 1906 bezeichnet er als ein bitteres Nulz, ebenso die Errichtung eines allgemeinen Arbeitsnachweises für diese Kategorie von Hafenarbeitern, „eine Einrichtung, die der Organisation allerdings in hohem Maße unbehaglich war.“ Jene, sehr unbehaglich ist diese Einrichtung den Hafenarbeitern! Herr Ballin hat also selbst herausgefunden, daß dieses Kontrollbureau schlimmster Art mit zu dem Konflikt gehört. In dem Beschluß der Schauerleute, nur bis zehn Uhr abends zu arbeiten, erblickt er einen schändlichen Bruch des Tarifabkommens. Dann behauptet er: „Denn ihnen (den Schauerleuten) lag nicht daran, mit den Arbeitgebern in anständiger Form zu verhandeln, sondern ihnen lag nur daran, die Arbeitgeber zu bestrafen für die Aussperrung der Leute im Rat.“ „Bestrafen“ dürfen also nur Ballin und Genossen. Auch diese Darstellung ist unwahr, denn die Schauerleute haben, wie erst vorgeführt ausgeführt und wie die vielen diesbezüglichen Schriftstücke beweisen, sich wiederholt in bescheidenster und höflichster Weise an die Arbeitgeber gewandt und diese um Verhandlungen ersucht. „Erst den Nevers unterschreiben: „Zur Nacharbeit bereit“, dann unterhandeln wir.“ hieß es stets und heißt es noch jetzt von jener Seite. Diesen Herrensstandpunkt vertritt B. auch in seiner Kundgebung und fügt hinzu:

„Nachdem das Geschehen ist (die Unterschreift), kann kein Bedenken vorliegen, mit einem von den Leuten aus ihrer Mitte zu wählenden Ausschuss in Verhandlung zu treten. Wenn bei den Arbeitern durch triumphierende Artikel in den sozialdemokratischen Organen der Glaube erweckt werden soll, daß sie bei diesem Streit um die Macht im Hamburger Hafen die Oberhand behalten würden, so wird dieser Glaube sich als eitel erweisen. Denn für die Hamburger Unternehmer kann es keinen verlorenen Kampf geben, sie sind sich in ihrer letzten Versammlung darüber völlig einig gewesen, daß selbst ein Ende mit Schreden besser sei würde als dieser Schreden ohne Ende, dem sie durch den Uebermut und durch die Beherrschung der Hafenarbeiter während der letzten Jahre ausgekehrt gewesen sind.“

Die „Hollierung“ der englischen Streifbroschüre „rechtfertigt“ Ballin unter heftigen Angriffen auf die „sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen“, indem er sich ein unter den englischen Arbeitern verbreitetes Flugblatt, betitelt: „Is Slavery sanctioned by German Government?“ (Ist Sklaverei gestattet unter deutschem Regiment?) vornimmt und in nicht mißverständlicher Weise die Gegenfrage aufstellt: „Wo ist die Regierung?“ Das ruhige maßvolle Verhalten der Aussperrten (bei Ballin heißt es stets unwahrheitsweise: „Streikende“), wie es in der Arbeiterpreffe und in Versammlungen konstatiert wird, führt Ballin nur auf die „Hollierung“ der Streifbroschüre zurück. „In Wahrheit ist dieses „ruhige Verhalten“ nur dem Umstande zuzuschreiben, daß die Arbeitgeber die Hollierung der Arbeitwilligen in einer Weise durchzuführen, die geradezu eine Satire auf die Freiheit der Arbeit ist, die ein geordnetes Staatswesen garantieren soll. Die Unternehmer müssen fragen, ob sich Stadt und Hafen von Hamburg tatsächlich unter dem terroristischen Regiment der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen befinden.“ Und so geht es mit Grazie fort. In grauen Farben malt er aus, was alles geschehen könnte, wenn man die „Stolz“ frei herum laufen lassen würde. Die „Rechtfertigung“ der „Hollierung“ ist geradezu lässlich, wie die Rabulistik in dieser Scharfmacherpreffe, berechnet zu dem Zweck, die Staatsbehörden gegen die Aussperrten in Bewegung zu setzen und dem Publikum, vor allem den ungebildeten Kaufleuten Sand in die Augen zu streuen, eine meisterhafte ist.

Dann klagt Ballin über die ungenügenden Raumverhältnisse im Hamburger Hafen und beschuldigt die Schauerleute, durch ihr Verhalten die Kalamität noch vergrößert zu haben, indem sie durch Fernhaltung des Zugangs von Arbeitskräften nach dem Hamburger Hafen die Einrichtung regelmäßiger Tage- und Nachtschichten verhindert hätten. „Es ist ohne weiteres klar, daß wenn es uns nicht gelingt, eine intensive Ausnutzung des Hamburger Hafens herbeizuführen, wir einen erheblichen Teil des deutschen Verkehrs nach den belgischen und holländischen Konstruktionshäfen treiben.“ Klagt der Generalagent der Flusnmachergesellschaft. Und das täufelt der Herr auf, nachdem der Redner vor sechs Monaten erklärt haben, sie hätten kein Interesse mehr an der teuren Nacharbeit und hätten sich mit dem gegenwärtigen Zustande abgefunden! Ebenso hieß es diesbezüglich im Handelskammerbericht für 1906. Am Schluß trötet er die Kaufleute, Ladungsempfänger usw., daß die äußerst bescheidenwertigen Störungen, die sich gegenwärtig nicht vermeiden lassen, bald behoben sein werden. „In keinem Bus- und Schmerzensgrade gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß innerhalb der nächsten acht Tage 6000 arbeitswillige Leute zur Verfügung stehen werden.“

Unter Führung des Oberhaupten wollen also die „national“ gesinnten Redner es sich Missionen kosten lassen, um die brutalisiereten und um menschenwürdige Zustände kämpfenden Schauerleute mit Hilfe von Lumpengehülfe fremder Jungen niederrücken zu können. So bekundet das Hamburger Redertum sein Interesse für das Allgemeinwohl!

Verfammlungen.

Die Arbeiterinnen der Dampf-Waschanstalten und Plättereien waren zu einer öffentlichen Versammlung einberufen, die am Mittwoch in der Weberstraße 17 tagte. Zur Erörterung stand die Frage, welche Stellung die Arbeiter und Arbeiterinnen zu der von den Wasch- und Plättianstaltsbesitzern beschlossenen Preiserhöhung nehmen. Als Referent sprach Kellner, der Vorsitzende des Verbandes der Wäsche- und Krautwäscherinnen und Arbeiterinnen. Im Jahre 1900, gelegentlich der Bewegung der Plättierinnen, erklärten die Besitzer der kleinen Plättereien, nicht mit ihren Konkurrenten, den Besitzern der Dampf-Waschanstalten, zusammen-

zugehen. Nun hat aber im vorigen Jahre ein Kongress stattgefunden, auf dem sich die Plättiereibesitzer mit den Dampf-Waschanstaltsbesitzern zusammenschloffen, um einerseits das Publikum auszunutzen und andererseits eine Waffe gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen zu haben. Der Kongress ist sich darüber einig geworden, daß vom Publikum höhere Preise gefordert werden sollen. Kürzlich haben die Wasch- und Plättianstaltsbesitzer von Berlin und Köpenick eine Versammlung abgehalten, wo sie eine Preiserhöhung von 15—50 Proz. zu fordern beschloffen. Begründet wurde die Forderung mit der Erhöhung der Materialpreise und den angeblich erhöhten Löhnen. Der Behauptung, daß die Löhne in Wasch- und Plättianstalten gesunken seien, trat der Referent entgegen. In den letzten 2 bis 4 Jahren ist keine Lohnerhöhung eingetreten. Die Lohnaufbesserungen, welche im Jahre 1900 erreicht wurden, sind wieder zurückgegangen. Der Anfangslohn in Dampfwaschereien beträgt 7 M. wöchentlich und stellt sich im Durchschnitt auf 11 bis 12 M.; ausnahmsweise bringt es eine tüchtige Plättierin auf 18 M. Nach Angabe der Besitzer werden in Köpenick Tagelöhne von 2,50 bis 4 M. gezahlt. In Wirklichkeit beträgt der Höchstlohn in Köpenick 1,75 M. Die Agitation unter den Arbeiterinnen hat gute Fortschritte gemacht und das veranlaßt die Arbeitgeber, gegen die Organisation der Arbeiterinnen vorzugehen. So hat der Inhaber der Firma Fiegner ein organisiertes Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von 1 M. und 10 Pf. Auffschlag für Leberstunden besprochen unter der Bedingung, daß sie schriftlich ihren Austritt aus der Organisation erklären. Dies wüßten aber die besichtigten 20 M. betragen und jedes weitere Jahr um 10 M. steigen sollen. Der Arbeitgeber wird wohl selten in die Lage kommen, die verheißene Gratifikation zu zahlen, denn in den allermeisten Fällen hält eine Arbeiterin nicht ein Jahr in einer Arbeitsstelle aus. — Den Besuch dieser Versammlung haben verschiedene Arbeitgeber dadurch zu hintertreiben versucht, daß sie bis spät abends arbeiten ließen. — Zum Schluß führte der Redner aus, daß, wenn die Preiserhöhung eintritt, auch die Arbeiterinnen berechtigt sind, einen Teil davon zu bekommen, da ja ihre Löhne seit 1900 zurückgegangen sind. Wenn jetzt Forderungen gestellt werden, dann würden sie über die von 1900 hinausgehen.

Dem Referat folgte eine längere Diskussion. Zunächst vertrat einige Inhaber kleiner Plättereien den Standpunkt der Arbeitgeber, während mehrere Verbandsmitglieder sowie der Referent diesen Rednern entgegentraten. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Arbeiterinnen der Dampfwasch- und Plättianstalten sowie der Regligbranche nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten der Unternehmer, welche versuchen, ihre Arbeiterkraft aus den Versammlungen fernzuhalten. Die Versammlung erblickt darin einen Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die Versammlung bedauert den Indifferentismus dieser Arbeiterkraft. Die Versammelten sind gewillt, diesem Eingreifen der Unternehmer energisch entgegenzutreten, sie verpflichten sich, unter ihren Kolleginnen zu agitieren, um sie dem Wasch- und Plättier-Verband zuzuführen, da nur durch die Organisation eine Aufbesserung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielt werden kann. Die Versammlung beauftragt den Verband, die weiteren notwendigen Schritte gegenüber der geplanten Preiserhöhung der Unternehmer zugunsten der Arbeiterkraft zu unternehmen. Gleichzeitig verpflichten sich die Versammelten, dafür Sorge zu tragen, daß der überlangen Arbeitszeit endlich Einhalt getan wird. — Die Resolution des Handbuch-Verleihenstituts, welche auf die Verkündung des Unternehmens eingegangen sind, hoffen aber, auch diese zu besserer Ueberzeugung zu bringen.“

Die Filiale Berlin des Zentralverbandes der Töpfer hielt am 21. März in den „Rusker-Festhallen“ eine Mitgliederversammlung ab, in der über die vom Vorstand und von den Bezirken vorgelegenen Anträge zur Generalversammlung des Verbandes beraten und abgestimmt wurde. Die Anträge, die teils gutgeheißen, teils verworfen wurden, beziehen sich meist auf Änderungen einiger Paragraphen des Statuts. Ein Antrag des Vorstandes, die Verbandsbeiträge um 5 Pf. zu erhöhen und dafür den Erwerblosenbeitrag von 15 Pf. aufzuheben, fand nur in seinem zweiten Absatz die Zustimmung der Versammlung.

Unter dem Punkt „Verschiedenes“ kam die Sperre bei der Firma Berndt zur Sprache, die seinerzeit verhängt wurde, weil die Firma unter Tarif zahlte. Der Unternehmer sah sich dann genötigt, das Fehlende nachzuzahlen. Lange Verhandlungen mit der Innung führten dann auch dazu, daß Herr Berndt sich verpflichtete, wenn die Arbeit wieder beginnt, nur organisierte Gehülfe zu beschäftigen, die Streikbrecher, die er gewonnen hatte, nicht wieder einzustellen. — Die Versammlung beschloß, die Sperre aufzuheben.

Eingegangene Druckschriften.

Rechts- und Versammlungsrecht von Dr. J. Angerer. Gebunden 1,20 M. Wiener Volksbuchhandlung 3. Brand, Wien VI. 1.

Plinius, Heft 12. Herausgeber: G. Semhard. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 68.

Soziale Tagesfragen, Heft 4. Soziale Konferenzen und Studien-

zirkel. 50 Pf. Verlag: Volkswissen für das Volk, Deutsches M.-Glückbad.

Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Heft 3. Herausgegeben von Dr. J. Hoff. Monatlich ein Heft. Preis vierteljährlich 5 M. Einzelheft 2 M. Verlag: A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung, Leipzig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Auf den Index gesetzt.

Karlsruhe, 22. März. (B. S.) Das Ministerium für Eisenbahnen hat angeordnet, daß die badischen Bahnhofsbuchhändler den „Simplicissimus“ nicht mehr zum Verkaufe anbieten dürfen.

Erstigte Arbeiter.

Strasbourg i. G., 22. März. (B. S.) In der Gießerei de Benoît bei Ars a. d. Mosel ließen sich zwei Arbeiter im Trodenraum der Gießerei nieder, um einen dritten Kameraden zu erwarten. Die Hitze betäubte sie; am andern Morgen fand man die Arbeiter erstirt und stark geröstet auf.

Schwaffer.

Budapest, 22. März. (B. S.) Bei der Stadt Saanmartnemeli stieg der Szamosfluß um fünf Meter. Die Bewohner wurden mit Röhren aus ihren Häusern gerettet. Die Hochwassergerfahr dauert an.

Wahlrechtsdemonstration.

Paris, 22. März. (B. S.) In der Vorstadt Melville findet morgen eine neue große sozialistische Versammlung zugunsten des Wahlrechts der Frauen statt. Da stürmische Szenen befürchtet werden, sind umfassende polizeiliche Maßnahmen vorgesehen.

Es war einmal!

Petersburg, 22. März. (B. S.) Die letzte Abteilung der Besatzungstruppen der Randschüre ist aus Chorbun zurückgezogen worden, die Räumung des Landes von den russischen Truppen ist mithin vollständig beendet.

Revel.

New York, 22. März. (Meldung der Associated Press.) Nach Berichten aus Managua wurden in einer feindlichen dreitägigen Schlacht allein tausend Mann der Armee von San Salvador getötet.

Tendenzen zur Verschlechterung der Unfallgesetzgebung.

Am 3. Februar 1906 kürmten im preussischen Abgeordnetenhaus der nationalliberale Abgeordnete Schröder, die Zentrumsabgeordneten Wallenborn und Schmiedding, der konservative Abgeordnete v. Klitzing gegen die „Rente“ oder „Schnapsrente“ an und forderten Beseitigung der Unfallrenten bis zu 20 Proz. Am 19. Februar wurde von sozialdemokratischer Seite diese Ungeheuerlichkeit im Reichstage angezweifelt. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärten sich darauf gegen die Pläne ihrer Fraktionsgenossen im Abgeordnetenhaus. Trotz alledem tritt in der Praxis die Absicht, die Renten von 10 bis 25 Proz. sogar gegen das Gesetz möglichst zu beseitigen, unverkennbar hervor. Leider finden die Berufsgenossenschaften hierin auch die Unterstützung in den rechtsprechenden Instanzen. Diese Renten, heißt es in den Organen der Berufsgenossenschaften, dienen nur dazu, die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter zu wecken.

Etwas verhältlich tritt die Tendenz, die Unfallrenten zu senken, in dem Drängen zutage, die Fälle durch Zuziehung ständig angelegter Kräfte „glatt“ zu erledigen. Als Lohn für die „glatte“, schnelle Erledigung der Fälle und für die so bewirkte Kürzung der Unfallrenten, soll die ärztliche Hilfsarbeit besser dotiert werden. Den Ärzten wird eine über ihre ärztliche Kenntnis weit hinausragende Stellung eingeräumt. Die Schätzung der Höhe der Erwerbsminderung wird trotz des Mundschreibens des früheren Präsidenten des Reichsversicherungsamts vom 31. Dezember 1901 immer mehr in das Gutachten der Schiedsgerichts-Ärzte gelegt; von einer freien Beweisdürftigkeit der ärztlichen Gutachten durch die Gerichte ist kaum noch etwas zu hören. Weit über die berechtigten Rentenquoten hinaus werden die Berufsgenossenschaften hinaus getrieben, das Rentenquotensystem. Da werden in einer Sitzung oft 15 und mehr Fälle „begutachtet“. Von einer eingehenden Untersuchung kann hierbei nicht die Rede sein. Und doch gutachtet der Arzt nicht nur über den ärztlichen Befund, sondern auch darüber, wie hoch die Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit sei, ein Thema, für das der Arzt absolut nicht sachverständig sein kann. Gar oft kann bei solch oberflächlicher Untersuchung der Arzt auch nicht einmal die körperlichen Nachteile feststellen. Fast alltäglich heißt es stereotyp gegenüber Beschwerden von Unfallverletzten: der „objektive“ Befund rechtfertigt die Beschwerden nicht, also — ist die Untersuchung oberflächlich oder muß wiederholt werden? nein! also liegt Simulation vor. Es hat sich unter Ärzten und von Berufsgenossenschaften bezahlten Beamten geradezu eine krankhafte Manie, Simulation zu wittern und entdeckt haben zu wollen, heraus gebildet. Welche Blüten diese arbeiterfeindliche Anschauung zeitigt, beweist ein Aufsatz, den in einer Zeitschrift für Arbeiterversicherung ein Geschäftsführer G. der Baugewerkschaft abgelenkt hat.

Unter dem Titel „Simulation und Uebertreibung“ eine berufsgenossenschaftliche Studie gibt Herr G. der Meinung Ausdruck, daß vor lauter Reformwünschen sich das alte Wohldurchdachte gar nicht recht entziehen kann.

Die wirtschaftliche Misere wird vorwiegend dem Gesetz in die Schuhe geschoben und von Veränderung alter und Schaffung neuer Paragraphen eine Besserung des Aufbaus erhofft, ohne auch nur zu prüfen, ob das Fundament zutreffend sei. Er sagt: „Das Unfallversicherungsgesetz war ein Projekt, dessen Ausführung ein Monumentalgebäude, ein Wahrzeichen deutscher Kraft, Intelligenz und Opferwilligkeit hätte werden müssen, wenn jeder Teil seine Schuldigkeit getan hätte.“

Heute stehen wir statt vor einem Prachtbau vor einem reparaturbedürftigen, kalten, steifen Mauerkoloss, in dessen Hallen sich niemand wohl fühlt.

Der Verfasser hatte erwartet, daß reine Menschenliebe, Verständnis, Einsicht und Dank für die empfangenen Wohltaten den Raum erschließen — statt dessen herrscht ein trübes Zwielicht, Unkenntnis, Geldgier, Verleumdung usw.

Was Wunder, daß jeder zu dem greift, was ihm am nächsten liegt, mit dem er am weitesten zu kommen, das meiste zu erreichen erhofft. — Die Genossenschaft klammert sich an das Gesetz, verschanzte sich hinter Gutachten und Obergutachten — der Verletzte verlegt sich auf Täuschung, auf Simulation und Uebertreibung.“

Der Artikelschreiber ist doch verwundert, daß bei den immensen Summen, welche das Deutsche Reich für Unfallverletzte ausgeben habe, dennoch Unzufriedenheit herrscht und daß sich die Verletzten gar noch über die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ despektierlich äußern. Nachdem er festgestellt hat, daß im Jahre 1906 bei der relativ kleinen Sektion II d. V. R. W. G. die Unternehmer ca. 125 000 M. Lohnsumme zu wenig angegeben haben, kommen die Arbeiter an die Reihe, die nach dem Herrn G. mehr oder weniger Simulanten sind. Früher, so schreibt Herr G. geistreich, hat man sich Mitglieder am Körper verstümmelt, damit man vom Militärdienst frei kam, um arbeiten zu können, heute spielt wohl nur die Furcht vor eventuellen Unannehmlichkeiten usw. eine Rolle; die Arbeitslust hat abgenommen in demselben Maße, wie die Genußsucht gestiegen ist. Nach Herrn G. wird heute fast nur simuliert und übertrieben, um besser leben zu können, ohne mehr arbeiten zu müssen. Nach der Meinung dieses Herrn zählen die V. G. sicher auf alle Fälle mehr, als nötig ist und erreichen trotzdem weniger, als sie erhofften. Wo bleibt die erhoffte Wohltat des Gesetzes? fragt Herr G. Leistet es wirklich das, was man sich von ihm versprochen oder überwiegend gar die Nachteile, die es im Gefolge hat? Folge des Gesetzes, meint Herr G., sei, daß es zu Lug und Trug verleitet und das Deutsche Reich zu einer Ration von Rentenempfängern macht! Nach anderen Autoren, meint Herr G., sollen die Unfallgesetze die Simulanten züchten und auch die Ertränkungsform der traumatischen Neurose bezw. Hysterie“ ist dem Gesetz zur Last gelegt.

Hier soll nach G. wohl den größten Teil der Schuld die mangelhafte Verletzung des Volkes tragen, einen Teil die Krankenkassen, die wiederum die ärztlichen Honorare drücken; dadurch können die Ärzte ihre Aufgabe nicht in richtiger Weise lösen. Den Kernpunkt der G.'schen Angriffe bilden natürlich die Verletzten, denen es nicht um Wiederherstellung ihrer Gesundheit zu tun ist, sondern die nur ein Verlangen nach Rente haben oder, wenn sie gefunden, den noch Rente haben wollen. Dann ist der Autor indessen wieder so bescheiden, die Schuld nicht nur den Verletzten allein zuzuschreiben, sondern die Ärzte tragen ebensoviel dazu bei, auch die guten Berufsgenossenschaften und die Schiedsgerichte, das Reichsversicherungsamt und das Gesetz.

Auch die Arbeitersekretariate scheinen es dem Artikelschreiber angetan zu haben, an einer Stelle heißt es: „Ich konnte selbst, ohne die Hilfe des Arbeitersekretariates in Anspruch zu nehmen, einen Keinen Leisefaden schreiben mit dem Titel: „Wie werde ich zum Rentenempfänger? nebst Anhang: Wie behalte ich meine Rente?“ Dem Uebertreiber würde es leicht gemacht, sich eine Rente zu erschwindeln, ja häufig sei es die Genossenschaft, die ihm dazu verhilft. Um den Beweis für seine grandiosen Ansichten zu erbringen, konstruiert G. sich einen Fall, für dessen Einzelheiten er aus der Menge des Materials für die Vorkommnisse tatsächliche Unterlagen ausgefacht haben will.

Ueber die Simulation, die von dem Verletzten ausgeübt worden, phantasiert der Artikel folgendermaßen: „Nehmen wir folgenden Fall an: Ein Handwerker ist beim Betreten einer Leiter durch Brechen einer Stange niedergestürzt und zu Fall gekommen. Beim Versuch, sich aufzurichten und auf den Fuß wieder aufzustehen, verspürt er heftigen Schmerz im Gelenk, daß er nach Hause gefahren werden muß; dort wird zum Arzt geschickt, der bei

seinem Kommen das Fußgelenk stark geschwollen findet, die Beweglichkeit, der Schmerz halber, völlig aufgehoben; ob ein Bruch vorliegt oder nur eine schwere Verstauchung, kann er nicht sagen. Die Behandlung ist die übliche, d. h., wie man sie in fast allen Gutachten zu lesen bekommt, Ruhiglagerung, Umschläge, Eisblase. Damit geht es 2-3 Wochen, mitunter noch länger fort; die Krankenkasse sorgt ja für den Verletzten. Schließlich möchte aber die Familie doch wissen, wie es mit ihrem Angehörigen steht. Auch der Verletzte hat den Wunsch, zu hören, was ihm denn nun eigentlich passiert sei, er meine, „es müsse was gebrochen sein“ usw. Sagt jetzt der Arzt, nein, es ist nichts gebrochen und es stellt sich später heraus, daß doch eine Knöchelfraktur vorliegt, so glaubt er, sich blamiert zu haben, geht die Sache gut ab, dann ist dank seiner Kunst der Bruch gut geheilt. Er wird sich also nicht lange besinnen und einen Knöchelbruch annehmen; ausgeschloffen ist er ja nicht; dann aber heißt es, einen Gipsverband anlegen, denn sonst könnte man späterhin behaupten, der Arzt habe die Sache zu leicht genommen. Es folgt also der Gipsverband zu einer Zeit auch noch, wo der Bruch längst insofern verheilt ist.“ Herr G. sagt weiter: „... Die Angehörigen, denen die Pflege des Mannes schon eine recht beträchtliche Last wird, hören natürlich mit Klagen und Jammern nicht auf und nun fehlt weiter nichts, als daß der Arzt womöglich noch erklärt, etwas bliebe sicherlich zurück. Vorsicht schadet ja im allgemeinen nichts — aber bei ein wenig Menschenkenntnis muß man sich sagen, daß gerade bei Verletzten derartige Aussagen recht schlecht einwirken. Ein Arbeiter, der im Bett liegt, hat wohl keinen anderen Gedanken und keineswegs Interesse, als seine eigene wertvolle Person; die Familie kommt erst in zweiter Linie, sie dient mehr als Verzierung, als Ausputz für seine eigenen Klagen. Schließlich kommt der Tag, an dem der Gipsverband abgenommen wird; auftreten oder gar gehen kann der Mann natürlich nicht. Das Gelenk ist versteift, die Muskeln sind schwach geworden, das Allgemeinbefinden hat durch die lange Bettruhe gelitten, seine Energie ist gesunken, er kann keine Schmerzen mehr ertragen. Die Schoersuche aber rufen Schmerzen hervor und deshalb ist er nur schwer hierzu zu bewegen. Der Arzt kommt zwar täglich und zwingt ihn für einige Minuten hierzu, massiert auch oder elektrifiziert mit einem faradischen Apparat, d. h. auf deutsch, quält den Verletzten, aber mit dieser Therapie geht es doch nicht vorwärts.“

Nachdem Herr G. dann noch das Verhalten der Ärzte, natürlich nur der behandelnden, kritisiert, denselben gewissermaßen den Vorwurf der Fahrlässigkeit gemacht hat, bespricht er auch die Rechtsprechungsinstanzen. Er erzählt dabei, daß der Verletzte von der V. G. abgewiesen, beim Schiedsgericht ebenfalls abgewiesen, legt er beim Reichsversicherungsamt Rekurs ein und dieses gibt auf, den Mann von einem Uniditätsprofessor untersuchen zu lassen.“ Dann heißt es weiter: „... und schließlich ist man sich darüber einig, daß eine traumatische Neurose vorliegt; die Genossenschaft zahlt 70 Proz. Rente und damit ist der Fall vorläufig erledigt. Wer da glaubt, daß der Verletzte je wieder von dieser Rente herabgesetzt werden könnte, der irrt sich. Einmal hat der Verletzte genau gelernt, wie man es zu machen hat, um, wie er meint, „zu seinem Recht zu kommen“. Er weiß auch, worauf es bei eventuellen Nachuntersuchungen ankommt. Es ist ja soviel an dem Kranken herum untersucht worden, er ist soviel gefragt worden, daß soll einer einmal vergessen. Niemand wird in Abrede stellen können, daß der Verletzte hier künstlich, wenn ich so sagen darf, zum Uebertreiben seiner Unfallfolgen gebracht wurde.“

So geht es in vielen hundert Fällen, in anderen freilich will der Verletzte von vornherein möglichst großes Kapital aus seinem Unfall heraus schlagen. Da sind die alten Leute, die sich gern zur Ruhe sehen möchten, wenn sie eine Rente hätten, und die jungen Wurschen, denen das Feiern besser schmeckt, wie das Arbeiten. Sie sehen ja das Beispiel vor sich. Ein junger kräftiger Mann in dem besten Alter, der seine Familie glücklich durchbringt, wird nur durch besondere Umstände zum Simulanten und Uebertreiber, durch die Unfähigkeit hinsichtlich der Prognose seitens seines Arztes, durch unzureichende Behandlung in der ersten Zeit, infolge deren sich keine oder nur ungenügende Fortschritte geltend machen, durch die Unzufriedenheit seiner Familie, durch nicht rechtzeitig eingreifende Hilfe der Genossenschaft, durch fehlerhafte Abschätzung seiner Erwerbsminderung usw.

Diese Sätze dieser „berufsgenossenschaftlichen Studie“ mögen genügen, um die Anschauung der Rentenquotenschlüpfer zu charakterisieren. So absurd die Anschauung, so infam ist sie gegen die Arbeiter.

Diese „berufsgenossenschaftliche Studie“ steht nicht vereinzelt da. In diesen infamen Anwürfen gegen die Arbeiter liegt System. Wir führen ein Beispiel aus der Praxis an. Ein junger Arbeiter hat eine Handverletzung erlitten. Die Berufsgenossenschaft lehnt eine Rentenentschädigung ab. Das Schiedsgericht läßt den Verletzten von seinem Vertrauensarzt untersuchen und gelangt mit diesem zu dem Ergebnis, daß eine Rentenentschädigung von 10 Proz. gerechtfertigt ist. Hiergegen legt die Genossenschaft Rekurs ein und bestreitet die Entschädigungspflicht. Die Begründung entspricht den vorn geschilderten Ergebnissen. Nur des Interesses wegen seien die wichtigsten Stellen angeführt: „Die vom Kläger aufgestellten Behauptungen sind, dem objektiven Befund gegenüber, nicht glaubhaft, und die vielleicht vorhandene geringe Schwäche des Armes und der Hand ist nur dadurch hervorgerufen, weil der Kläger sich unüberhältnismäßig lange von aller Arbeit ferngehalten hat, obwohl er schon seit langer Zeit arbeitsfähig ist. Er tat dies nur, um nachher im Kampfe um die Rente behaupten zu können, er sei nicht fähig zur Arbeit. Auf die Behauptungen des Klägers kann man gar keinen Wert legen, weil sie nur der Begehrlichkeit entspringen und weil sie durch die Gutachten der Ärzte in keiner Weise unterstützt werden. (Das stimmt nicht; der Arzt des Schiedsgerichts hält die Klagen auf Grund des objektiven Befundes für glaubhaft. D. Verf.) Das Vorgehen des Schiedsgerichts mag ja auf den ersten Blick wohlwollend erscheinen, es ist jedoch bei dem Kläger, der ohne Grund untätig bleibt, gar nicht angebracht und sogar schädlich; denn durch dieses Urteil wird dem Kläger offiziell bestätigt, daß er erwerbsbeschäftigt sei, und wenn er sieht, daß seinen grandiosen Angaben mehr Wert beigelegt wird, als dem Befunde der Sachverständigen, dann wird dadurch seine ohnehin nicht große Arbeitslust noch mehr vermindert.“

Zur Kennzeichnung dieser Probe berufsgenossenschaftlicher Machenschaft sei angeführt: Dem Kläger war das beste Leumundzeugnis ausgestellt, ununterbrochen hat er gearbeitet, bis er von dem Unfall betroffen wurde; trotzdem sagt die Genossenschaft, er — der Kläger — sei „arbeitsunlustig“.

Behaupte nur frisch darauf los — etwas bleibt schon hängen, ist nicht minder der Wahlpruch des Vereins zur Verleumdung der Sozialdemokratie als der nicht weniger berufsgenossenschaftlicher Kreise. So hofft man allmählich die Rechtsprechung zu ungunsten der Verletzten zu beeinflussen. Und leider hat das Treiben Erfolg. Die „ausgleichende und besonnene Sozialpolitik“, wie sie Bülow zu nennen beliebt, ist auch auf dem Gebiete der Unfallrechtsprechung in vielen Fällen zu einer Verhöhnung des im Dienste der Arbeit verletzten Arbeiters geworden.

Aus der Partei.

Von den Organisationen. Für den Reichstagswahlkreis Friedberg-Wädinger tagte am letzten Sonntag in Wilhelmskonferenz, die sich hauptsächlich mit der Frage der Anstellung eines Parteisekretärs und der Erhöhung der Mitgliederbeiträge von 20 auf 30 Pf. beschäftigte. — Im ganzen Wahlkreise, in dem wir bei der letzten Reichstagswahl 7294 Stimmen erhielten, sind rund 2300 Genossen politisch organi-

siert, aber nur 1582 Abonnenten der Arbeiterpresse. An Mitglieder- und Extrabeiträgen wurden insgesamt 6120 M. vereinnahmt. Die heftigste Landesorganisation leistete einen jährlichen Zuschuß von 400 M. Die Konferenz stimmte dem Vorschlag zu, einen Sekretär anzustellen und die Beiträge auf 30 Pf. pro Monat zu erhöhen.

Eine Konferenz für den Wahlkreis Solingen beauftragte den Ausschuß des Kreiskomitees, die Zentralfaktion der Partei unverzüglich in Gemeinschaft mit den Vorständen der Volksvereine zur Durchführung zu bringen und zur Leitung der Parteigeschäfte den Volksvereinen in Kürze eine geeignete Kraft in Vorschlag zu bringen. Weiter wurde beschlossen, vierteljährlich eine Agitationsnummer der „Arbeiterstimme“ herauszugeben, die im ganzen Kreise gratis zu verteilen ist.

Bildungsbestrebungen.

In Weimar wurde am Mittwoch die erste Serie von Vorträgen beendet, die zur theoretischen Schulung der Genossen abgehalten werden. In vier Vorträgen: 1. Die Grundidee des Sozialismus; 2. Grundzüge der Sozialdemokratie; 3. Forderungen der Sozialdemokratie und 4. Die moderne Arbeiterbewegung, behandelte der Genosse Vaudert in leichtverständlicher Weise die Entwicklung der sozialdemokratischen Weltanschauung. Die zum Teil äußerst interessante Debatte, daß mit solchen Vorträgen einem tatsächlich vorhandenen Bedürfnis Rechnung getragen wird. Die gleiche Vortragsreihe soll demnächst in mehreren größeren Orten arrangiert werden.

Ein Monatsblatt „Volksparole für Anhalt“ wird vom 1. April ab als achtseitiges Blatt in Dessau erscheinen. Es wird herausgegeben vom Landesvorstand der anhaltischen Sozialdemokratie und an Parteigenossen für 5 Pf. pro Exemplar verkauft werden. Die Verbreitung soll durch die Organisation erfolgen. Der Inhalt wird ein durchaus selbständiger sein. Die Organisationen sollen dann weiter eine von ihnen selber zu bestimmende Anzahl zur Agitation unentgeltlich abgeben.

Unsere Toten. Zwei Veteranen sind ausgeschieden. In Zwickau der Bergbauarbeiter Genosse Wilhelm Vogel. Er war einer der Gründer der Zwickauer Arbeiterorganisation, des früheren Arbeiterwahlvereins. Bis zum letzten Atemzuge hat er für die Arbeiterbewegung gelebt.

In Harburg ist Genosse Otto im Alter von 73 Jahren gestorben. Anfang der 60er Jahre schon hat er den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein mit begründet, 1899 trat er mit Geib und Port aus und war Mitbegründer der Eisenacher Partei. Stets, auch unter dem Sozialistengesetz, stand er mit an vorderster Stelle. Mit der hohen Obrigkeit kam er in Konflikt, als er im Jahre 1871 das sozialistische Manifest gegen die Anktion von Elshagen-Brünnchen mit unterschrieb. Otto wurde wegen Landesverrat angeklagt. Der denkwürdige Prozeß wurde in Lüneburg beendet. Port wurde zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, Otto kam mit einem Tage Gefängnis davon. An der Fortentwicklung der Partei hat er stets seine Freude gehabt.

Zum schweizerischen sozialdemokratischen Kommunaltag, der am 23. März vorgängig dem Parteitag in St. Gallen stattfindet, beantragt der Referent, Genosse Harter Pfleger folgende Thesen: 1. Die Kommunalisierung ist die geeignete Form des Kollektivismus (Vergesellschaftung) in all den Wirtschaftsbereichen, in denen zufolge der Verschiedenheit der regionalen und lokalen Interessen und Verhältnisse die Dezentralisation angezeigt, beziehungsweise der staatlichen Zentralisation vorzuziehen ist. 2. Die dringendsten Aufgaben der Kommunalpolitik sind zurzeit folgende: a) Erstellung von Mietwohnungen; b) rationelle Fürsorge für Arbeitslose; c) Durchführung der unentgeltlichen Krankenpflege und Geburtshilfe. 3. Der Kommunaltag beschließt, es sei der kommunale Wohnungsbau in nächster Zeit in allen Gemeindeparlamenten mit Nachdruck zu fordern und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen. 4. Eine Revision der Aufstalts- und Niederlassungsbestimmungen der Schweizerstädte ist anzustreben. 5. Der Kommunaltag beschließt die Herausgabe eines Handbuchs (eventuell Jahrbuchs) über den Stand des Gemeindefortschritts und der Gemeindepolitik in den Schweizerstädten. 6. Der sozialdemokratische Kommunaltag ist nicht mit dem Parteitag zu verbinden. Stimmberechtigt am Kommunaltag sind die anwesenden sozialdemokratischen Vertreter in beratenden und beschließenden Gemeindebehörden.

Gegen die Wahl des sozialdemokratischen Stadtpräsidenten Reimann in Biel hatten die unterlegenen Bürgerlichen einen Rekurs wegen angeblicher „Unregelmäßigkeiten“ und „Untriebe“ angeklagt. Die Anklage nahm niemand ernst, man betrachtete sie nur als ein schwindelhaftes Verlegenheitsmanöver, als das sie sich nun auch tatsächlich erweist. Der so lärmend angekündigte Rekurs unterbleibt, seine Anklage hatte nur den Zweck, unseren Sieg zu diskreditieren.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Genosse Arno Franke von der Dorf- und Arbeiterzeitung war vor einigen Wochen vom Dorf- und Schöffengericht wegen Beleidigung der beiden Vorpresiden des Oberhausener Gewerbegerichts zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden. In einem Artikel der „Arbeiterzeitung“ war behauptet worden, Klagen, die von Unternehmern eingebracht würden, gelangten schneller zur Erledigung als solche von Arbeitern. Genosse Franke legte Berufung ein mit dem Erfolg, daß die Strafkammer das Urteil aufhob und auf nur eine Woche Gefängnis erkannte. In der Begründung hieß es, der Vorwurf der Parteilichkeit sei für einen Richter schwer beleidigend, aber vier Wochen Gefängnis seien doch eine zu hohe Strafe.

Ueber die Behandlung des Genossen v. Lojewski von der Erfurter „Tribüne“ im Gefängnis zu Magdeburg erzählt die „Tribüne“, daß der Genosse v. Lojewski jetzt gute Buchbinderarbeiten habe, ferner gute Wälder in der Zelle, und ihm erlaubt wurde, die „Frankfurter Zeitung“ zu lesen; endlich ist ihm gestattet, bis 10 Uhr abends Licht zu brennen, so daß, da bei diesem Zustande seine Gesundheit bisher nicht wesentlich beeinträchtigt worden ist, Lojewski erst die letzten Monate seiner Inhaftierung Selbstbeschäftigung nehmen wird.

Soziales.

Der Beirat für Arbeiterstatistik

hielt am Freitag eine Sitzung ab, in der nach Entgegennahme einiger geschäftlicher Mitteilungen und Neubestimmung der Ausschüsse Bericht über den Stand der Enqueten gegeben wurde.

Die Ergebnisse über die Erhebungen im Fleischergewerbe sind im Jahre 1906 in der Bearbeitung fertiggestellt und veröffentlicht. Eine sich hieron anschließende Umfrage über die Ertränkungen und Sterbefälle der bei den Krankenkassen versicherten Arbeiter im Fleischergewerbe ist vom Statistischen Amt bearbeitet und auf Beschluß des Beirats dem Reichsgesundheitsamt zur Begutachtung überwiesen. Dieses Gutachten ist im Februar d. J. eingegangen und wird nunmehr der Ausschuß für das Fleischergewerbe Stellung zu dem Ergebnis der Enquete nehmen.

Die Erhebungen im Fuhrwerksbetriebe umfassen ungefähr 10 Proz. der Betriebe. Ferner wurden 55 Personen benommen, die mündliche Auskunft über die Verhältnisse im Gewerbe erteilen. Auf Beschluß des Beirats wurde sodann eine Anzahl Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer um Verantwortung eines Fragebogens ersucht, der ermitteln will, inwiefern eventuell eine Regelung der Arbeitszeit im Gewerbe mög-

Nach ist. Auch hier sind Ermittlungen über die Art der Erkrankungen der im Gewerbe Beschäftigten angestellt; diese Ergebnisse liegen noch dem Reichsgesundheitsamt zur Begutachtung vor.

Im Innenschiffahrts-Gewerbe sind die Fragebogen im Jahre 1905 verhandelt; die Ergebnisse sind zum Teil bekanntgegeben, der Rest befindet sich im Druck. Der Ausschuss wird zunächst zu prüfen haben, ob die Umfrage durch Vernehmung von Auskunftspersonen zu ergänzen ist.

Die Enquete über die Arbeitszeit in Wäsch- und Plätt-Anstalten wurde auf Wunsch des Beirats dahin erweitert, daß auch über den Umfang der Sonntagsarbeit Ermittlungen angestellt wurden. Die Erhebungen erstreckten sich auf ungefähr 50 Proz. der Betriebe. Das Material ist bearbeitet und erfolgt nunmehr die Veröffentlichung. Der Ausschuss wird sich auch hier mit der Frage zu beschäftigen haben, ob Auskunftspersonen zu vernehmen sind.

Die Arbeiten des Beirats sind durch die lange Pause, die die Auflösung des Reichstages eintreten ließ, etwas ins Stocken geraten. Der Präsident will sich bemühen, die Erledigung der rüdständigen Enqueten möglichst zu fördern.

Ablehnung einer Teuerungszulage.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Münster lehnte mit allen gegen 3 Stimmen einen Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Arbeiter ab. Dieselben Zentrumselemente und Liberalen hatten vor wenigen Jahren das Gehalt des Oberbürgermeisters um die Kleinigkeit von 6000 M. erhöht. Der Bezirksausschuss lehnte damals die Zustimmung zu diesem Beschlusse ab, der dann angerufene Provinzialrat erteilte die Genehmigung.

16. Internationaler Medizinischer Kongress.

Der 16. Internationale Medizinische Kongress findet 1906 in Budapest statt. Der Staat Ungarn und die Stadt Budapest haben zur Deckung der Ausgaben je 100 000 Kronen bewilligt. Der Tag der Eröffnung ist auf den 20. August 1906 festgesetzt; die Sitzungen werden bis 4. September dauern. Das erste Programm, das alles Wissenswerte sowie die Statuten des Kongresses enthält, soll im Laufe des Jahres 1907 versendet werden. Bis dahin gibt der Generalsekretär des Kongresses (Adresse: 16. Internationaler Medizinischer Kongress, Budapest (Ungarn), VIII, Eperháygasse 7) den Interessenten bereitwillig Auskunft. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Aus Industrie und Handel.

Die Großindustrie besetzt!

Das Unternehmerrgan „Stahl und Eisen“ beschäftigt sich in seiner Nr. 12 27. Jahrgang in einem Artikel „Industrie und neuer Reichstag“ mit den von den verschiedenen Parteien eingebrachten sozialpolitischen Anträgen. Besonders die auf Regelung der Arbeitszeit gerichteten Anträge haben es den Herrschaften angetan und sie geben der Regierung Anweisung, wie weit sie gehen darf. Kategorisch wird bestimmt:

„Aussicht auf Verwirklichung haben gegenwärtig nur die auf Verkürzung des Maximalarbeitstages für Frauen gerichteten Vorschläge.“

Da der Reichskanzler noch vor einigen Wochen erst den Scharfmacherverband um weitere Mitarbeit auf sozialem Gebiet nach dem bisherigen bewährten Muster ersuchte, wird man in der Regierung wissen, was zu tun ist, um den Anwillen der Großmächigen im Industrieereich zu vermeiden. Wer den Artikel in der Unternehmerrschrist liest, weiß schon im Voraus, was die Regierung zur Befriedigung ihres abnehmenden Standpunktes gegenüber den in Betracht kommenden Anträgen sagen wird. Der geschäftsführende Ausschuss des Unternehmertums kennt seine Pflicht.

Wahrheit und Dichtung.

In der Generalversammlung der Bergbau-Aktiengesellschaft Wahren erklärte die Verwaltung nach einem Bericht des „B. W. C.“: „Die Arbeitsverhältnisse im Ruhrkohlenbergbau während dem Tag zu Tag kritischer. Es sei eine Tatsache, daß bei stets wachsenden Löhnen der Effekt zurückgehe. So lägen die Verhältnisse auch bei Wahren.“

Dah in diesen Behauptungen der Vorwurf zunehmender Faulheit liegt, wird niemand bestreiten wollen. Es wird auch ausdrücklich eingeworfen auf das Ruhrrevier. Neuliche Behauptungen kann man allerdings auch in anderen Geschäftsberichten finden. Was aber besagen die ziffermäßigen Feststellungen? Das Gegenteil! Eine vom Verlag der Berg- und Hüttenmännischen Zeitschrift „Guld auf!“ herausgegebene Zusammenstellung über die Ergebnisse der Ruhrgruben gibt die aus den von den Werken gelieferten Unterlagen gewonnenen Zahlen wie folgt an:

Jahr	Gesamtförderung für die 19 Bergreviere im Ruhrbezirk in Tonnen	Gesamtbelegschaft in Personen	Förderung pro Kopf der Belegschaft in Tonnen
1903	64 089 504	255 992	252,7
1904	67 533 681	270 259	249,9
1905	65 878 531	267 798	244,1
1906	76 811 054	278 719	275,6

Das Jahr 1906 kann zu Vergleichszeiten nicht gut benannt werden, weil der Streik in diesem Jahre einen erheblichen Förderausfall brachte. Zur Vorsicht lassen wir aber auch das Jahr 1904 außer Berechnung. Ein Vergleich mit dem Jahre 1903 zeigt, daß im letzten Jahre ein pro Kopf um über 23 Tonnen erhöhtes Förderquantum erzielt wurde. Wir haben übrigens bereits aus einer Reihe Geschäftsberichten festgestellt, daß nicht nur in der Jahresmenge, sondern auch pro Schicht die Leistung im Jahre 1906 gestiegen ist. Die Unternehmer stecken Reingewinn ein, die Arbeiter werden mit Beschimpfungen regaliert. Harmonie der Interessen!

Im deutschen Schiffbau werden zurzeit schon weit über 60 000 Arbeiter beschäftigt. Auf den 28 größten Privatwerken betrug 1905 die Arbeiterzahl 41 051, auf den kaiserlichen Werften 16 400, auf den kleineren Werften sind aber auch noch einige Tausend Mann tätig. Da 1906 die Zahl der Beschäftigten kräftig zunahm, so ist die Zahl 60 000 sicherlich schon erheblich überschritten. Der durchschnittliche Wert der Erzeugung der deutschen Werften stellt sich auf 80 bis 100 Millionen Mark jährlich, wobei die Erzeugung der kaiserlichen Werften nicht mit einbezogen ist. Die Werften in Form einer Aktiengesellschaft arbeiten mit einem Nominal-Kapital von 85 Millionen Mark. In den beiden Jahren 1905 und 1906 wurden an Handelschiffen und Kriegschiffen in Registertonnen brutto vom Stapel gelassen:

	1905	1906
Seeschiffe: Dampfer	210 990	300 081
Segler	8 894	8 263
Flußschiffe	10 170	12 267
Fahrzeuge zu besonderen Zwecken	46 871	46 759
Kriegschiffe	30 630	28 671

Eine Riesenzacke. Die zur Thyssenschen gleichnamigen Gesellschaft gehörende Zacke „Deutscher Kaiser“ hatte im Jahre 1903 eine Belegschaft von 6439 Mann und erzielte eine Förderung von 1 689 677 Tonnen; im Jahre 1906 waren auf 5 Schichten 9 846 Mann beschäftigt, die Förderung belief sich auf 2 421 094 Tonnen. Nun ist bei Hamburg der 6. Schicht fertiggestellt worden, mit dessen Abweisung 1908 begonnen wurde. Der Förderford dieses Schichtes faßt 50 Personen, eine Zahl, wie man sie bisher auf keiner Zacke in Deutschland kennt. Die Maschinen

erhalten elektrischen Antrieb. Mit der Inbetriebnahme des neuen Schichtes, der mit Schicht I in Verbindung steht, wird die Belegschaft abermals wachsen.

Aus der Frauenbewegung.

Kindererziehungs-Renten.

In der diesmonatlichen Versammlung der Berliner Ortsgruppe des Bundes für Mütterchutz, die Anfang der Woche im Architektenhause tagte, befasste sich Dr. W. Boggius die Einrichtung einer Kindererziehungs-Rentenversicherung. Zur Begründung führte er folgendes aus:

Die Geburtenziffer des Deutschen Reiches weist im letzten Menschenalter einen verhängnisvollen Niedergang auf; von 42 bis 43 pro Tausend Mitte der 70er Jahre auf 34 im letzten Jahre. Selbst der Uebersturz der Geburten über die Sterbefälle war 1905 schon um 70 000 geringer als 1904 und steht mit 0,8 pro Tausend stark zurück gegen Dänemark mit 11,2, Norwegen mit 12, England mit 13,6 und Rußland mit 15,2. Gegen solche zunehmende Ausbreitung neu-malthusianischer Praktiken läßt sich grundsätzlich wenig tun, zumal teilweise berechtigte Motive zu Grunde liegen. Das Hauptmotiv ist aber die Rücksicht auf die Kosten der Aufzucht von Kindern. Hier läßt sich der Hebel ansetzen. Das Prinzip, daß die Kosten der Aufzucht von Kindern ausschließlich ihren physischen Erzeugern zur Last fallen, bildet einen ökonomischen Hemmschuh der Bevölkerungszunahme. Da nun aber die Höhe des Einkommens durchaus nicht der Höhe der rassenbiologischen Fruchtbarkeit parallel läuft, vielfach eher umgekehrt, so wirkt jenes Prinzip überdies antisektorisch. Daraus folgt die Notwendigkeit einer gleichmäßigeren Verteilung der Erziehungskosten auf die Gesamtheit der Staatsangehörigen, der Erwerbsfähigen oder mindestens der Fortpflanzungsfähigen.

Im weiteren befürwortete der Redner die Einführung einer freiwilligen Kindererziehungs-Rentenversicherung, zu welcher Subventionen aus öffentlichen Mitteln beansprucht werden könnten. Jeder, der vom Beginne der Fortpflanzungs- bezw. Erwerbsfähigkeit ab seinen Versicherungsbeitrag zahlte, würde aus dem sich bildenden Fonds später, wenn er Kinder hat, regelmäßige Erziehungsrenten für diese erhalten. Von der Versicherung auszuschließen wären biologisch minderwertige Personen (Syphilitiker, Tuberkulöse, Alkoholiker, Geistesranke usw.).

Nach längerer Diskussion wurde fast einstimmig nachfolgende Resolution angenommen:

„Das herrschende Prinzip, nach dem die mit der Aufzucht der jüngeren Generation verbundenen Kosten ausschließlich deren physischen Erzeugern zur Last fallen, ist ungerecht; denn es belastet die, welche sich der hohen persönlichen Opfer dieser Aufgabe unterziehen, überdies mit einer ständigen hohen Sondersteuer, während die, welche sich jener sozialen Leistung entziehen, auch finanziell zu deren Erfüllung nichts beitragen. Die Versammlung sieht hierin aber auch eine Hauptursache der eine ernste Gefahr für die Zukunft unseres Volkes bedeutenden Abnahme der Fruchtbarkeit und erklärt daher die Einführung einer gleichmäßigeren Verteilung der Erziehungskosten für erforderlich.“

Die Versammlung ersucht den Bund für Mütterchutz, eine besondere Kommission von ärztlichen, juristischen, volkswirtschaftlichen und versicherungstechnischen Sachverständigen einzusetzen mit der Aufgabe, die Einzelheiten des Projektes unter Heranziehung geeigneter Hausfrauen und Mütter zu prüfen und näher auszuarbeiten. Gleichzeitig bittet sie den Bund, dahin zu wirken, daß baldmöglichst statistisch festgestellt wird, wie sich in Deutschland die vorhandenen Kinder in nichterwerbsfähigem Alter auf die vorhandenen Ehen verteilen und zwar unter Aus-einanderhaltung der Hauptkategorien bei Eltern und Kindern, sowie solcher Bevölkerungsgruppen, deren verschiedenes Verhalten in dieser Hinsicht zu vermuten ist.“

Die englischen Wählerinnen.

Man muß es den englischen Frauen, welche den Kampf für das Frauenwahlrecht aufgenommen haben, lassen, daß sie ihre Sache mit einem Eifer und einer Jähigkeit verfolgen, die ihresgleichen sucht. Die von Dickson eingebrachte Frauenwahlrechts-Bill ist im Parlament bekanntlich totgeboren worden, ein Grund für die Frauen, den Kampf sofort von neuem aufzunehmen. Sie versammelten sich in Carlton Hall und beschloßen eine Resolution, in welcher der Premierminister Campbell Bannerman aufgefordert wird, nunmehr, entsprechend seiner eigenen Ueberzeugung, dem Parlament einen Gesetzentwurf zu unterbreiten. Die Resolution, so wurde ferner beschlossen, sollte sofort dem Premierminister zugestellt werden; die Lady Haberton wurde dazu ausersuchen, die Resolution zu überbringen. Aber die ganze Versammlung, an der Frauen aus fast allen größeren Städten Englands teilnahmen, schloß sich an und zog nach Westminster vor das Parlamentsgebäude. Wenigstens versuchten sie es; die Polizei, diesmal vorbereitet, versperrte den Demonstranten den Weg. Die Frauen ließen sich aber nicht einschüchtern, schlossen sich zu fünf und sechs aneinander und drangen, wenn auch auf Umwegen, bis zum Parlamentsgebäude vor. Auch hier kam es wieder zu regelrechten Kämpfen mit der Polizei. Auf beiden Seiten wurde gestoßen, gepußt, gezerrt usw. Sechshundsechzig Frauen wurden verhaftet und zu Geldstrafen bis zu 40 M. und zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Wochen verurteilt. Die Frauen haben sich entschlossen, die Geldstrafen nicht zu zahlen, sondern lieber ins Gefängnis zu gehen. Unter den Verhafteten befindet sich auch eine schwedische Künstlerin, Frau Raiff-Peters, eine Freundin von Ibsen. Am Abend war eine weitere Versammlung anberaumt. Lady Haberton wurde vom Premierminister nicht empfangen; er sei zu sehr beschäftigt. — Die Frauenwahlrechtsfrage wird in England von der Tagesordnung nicht mehr verschwinden.

Gerichts-Zeitung.

Der Haussturz in Ragold.

Beschäftigte am Mittwoch das Reichsgericht. Es wird noch in allgemeiner Erinnerung sein, daß am 5. April vorigen Jahres das am Markt in Ragold liegende Haus des Gastwirts Reuders, welches um 1 1/2 Meter gehoben werden sollte, gerade in dem Augenblicke zusammenstürzte, als ein lebensgroße Menge sich in demselben dem Tanze und dem Schmause hingab. Dabei wurden 51 Personen getötet, 67 verletzt. Der Bauunternehmer Erasmus Rückgauer aus Stuttgart, der die Hebung des Hauses ausführen wollte, wurde am 20. Oktober vorigen Jahres nach sechsjähriger Verhandlung vom Landgericht Tübingen wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung sowie Zuwiderhandlung gegen die anerkannten Regeln der Baukunst zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der ersten Hebung hatten sich die Wunden der einen Seite in den weichen Boden gedrückt und das Haus hatte sich schief gestellt. Später legte es sich auf die andere Seite. Es traten mehrfach Verschiebungen und Risse ein, aber der Angeklagte, darauf aufmerksam gemacht, erklärte, es sei alles in Ordnung. Als ein Balken der Unterlage sich gefährlich umlantele, machte der Stadtbaumeister Lang den Angeklagten darauf aufmerksam, dieser aber blieb bei seiner Ansicht. Am 12. Uhr mittags war das Haus beinahe um 1,8 Meter gehoben; da legte es sich um und brach zusammen. Das Beschuldigen des Angeklagten, der vorher schon viele Häuser gehoben hatte, ist vom Gericht darin erklärt worden, daß er die Hebung nicht fortwährend beobachtet hat. Eine ständige Beobachtung der Hebung gehört zu den anerkannten Regeln der Baukunst. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen.

Zum Vereins-Unrecht in Preußen.

Das Kammergericht ist unentwegt an der Arbeit, zu demonstrieren, daß das preussische Vereinsrecht eine Auslegung zu erfahren hat, deren Ergebnis für die Kulturzustände Preußens be-

schämend ist und selbst die reaktionärsten Kreise zur endlichen Beseitigung des Vereinsgesetzes durch ein freies Reichs-Vereinsgesetz aufzufordern müßte — wenn das Vereinsgesetz gegen jedermann ohne Rücksicht auf seine soziale Stellung und politische Gesinnung die gleiche Anwendung fände.

Dieser Tage wurde folgende hochnotpeinliche Staatsaktion vom Kammergericht entschieden:

In Weiskau hatte der Verein der Bauhandwerker eine Sitzung abhalten wollen. Sie wurde ohne irgend welche Verhandlung wieder geschlossen. Die anwesenden 20 Mitglieder blieben noch bei einem Häufchen Bier zusammen, das ein Geburtstags-Kind spendiert hatte. Dann kamen 17 Maurer aus Gommern hinzu, die der dortigen Filiale des Maurerverbandes angehören. Ihr Vorsitzender, Enderling, erhob sich nach einiger Zeit, sprach etwas von den statutarischen Einrichtungen seines Verbandes und forderte zum Anschluß an diesen auf. Die Folge war, daß Schulz vom Bauhandwerkerverein als Unterzeichner und Enderling als Redner einer nicht politisch gemeldeten, aber anmeldepflichtigen Versammlung auf Grund der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes in zweiter Instanz vom Landgericht Ragnitburg zu Geldstrafen verurteilt wurden. Das Landgericht sah die Zusammenkunft als Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten an und erachtete für festgestellt, daß der Vorgang beabsichtigt gewesen sei. — Das Kammergericht verwarf die gegen das Urteil eingelegte Revision, weil eine Erörterung der Statuten des Zentralverbandes der Maurer in Verbindung mit der Aufforderung zum Anschluß sehr wohl als Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gelten könne.

Ein schwärender Polizist.

In Nürnberg wurde vor einiger Zeit der streikende Maurer Rödel vom Schöffengericht zu sechs Tagen Gefängnis verurteilt, weil er an einem Neubau einen Stein ruiniert haben sollte. Die Verurteilung erfolgte auf Grund der Aussagen des Schutzmannes Braunreuther, der beschwor, daß Rödel ganz bestimmt der Täter sei. Auf wiederholten Vorhalt erklärte er jedesmal, jede Täuschung sei ausgeschlossen, er sei seiner Sache absolut sicher. Er hatte den Täter in einer Entfernung von 100 Metern nur von hinten gesehen und wollte ihn trotzdem sicher als den Rödel erkannt haben. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht wurde nachgewiesen, daß Rödel gänzlich unschuldig ist, daß der Schutzmann mindestens objektiv falsch geschworen hat. Aber die Anzeige gegen den Schutzmann wurde abgewiesen, ebenso lehnte es das Oberlandesgericht ab, die Einleitung eines Verfahrens anzuordnen. Der Schutzmann sei einer Sinnestäuschung unterlegen und nicht imfand gewesen, sich von der Wichtigkeit seiner Anschauung zu überzeugen. Diese Rechtsanschauung erachtet wir für zutreffend — aber ist nie ein nicht uniformierter Mensch, der etwas als ganz sicher beschwört, ohne daß er sich von der Wichtigkeit seiner Anschauung überzeugt hat, wegen Meineids unter ähnlichen Umständen angeklagt und verurteilt?

Der unschuldige „Lokal-Anzeiger“.

Ein recht drahtiger Weise bewahrheitete sich das Wort „Wenn zwei daselbe tun, ist es nicht daselbe“ in einer Gerichtsverhandlung, die am 20. d. M. vor der Posener Strafkammer sich abspielte.

Angeklagt ist der frühere Redakteur des „Kurier pomanski“ und eines Wokatsches dieses Wokates, des „Oredownit“ Stanislaus Rowicki von Posen, der beschuldigt ist, durch Veröffentlichung eines Aufrufs zur Teilnahme an dem Schulinderstreik aufgefordert zu haben. Die strafbare Handlung erblickte die Anklagebehörde in der Veröffentlichung des belannten Aufrufs, der bei der Fabrikbesitzerin Wezeinski im September vorigen Jahres durch die Posener Kriminalpolizei wegen seines aufreizenden Inhalts beschlagnahmt worden war und der folgende Ueberschrift trägt: „Nette, wer an Gott noch glaubt.“ Der Angeklagte erklärt, daß er sich nicht strafbar gemacht habe, denn er habe den inkriminierten Aufruf aus deutschen Blättern und zwar aus dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ übernommen und geglaubt, wenn die deutschen Blätter ihn veröffentlichten, so sei dies auch den polnischen erlaubt. Es sei ausdrücklich auf die Quelle, aus der der Bericht stamme, hingewiesen und dieser lediglich in referierender Form wiedergegeben worden. Eine strafbare Absicht habe ihm ferngelegen. Er habe geglaubt, daß das was deutschen Blättern zu veröffentlichen erlaubt sei, auch polnischen gestattet sei. Dieser Ansicht widerspricht das Gericht durch die Begründung, daß in dem deutschen Wortlaut von deutschen Lesern eine nach § 110 des Strafgesetzbuchs strafbare Aufforderung nicht erblickt zu werden pflege. Dagegen können polnische Leser durch das Lesen der Aufforderung in polnischen Blättern zum Ungehörigen gegen die in Betracht kommenden Anordnungen der Schulbehörde aufgereizt werden. Die Strafe wurde auf insgesamt 300 M. bemessen. Der Staatsanwalt hatte eine Gesamt-Gefängnisstrafe von einem Monat in Antrag gebracht. In einem zweiten Falle wurde Rowicki wegen desselben Vergehens zu 60 M., der Redakteur Kasimir Blosowski ebenfalls wegen desselben Vergehens in zwei Fällen zu je 60 M. verurteilt.

Verfassungen.

Genosse Bernstein sendet uns folgende Aufschrift:

In der am Dienstag abgehaltenen Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Probitz sagte nach dem Bericht in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ der Genosse Ledebour:

„Das Calwer und Bernstein anbetrifft, so machten Bernstein Angriffe auf die Taktik der Partei unmittelbar nach den Wahlen insofern einen noch peinlicheren Eindruck als die Calwers, als Bernstein in der letzten Legislaturperiode dem Reichstage bis zum Schluß angehört habe, ohne gegen die von der Fraktion eingenommene Haltung in der Kolonialpolitik Einspruch zu erheben, während er nach den Wahlen sofort durch Angriffe auf die sozialdemokratische Bekämpfung der kapitalistischen Kolonialpolitik der Dernburgschen Kolonialpropaganda zu Hilfe gekommen sei.“

Demgegenüber konstatierte ich, daß es in meinem bezüglichen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ ausdrücklich heißt:

„Ich habe hierbei (nämlich mit der Bemerkung, daß in den Reihen der Partei die Kolonialfrage vielfach falsch behandelt worden sei) nicht die offiziellen Akte und Erklärungen der Partei im Auge. So weit ich mich an diesen zu beteiligen hatte“ — d. h. eben als Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — „ist es in rüchhaltiger freier Uebereinstimmung mit meinen Kollegen geschehen, und die Aufrufe des Parteivorstandes im Wahlkampf sind von mir als Muster politischer Taktik begründet worden. Das schließt nur, daß diese offiziellen Akte und Erklärungen in der Wahltagation vollständig zurücktreten hinter gewisse Vorkämpfer und Redebilitäten, mit denen unsere Gegner hanfieren gingen.“

Das mag zur Kennzeichnung des obigen Ausspruchs genügen. Im übrigen beschränke ich mich auf die Mitteilung, daß die Äußerungen, die in der am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins des vierten Berliner Reichstagswahlkreises gefallen sind, mich veranlaßt haben, an den Vorstand dieses Vereins das Erlauchen zu richten, er möge mir in nächster Zeit Gelegenheit geben, in einer Versammlung des Vereins auf jene Äußerungen zu antworten.

Schöneberg-Berlin, den 22. März 1907.

Ed. Bernstein.

Wasserband am 22. März. Elbe bei Niffla — Meter, bei Dresden + 2,33 sp. — Elbe bei Wogdenburg 2,96 Meter, Regl. — Elbe bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Rathbor 3,96 Meter. Oder bei Berlin Obersee + 1,56 Meter. — Reichenhainung 4,64 Meter. Oder bei Bries 5,19 Meter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, 24. März, von vorm. 10-2 Uhr

Wahl von 39 Delegierten für die 8. General-Versammlung in München

- in folgenden Lokalen statt:
- Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.
 - Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
 - Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
 - Kranz' Restaurant, Dunckerstr. 8.
 - Litfins Festsäle, Memelerstr. 67.
 - Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
 - Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I).
 - Dalgs Restaurant, Skalitzerstr. 51/52.
 - Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
 - Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
 - Volkshaus in Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
 - Thiel in Rixdorf, Bergstr. 152.
 - Fritsch in Steglitz, Florastr. 2a.
 - Böhle in Spandau, Neumeisterstr. 5.
 - Kaufhold in Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18.
 - Tempel in Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
 - Schüler in Köpenick, Hohenzollernplatz 6.
 - Schmutz in Weißensee, König-Chaussee 38.
 - Gehlhaar in Tegel, Berlinerstr. 92.
 - Mokulys in Tempelhof, Berlinerstr. 9.
 - Wetthorn in Königs-Wusterhausen.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt. Wahlleiter ist Otto Handke, Charitéstr. 3.

Achtung, Kupferschmiede!

Montag, den 25. März, abends 8 Uhr:

Allgem. Versammlung der Kupferschmiede in Gramanns Festsälen, Raunynstraße 27.

Tagesordnung: 1. Industriekonzentration und Gewerkschaftszersplitterung. Referent: Kollege A. Cohen. 2. Diskussion. Kollegen! Informiert Euch über die hochwichtige Frage der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation und erscheint alle. Die Delegierten zu der demnächst stattfindenden Generalversammlung in Breslau sind besonders schriftlich eingeladen.

Montag, den 25. März 1907, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker und aller in den Betrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.

Tagesordnung: 1. Hat die Arbeiterschaft Gleichberechtigung? Referent: Genosse Eugen Brüdner. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branchen der Musikinstrumentenarbeiter. Montag, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Emil Roth über: „Was haben die Gewerkschaftsorganisationen vom neuen Reichstag zu erwarten?“ 2. Berechnung vom Weihnachtsergebn. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 83/10 Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Es wird ersucht, auf den Versammlungskontrollstempel in den Mitgliedsbüchern zu achten. Die Branchenkommission.

Zur Beachtung! Nord-Osten.

Die Zahlstelle 19 ist von Friedrichsbergstr. 19 nach Fürstentwallerstraße 17 bei Neumann verlegt worden. Die Ortsverwaltung.

Blitz=Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Haltestelle Brinzenstraße. Empfehlung: 1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen, auch für corpulente Herren passend. Dieselben sind von feinen Kavallerien und Helfenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 41342* Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Hode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsanstalt Paul Simon & Co., Berlin SW.

Bilanz per 30. September 1906.

Uffiba.	99,-
An Kassa-Konto	705,82
Betriebs-Konto	1417,62
Büro- u. Material-Konto	3450,-
Konto-Materialien-Konto	163,-
Ges-Konto-Konto	80,-
Geschäftskosten-Vorbehalt-Konto	30,-
Beschlagel-Bestand-Konto	240,-
Berliner Spar- u. Bauverein-Anteil-Konto	105,70
Debitoren-Konto	1800,-
	7993,64
Passiva.	99,-
Ver-Geschäfts-Guthaben der Genossen	1322,-
Darlehen-Konto	6350,-
Rücklagen-Konto	316,-
Reservefonds-Konto	5,84
	7993,64

Im Laufe des Geschäftsjahres ist ein Mitglied eingetreten. Es sind ausgeschieden infolge Ablebens zum Schlusse des Geschäftsjahres 1906 ein Genosse, infolge Kündigung zum Schlusse des letzten Geschäftsjahres 14 Genossen. Am Jahreschlusse gehörten der Genossenschaft 185 Mitglieder an, deren Kassasumme 2015,- Mark betrug. Das Geschäftsguthaben hat sich im Geschäftsjahre um 40,- M. vermindert, die Kassasumme um 100,- Mark.

Berlin, 19. März 1907.
Bäcker-Genossenschaft Volksbrot eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Der Vorstand: L. Barz, Dunder, A. Heile, Paul Gallenleben, Rohlfehn.

Osterhase
bringt Jedem umsonst 1 D. portofrei ein solche Pflanze

Dr. Crato's Backpulver, Puddingpulver etc.

Generalvertreter für Berlin: Alfred Hirsch, W. 30, Angaburgerstr. 1. Telefon Amt VI, No. 6737.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands. Ortsverein Berlin. Bureau: O. 54, Steinstr. 38, 1. Etage. — Fernsprecher: Amt III, 3100.

Abteilung für Putzer.

Sonntag, den 24. März, vormittags 10 Uhr, bei Patt, Dragonerstr. 15: 129/5

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Regelung des Arbeitsnachweises. 3. Gemeindefälliges und Verschiedenes. Der Vorstand. NB. Der Arbeitsnachweis für Putzer befindet sich bei Patt, Dragonerstraße 15. Arbeitsvermittlung jeden Sonntagvormittag. D. D.

Zentralverband der Böttcher und Hilfsarbeiter Deutschlands.

Fillale Berlin. Sonntag, den 24. März, nachmittags 2 Uhr, bei Wilke, Brunnenstr. 188:

Außerordentliche Vereinsversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen der Brauereien betreffend Tarifvertrag, und welche Stellung nehmen die Kollegen hierzu? 2. Der Ausstand bei Landhof u. Wager, Grünau. 39/3 Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Sektion der Brunnenbauer u. Hilfsarbeiter. Sonntag, 24. März, vorm. 10 Uhr, bei Augustin, Drancienstr. 103:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht von der letzten Vertreter-Versammlung. 2. Verbandsangelegenheiten. Die ersuchen sämtliche Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Sektionsleitung. J. H. Karl Vetter.

Ich zahle meinen Schneidern tarifmäßige Löhne.

Ein fröhliches Osterfest

bereitet sich jeder selbst, wenn er seinen Bedarf an gutschmeckenden Bekleidungsstücken deckt im neu eröffneten Geschäft von

S. Hoffmann

Charlottenburg, 12 Wilmersdorferstr. 12 Ecke Schulstraße.

Spezialhaus guter Herren- und Knabenbekleidung

fertig und nach Maß sowie

Bekleidung für jeden Beruf.

Unerreichte Auswahl

an Frühjahrs-Anzügen, Sommer-Anzügen, Sommer-Paletots, Knaben-Anzügen, Einsegnungs-Anzüge. * Knaben-Paletots. * Einsegnungs-Anzüge.

Die bei mir bestellten Maßsachen werden unter Leitung erster Meister angefertigt. Für guten, tadellosten Sitz und beste Verarbeitung leiste ich vollständige Garantie. Mein Geschäftsprinzip ist: streng reelle und gewissenhafte Bedienung, äußerst billige aber streng feste Preise.

Von heute ab bis zum 2. Osterfeiertage verabfolge ich beim Einkauf eines Herren-Anzuges oder Paletots eine **hochelegante bunte Weste gratis.**

Am Sonntag, den 24. März, sind meine Geschäftsräume bis 6 Uhr abends geöffnet.

Ich bürge sämtliche bei mir gekauften Sachen gratis.

Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt

59 Moritzplatz 59

Ecke Stallreiberstraße. Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen. * Extra-Abteilung verliehen gewesener Möbel. Wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!

Nathan Wand

129 Stallherstr. 129. Die schönsten 42002* Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie Spezial Monats-Garderobe von Kavallerien getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Sauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu stammend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stallherstr. 129. Hochbahnstation Rottbuscher Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

MARKE

SALAMANDER

Das hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuh-Industrie

Einheitspreis für Damen und Herren Mk. 12.50 Luxus-Ausführung Mk. 16.50

SALAMANDER Schuh-Gesellschaft m. b. H. BERLIN W., FRIEDRICHSTR. 132 G., KÖNIGSTR. 47 SW., FRIEDRICHSTR. 321

FORDERN SIE NEUES MUSTERBUCH

Zeugen gesucht

um Beweis unserer Leistungsfähigkeit zu bringen, sind überaus:

Ich empfehle Serie IV:

Getragene Herren-Paletots . . . 5, 6 bis 10 Mark
Getragene Herren-Anzüge . . . 6, 7 bis 9 Mark
Getragene Hosen . . . 1.50 bis 3.50 Mark

Von feinsten Herrschaften, Reisenden nur kurze Zeit gebraucht, für jede Figur.

J. Wand, Hauptgeschäft: Chausseestr. 80a. Bitte genau auf die Nr. 80a zu achten! z. Geschäft: Pritzen-Strasse 17. z. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116.

Beim Vorzeigen dieses Inserats 4% Rabatt.

Damen sparen Geld!

Nach beendeter Engros-Saison „Einzelverkauf“

Jackets, Lift-Boys, Havelocks, Boleros, Staubmäntel, Gummimäntel 4 bis 25 M.

Ein Posten farbiger Backfisch-Paletots 5 bis 12 M.

Ein Posten hochelegante Modelle „Pariser Genre“ Taft-Paletots, hellfarb. Tuch-Paletots, Taft-Lift-Boys

bedeutend unter Herstellungs-Preis.

Hochelegante Kostüme

30, 25, 20, 15, 10 M.

Engros-Lager Spezialität: 278/15 Extraweiten für starke Damen. Kein Laden Paletots, Jackets und Capes.

Max Mosezytz, Landsbergerstr. 59, eine Treppe, a. Alexanderpl.

Achten Sie in Ihrem eigenen Interesse auf die Hausnummer.

Sonntag, den 24. den ganzen Tag geöffnet.

Gegründet 1894.

1. die Zinsen von 100 000 M. für periodisch zu veranstaltende Ausstellungen der hiesigen Gewerbe;

2. die Zinsen von 300 000 M. zu geeigneten Beihilfen für die Ausbildung der der Industrie und dem Handwerk sich widmenden Jugend (Gewerbegehülfen und Handwerkerlehrlinge);

3. die Zinsen von 50 000 M., um durch Veranstaltung von populären Vorträgen, Mitteilung von Erfindungen und Erfindungen, durch Anregung zur Ausführung gewerblicher und kunstgewerblicher Arbeiten mittels auszuführender Preise die Leistungsfähigkeit der hiesigen Handwerker und Industriellen zu fördern;

4. die Zinsen von 50 000 M. zur Unterstützung von Fachschulen für jugendliche Handwerker und Industrielle.

Die Stiftung wird von einem Kuratorium verwaltet, welches in seiner letzten Sitzung über die Verwendung der vorhandenen Mittel im Verwaltungsjahre 1907 (1. April 1907 bis Ende März 1908) Beschlüsse fasste. Dem Vorstände der Politischen Gesellschaft wurden 2000 M. zur Veranstaltung populärer Vorträge bewilligt.

Ferner wurden 98 Handwerkergehülfen und Gewerbegehülfen, welche die Tagesklassen gewerblicher und kunstgewerblicher Lehranstalten besuchen, Beihilfen von je 100 bis 300 M. (zusammen 12 750 M.) gewährt.

Den beiden hiesigen Handwerkerschulen (Lindenstraße und Andreasstraße) wurden je 750 M. und dem Gewerbeamt, dessen Zweck die Ausbildung junger Maschinenbauer und verwandter Berufskarten ist, 500 M. zur Beschaffung von Lehrmitteln usw. für unbemittelte Schüler dieser Anstalten überwiesen.

Mit der Erledigung des Etats ist die Stadtvorordneten-Versammlung noch sehr im Rückstande und obgleich für nächste Woche zwei Tage — Montag und Mittwoch — zur Beratung in Aussicht genommen sind, muß schon ein Eklatum eingeschlagen werden, sollen die vielen noch ausstehenden Spezialerlässe rechtzeitig, das heißt vor dem 1. April, ihre Erledigung finden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch einige wichtige Verhandlungen nachtragen, die im Staatsauschuß gepflogen wurden und die ein erhebliches öffentliches Interesse beanspruchen können.

Beim Etat der Kanalisationswerke hatten unsere Genossen eine Resolution eingebracht, die Kanalisationsgebühren, die 1 1/2 Proz. betragen, auf 2 Proz. festzusetzen. Unsere Genossen begründeten diese Resolution mit dem Hinweis, daß der Magistrat schon vor 10 Jahren die Erhöhung auf 2 Proz. beantragt habe. Inzwischen sei die Verwaltung und der Betrieb der Kanalisationswerke durch Steigerung der Gehälter und Löhne, Verteuerung sämtlicher Materialien, Grundverwerbskosten erheblich teurer geworden. Gerechtigkeit würde es durch Erhöhung der Gebühren wieder abgegolten werden. Befände die Kanalisation nicht, so sei ohne weiteres klar, daß die Hausbesitzer mit Rücksicht auf die allgemein veränderten Verhältnisse auch nach dem alten System erheblich höhere Aufwendungen zu machen hätten, obwohl das alte System der Abfallbeseitigung gar nicht zu halten gewesen wäre.

Demgegenüber versuchte ein entzogener Vertreter der Hausbesitzer nachzuweisen, daß die Hausbesitzer an Kanalisationsgebühren mehr zahlten, als sie verpflichtet seien. Wie wohlthätig doch unsere Hausbesitzer sind! Der Magistratsvertreter erklärte, daß in § 7 der Kanalisationsgebührensordnung vom 20./22. März 1902 der Satz von 1 1/2 Proz. festgelegt sei. Die fünfjährige Genehmigung dieser Ordnung laufe am 22. März d. J. ab. Der Magistrat habe die Verlängerung derselben auf ein Jahr nachgesucht und die Genehmigung dieser Verlängerung vom Oberpräsidenten erhalten. Der Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt.

Auf möglichst allen Riefelfeldern soll der Versuch gemacht werden, Weidewirtschaft anzulassen und Ausnutzung der auf den Wegen vor der Ernte und auf den Feldern davor vorhandenen und sonst schwer nutzbaren Futtermengen und zur Verringerung von tierischen und pflanzlichen Schädlingen. Diese Tiere sollen im Frühjahr angefangen und vor dem Winter verkauft werden. Dieser Versuch soll zunächst mit 200—300 Stück ausgeführt werden und sind zu diesem Zweck 8000 M. in den Etat eingestellt.

Außerdem wurde angeregt, auch mit der Schweinezucht größere Versuche anzustellen. Bisher wurden nur in Schmechdorf 600 Mastschweine gehalten. Die städtischen Anstalten (Krankenhaus, Hof usw.) liefern doch große Mengen von Abfällen, die eine große Schweinezucht sehr lohnend machen würden. Diesem sehr verständigen Vorschlag gegenüber war man magistratsfremd etwas sehr zugeneigt. Alle Abfälle seien zur Schweinezucht nicht geeignet, der Transport der Abfälle sei sehr schwierig und veriereere dieselben und schließlich werde sich eine Schweinezucht im großen wegen der hohen Seuchengefahr kaum allgemein einführen lassen. Es zeigt sich eben auf fast allen Gebieten, daß unsere städtische Verwaltung allen Reformen und seien es die bescheidensten abgeneigt ist.

Bei diesem Etat nahmen sich unsere Genossen besonders warm der Riefelflechter an. Die Dienstinstruktion sei schändlich und man solle bedenken, daß man es hier nicht mit landwirtschaftlichen Arbeitern zu tun habe, die man unter eine Gesindeordnung zwingen könne. Die Arbeitszeit betrage 12 Stunden und wechsle mit Tag- und Nachtschicht. Auch Sonntags müßten die Leute arbeiten, bei strenger Kälte bestünde eine sechsstündige Schicht, wobei zu bedenken sei, daß die Arbeit im Freien verrichtet werden müsse. Dabei fehle es an Unterflurräumen, außerdem sei der Dienst ein sehr verantwortungsvoller, da bei einem Versagen großer Schaden entstehen könne. Mit einem solchen aufreibenden und verantwortungsvollen Dienst stände die Entlohnung mit 2,75 M. pro Tag in keinem Verhältnis. Vom Magistrat wurde erwidert, daß man zu den bisherigen Lohnsätzen noch immer reichlich Leute gefunden habe; der Landarbeiter brauche eben weniger als der in der Stadt beschäftigte. Recht landläufige Nebenarten.

Uebrigens habe man doch 25 Pfennige pro Tag zugelegt. Diese Erhöhungen wurden von unseren Genossen als viel zu gering erachtet; es war aber keine Aussicht auf Annahme von Anträgen auf Erhöhung dieser Sätze. Mit solchen Wünschen und Anträgen muß man unsere freisinnigen „Arbeiterfreunde“ versehen. Schöne Nebenarten haben sie genug, wenn aber zur Tat kommt, da finden sie die schönsten Ausreden.

Es fuhr ein — Automobil in den Landwehrkanal.

Am Bülowufer ereignete sich gestern nachmittags ein aufregender Vorfall. Ein mit drei Damen besetztes Automobil fuhr über die Vorstele hinweg in den Landwehrkanal. Er gelang aber, alle drei, sowie den Chauffeur noch vom Tode des Ertrinkens zu retten. Wir erfahren hierzu folgende Einzelheiten:

Drei Damen, eine ältere und zwei jüngere, unternahmen gestern nachmittags eine Spazierfahrt mit einer Automobilbesitzerin der V. d. G. Gesellschaft. Als der Chauffeur mit seinem Wagen das Bülowufer rechts an der Wasserseite entlang fuhr und in der Nähe der Landgrabenstraße war, hörte er hinter sich ein anderes Automobil. Er blickte sich um, sah dabei aber die Steuerung nach rechts. Das Gefährt fuhr nun mit voller Gewalt über die Vorstele und über die Mosenfläche hinweg direkt in das Wasser hinab. Beim Sturz überschlug es sich und legte sich auf die Seite. Der Chauffeur erlitt eine sehr schwere Verwundung, hatte aber noch soviel Geistesgegenwart, das nach oben liegende Fenster einzuschlagen und die drei Anfahren aus dem Wagen herauszuholen. Inzwischen hatte sich am Ufer eine große Menschenmenge angeammelt. Den im Wasser liegenden Personen wurden sofort Rettungsleinen zugeworfen und es gelang auch glücklicherweise, nach alle vier Verunglückten rechtzeitig herauszuholen. Die ältere Dame verlor zwar auf kurze Zeit das Bewußtsein, erholte sich aber bald wieder. Sie sowie, wie die beiden anderen Damen wurden nach ihren Wohnungen in der Ansbachstraße geschafft. Die näheren Personalien sind noch nicht festgestellt. Der Chauffeur liegt im Elisabeth-Krankenhaus. Das Auto konnte noch nicht an Land gebracht werden.

Todeskur. Der 65 Jahre alte Klempnermeister Josef Schwärz aus der Reichwalderstraße 6 fiel Donnerstag nachmittag vom Dach des Hauses Kurmstraße 7, auf dem er mit der Ausbesserung der Dachrinne beschäftigt war, auf den Hof hinab. Man schaffte den

Verunglückten nach dem Krankenhaus Moabit, wo aber nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden konnte.

Neun halbe Schweine geflohen. Ein dreifaches Diebstahlschloß haben in der vorgestrigen Nacht Langfinger in der Rinzstraße 18 ausgeführt. Die Bande drang in den Laden des Schlächters Reinhold ein und hängte neun halbe Schweine ab. Sie haben die schwere Leute auf einen mitgeführten Hundwogen und führen unbehelligt davon. Mit den neun Schweinehälften hatten sich die Eindringler aber nicht zufrieden gegeben. Sie entwendeten auch noch vier Hammelleuten, 30 Pfund Rinderbrust, 20 Pfund Wurst und Schinken.

Aus der Selbstmordchronik. Am Rande des Grabes hat sich der achtzigjährige Kettlerhändler Hermann Goldstein aus der Barnimstraße 16 das Leben genommen. Der alte Mann hatte sich viele Jahre hindurch durch den Ein- und Verkauf von Stoffen ernährt. Er hauste vollständig allein in seinen Geschäfts- und Wohnräumen. Als Donnerstagnachmittag der Bruder des V. dessen Räder betrat, fand er diesen am Fensterkreuz erhängt auf. Wahrscheinlich aus Lebensüberdruß hatte der Greis Selbstmord verübt. — Aus unglücklicher Liebe unternahm gestern Abend die Verkäuferin Frida M. aus der Elisenstraße 46/47 einen Selbstmordversuch. Das junge Mädchen hatte in ihrem Verzeu einen Studenten kennen gelernt und sich in ihn verliebt. Sie fand aber keine Gegenliebe. Aus Gram hierüber vergiftete sie sich gestern mit Chankali. In fast hoffnungslosem Zustande wurde die Unglückliche in die Charité eingeliefert. — Ein trauriges Ende hat vorgestern Abend die 27jährige Lehrerin Leonore Hellhake, die bei ihrer Mutter in der Christianiastraße 14 wohnte, gefunden. Fräulein H. hatte schon seit längerer Zeit an einer Krankheit zu leiden, und kürzlich scheint ihr die Gemüthsart geworden zu sein, daß sie keine Heilung mehr finden werde. Die Unglückliche zog es vor, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Sie erhängte sich vorgestern in der mütterlichen Wohnung.

Beim Fensterbrett abgehört ist vorgestern nachmittag das 18jährige Dienstmädchen Frida Holz, das bei dem Kaufmann D. in der Reinholdstraße 18 in Stellung war. Beim Reinigen der in der zweiten Etage belegenen Fenster verlor das junge Mädchen plötzlich das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Es erlitt einen komplizierten Schädelbruch und wurde nach der Charité übergeführt. Ihr Zustand ist äußerst bedenklich. — Ebenfalls aus dem Fenster gestürzt ist vorgestern der fünfjährige Sohn des Schlossers Hansch aus der Gustav-Müllerstraße 40. Während Vater und Mutter abwesend waren, kletterte der Kleine auf die Fensterbrüstung und stürzte kopfüber in die Tiefe. Das bedauernde Kind erlitt einen schweren Schädelbruch und fand im Schöneberger Krankenhaus Aufnahme.

Die Tat eines Geisteskranken hat vorgestern Abend in der zehnten Etage in der Jüterbogstraße großes Aufsehen hervorgerufen. In einem Todtsuchtsfall ging der 47jährige Tischler Karl Geier, Jüterbogstraße 6, auf seine Frau los und brachte ihr mit einem Dreieisen so schwere Verletzungen in den Hals und in die Brust bei, daß sie in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus am Ufer eingeliefert werden mußte. Ob die Schwerverletzungen mit dem Leben davonkommen wird, ist sehr fraglich. In seinem Wohnzimmerte richtete der Töbende das Werkzeug gegen sich selbst. Er stach sich damit fortgesetzt in den Hals und brach schließlich blutüberströmt zusammen. Kurz darauf war er den furchtbaren Verletzungen erlegen. Die Leiche wurde dem Schauhaus zugeführt.

Todeskur vom Bau. Auf dem Neubau Charlottenstraße 6 hat sich Donnerstag nachmittag ein bedauerlicher Unglücksfall zugezogen. Der 54jährige Zimmerer Rudolf Wehm aus der Friedrich-Jungestraße in Stralau war in der Höhe der dritten Etage mit dem Regen von Balken beschäftigt. Durch ein Versehen trat er dabei fehl und stürzte ab. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und nach wenigen Minuten später an den Folgen der schweren Verletzung.

Vermißt wird seit dem 12. d. M. der Oberpostassistent Ferdinand Dabel, am 5. Juni 1863 zu Bensdorf geboren. Derselbe ist 1,90 bis 1,95 Meter groß, untereig, hat blonde Haare und Augenbrauen, blonden Schnurr- und Spitzbart, vielschichtiges Haar, runde Gesichtsbildung, blaue Farbe, gebückte Haltung und trägt schwarzen steifen Hut, dunklen Anzug, schwarzen Winterüberzieher mit schwarzem Sammetragen, schwarze Kugelhose, grauwollene Stiefel, leinene Wäsche geg. F. D., Dabel hat Merkmale der Schwermut gezeigt. Nachricht nimmt die Kriminalpolizei und jedes Polizeirevier zu 1981 IV. 4. 07 entgegen.

Im Sportpark Treptow finden am Sonntag, sofern die Witterung es irgendwie zuläßt, die Fliegerzweigen des vergangenen Eröffnungstages statt.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 6 Uhr kam in der Brunnenstraße 191 in einem Lagerraum Feuer aus, das schnell um sich griff. Der 13. Zug mußte kräftig Wasser geben, um die Flammen zu löschen. Der Feuerwehrmann Schlüssel erlitt dabei durch Glasplitter Verletzungen an der Ober- und Unterlippe. Er wurde auf der nächsten Unfallstation verbunden und dann nach seiner Wohnung, Brunnenstraße 93, entlassen. Kurz darauf hatte die Feuerwehr in der Ritterstraße 57 zu tun, wo in einem Keller Getreide brannte. Die 1. Kompanie hatte in der Greifswalderstraße 33 zu tun, wo in der Futterfabrik von C. Bock ein Feuer ausgebrochen war, das bei Ankunft der Wehr schon eine große Ausdehnung erlangt hatte, so daß tüchtig Wasser gegeben werden mußte, um des Feuers Herr zu werden. Im Ausstellungsräum, im sogenannten Ritteraal des neuen königlichen Opernhouses, entstand vorgestern nachmittag „Feuerlärm“. Es handelte sich aber nur um verfehlten Rauch von einem eisernen Ofen im darüber liegenden Stockwerk. Das Publikum blieb ruhig; die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. Ein Kellerbrand beschäftigte den 5. Zug in der Kungestraße 16. Dort war Verpackungsmaterial von Blechgeschirren in Brand geraten. Gleichzeitig hatte die Feuerwehr in der Luisenstraße 37 zu tun, wo i m Lager der V. C. G. Regale, Packpapier und anderes brannten. Papier, Lumpen und anderes brannten in der Anklamerstraße 17, Gardinen usw. in der Invalidenstraße 40/41, Betten, Möbel und anderes in der Großen Frankfurterstraße 86, Müllerstraße 1 und an anderen Stellen. In der Magareithstraße 39 mußte ein kleiner Wohnungsbrand gelöscht werden. Außerdem hatte die Wehr noch in der Landsbergerstraße 118, Hufitenstraße 11 und an anderen Orten zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Unter einem Straßenbahnwagen geriet gestern die sechsjährige Tochter Ida des in der Berlinerstr. 124 wohnenden Arztes Erdmann. Die Kleine wollte an der Ecke der Berliner- und Wallstraße vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie V der Charlottenburger Straßenbahn den Fahrdamm überschreiten, wobei sie jedoch niedrigeren wurde und mit beiden Füßen unter den Schienenrahmen des Wagens geriet. Dieser mußte angehoben werden, damit das Kind befreit werden konnte. Das Mädchen hatte einen Bruch des rechten Oberarmes und eine Quetschung des linken Beines erlitten und wurde nach dem Krankenhaus Westend gebracht.

Higdorf.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag zwei Mitgliederberatungen ab, in denen die Reichstagsabgeordneten Weyh und Eichhorn über das Thema: „Der neue Reichstag“ referierten. Beide Beratungen waren, angemessen der Stärke des Wahlvereins, nur mäßig besucht. Im Hoppeschen Lokal, Hermannstraße, sprach Genosse Weyh. Bezugnehmend auf den Ausfall der Wahl meinte Redner, daß die Partei gefestigter dastehet wie

je zuvor. In großen Zügen legte er abdam die Ursachen dar, die zu dem unerwarteten Wahlausfall beigetragen haben, dabei die demagogische und verlogene Dege des Reichstagsabgeordneten sowie die Wälowsche Wahlpropaganda ins rechte Licht rückend. Im neuen Reichstage, meinte der Referent, glauben die Freisinnigen und Nationalliberalen die besten Vertreter des vorläufigen Mannes zu sein, indem sie bei jeder Gelegenheit das Lied von der Sozialpolitik singen; die große Masse weiß jedoch, daß diese Politik eitel Zeug ist. Das Zentrum, welches entgegen der Kampfpapole der Regierung unbesiegt im Reichstag wieder einzog, wird nicht dauernd Oppositionspartei sein. So wird die Sozialdemokratie gestützt auf eigene Kraft den Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse zu führen wissen. Der Referent gab abdam ein Bild der Tätigkeit der Sozialdemokratie der letzten 30 Jahre und führte unter Beifall der Versammlung aus, daß es schief bestellt wäre, wenn die Arbeiterklasse, wenn nicht die Sozialdemokratie durch ihre Kritik und durch formvollendete Vorkämpfe und Anträge die Wege zu einer vernünftigen Sozialpolitik vorgezeichnet hätte. Redner schloß seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag mit einem kühnen Appell zu unermüdbarer Arbeit für die sozialistische Bewegung.

Im Talschen Saal referierte Genosse Eichhorn, der die bürgerlichen Parteien kritisch beleuchtete. Die Ansicht einiger Parteigenossen, daß eine liberale Aera bekommen könnten, sei eine Utopie. Schon die Bravourakte, die die Liberalen bei der Wahl des Grafen Stolberg zum Präsidenten des Reichstags erließen ließen, beweisen, daß bei ihnen keine Spur demokratischen Geistes vorhanden ist. Zwischen Eckhoff und Oldenburg-Januschau bestehe kein Unterschied mehr. Weil die Freisinnigen mit Hilfe des Abgeordneten und der Regierung in den Reichstag gelangt seien, fühlen sie sich zu besonderem Danke verpflichtet. Wir werden dahin kommen müssen, unsere Stichwahlaktualität zu ändern. In den Liberalen könne man ein kleineres Uebel nicht mehr erblicken. Das Zentrum, das in bewusster Opposition zur Regierung gegründet wurde, sei immer mehr zur Regierungspartei avanciert. Sein jetziges Auftreten gegen die Regierung sei nur ein Kampf um die Futterkrippe. Wenn sich das Zentrum jetzt auch bedenklich stellt, so kann es doch kaum die Zeit erwarten, daß die Regierung es wieder ruft. Das Zentrum weiß, daß die Regierung ohne es keine Steuer- vorlage durchbringen kann. Diejenigen, die da glauben, das Zentrum so leicht unterzukriegen, kennen die Macht der Zentrumsmächter nicht. Die meisten Zentrumsmächter seien meist denkunfähige Menschen, die sich durch die Kaplansprelle völlig pängeln lassen. Gerade die Wahlparole Wälows hat es zustande gebracht, daß die katholische Masse noch mehr aufgerüttelt wurde; wurde derselben doch von ihren demagogischen Führern vor Augen gehalten, daß die katholische Kirche in Gefahr sei. Jahrgedachte werden noch vergehen, ehe die Macht des Dogmas gebrochen sei. Redner warnt die Genossen, den Bestrebungen, den Satz „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit“ aus unserem Programm zu streichen, Folge zu leisten. Unsere Agitation in Zentrumskreisen darf nicht mit dem Austritt aus der Landeskirche verquirit werden. Die Partei darf sich nicht zur Trägerin der freireligiösen Propaganda, wie dies verschiedentlich gewünscht wird, machen. Das Zentrum wird ja wohl bald Frieden mit der Regierung schließen und der Preis wird Wälows und Dernburgs Rücktritt sein. Wir haben vom jetzigen Reichstag nichts zu erwarten. Wenn wir auch nur die Hälfte unserer Mandate innehaben, so werden wir doch ebenso wie vor dem unsere Schuldbüchel tun und um so kräftiger unsere Stimme erheben, damit die Zahl der Indifferenten immer kleiner wird. Der starke Beifall zeigte, daß die Versammelten mit dem Genossen Eichhorn einer Meinung waren. Eine Diskussion fand nicht statt.

In beiden Versammlungen wurde noch bekannt gegeben, daß im Bericht über die letzte Generalversammlung des Wahlvereins ein Verum enthalten war. Die Genossen, die seinerzeit im Lokal des Gastwirtes Göge, jetzt Hermannstr. 211 wohnhaft, auf Listen gesammelt haben und deshalb mit diesem in Streit geraten waren, sind nicht wegen Sammelns, sondern wegen gemeinschaftlicher Hausfriedensbruchs bestraft worden. Ferner wurde noch auf die am Sonntag früh stattfindende Flugblattverbreitung hingewiesen.

Unter dem Verdacht des Gattenmordes ist der 62jährige Instrumentenmacher Karl Meyer aus der Bergstr. 63 in Haft genommen worden. Am Mittwoch wurde in der Wohnung des W. dessen Ehefrau tot aufgefunden. Anfangs glaubte man, daß sie das Opfer einer Leuchtgasvergiftung geworden sei. Durch verschiedene Umstände wurde jedoch bald der Verdacht rege, daß der Ehemann der Verstorbenen den Tod seiner Frau verursacht hat. Die Leiche der Frau Meyer ist polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhaus zur Obduktion geschafft worden.

M. hat mit einer jüngeren verheirateten Frau ein Liebesverhältnis unterhalten. Bereits vor sieben Jahren, nachdem seine Frau hiervon Kenntnis hatte, trennten sich die Eheleute und M. strengte hierauf die Ehescheidung an. Seine Frau wollte jedoch hiervon nichts wissen. 1906 lebte Frau M. zu ihrem Mann wieder zurück, das Verhältnis des M. mit der jungen Frau blieb jedoch bestehen. Es besteht deshalb die Vermutung, daß Meyer, um sich seiner Frau zu entledigen, diese durch Ausdrehen des Gasahnes während des Schlafes vergiftet hat.

Ein Schauturnen veranstaltet am morgigen Sonntag nachmittags 5 Uhr die Frauenabteilung der freien Turnerschaft Higdorf-Ort im Thielischen Saale, Bergstraße 152. Turnfreunde werden hierzu freundlichst eingeladen. Die Eintrittskarten werden von den Abteilungsmitgliedern und im genannten Lokal gratis ausgegeben.

Weißensee.

Zwei Auto-Omnibuslinien führen vom 26. resp. 28. März ab durch Weißensee, und zwar geht eine Linie vom Georgenkirchplatz durch die Greifswalderstraße nach Weißensee, Ralchow, Lindenberg bis Schwanebeck, und die zweite Linie vom Prenzlauer Tor durch die Frenzlauer Allee über Weißensee nach Schönwalde. Diese Reise wird vorläufig täglich je dreimal unternommen. Unternehmerin ist die Berliner Automobil-Omnibus-Gesellschaft.

Der hiesige Krankenkassenreit hat infolgedessen eine Wendung genommen, als der Vorstand am 22. März wieder in sein Amt eingesetzt und die kommissarische Verwaltung aufgehoben ist. Es scheint allerdings noch ein Verfahren, jedoch ist man allseits der Meinung, daß es zu einem Termin nicht kommen wird.

Spandau.

Aus der Stadtvorordnetenversammlung. Eine vom Kuratorium der Fortbildungsschule eingegangene Einladung zum Besuch einer veranstalteten Ausstellung der Schülerarbeiten gibt dem Stadtvorordneten Genossen Piel Gelegenheit, die Versammlung zu erörtern. Diese Versammlung am kommenden Sonntag in corporo vorzunehmen, da keine Fraktionsgenossen am Sonntag am meisten Zeit haben. Die Versammlung setzt die Versammlung jedoch auf Montag an, da der Sonntag für Kirche, Einsegnung usw. reserviert bleiben müsse. In einem weiteren eingegangenen Schreiben teilen zwei Klempnermeister mit, daß einer ihrer Kollegen, der Klempnermeister Hing, Kurstraße, zu den Arbeiten bei einem Schulbau, die er durch eine sehr billige Offerte bei der Submission erhalten, minderwertiges Material als vorgezeichnetes verwendet habe. Genosse Piel erhebt bei dieser Gelegenheit das ganze Submissionswesen und wünscht strengste Unteruchung dieses Falles, die denn auch vom Ratrat zugefagt wird. Eine Vorlage betreffend die Erhöhung der Unterweisungen für die Kinderbetriebsanstalten wird, weil dieselbe nicht genügend geklärt, einer gemischten Kommission überwiesen. — Ueber die Aufnahme einer Anleihe von 1 187 000 M. zur Erweiterung der Wasserleitungs- und Kanalisationsanlagen sollte die Versammlung Beschlüsse fassen. Es stellte sich aber heraus, daß ein hierzu ausgearbeiteter Erläuterungsbericht den Stadtvorordneten nicht zugegangen ist, infolgedessen wird die Vorlage einstweilen vertagt. — Für den Erweiterungsbau der 5. und 10. Gemeindefchule werden die Mittel in Höhe von 146 000 resp. 122 000 M. gefordert. Das Geld soll durch eine Anleihe, die mit 3 1/2 bis 4 Prozent verzinst wird mit

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Bezirk 135.
Todes-Anzeige.
Am 21. März verschied unser
trauerndes Mitglied, der Former
Wilhelm Wüstenfeldt
Hrbaustr. 7.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes,
Hirsdorf, Hermannstraße, aus statt.
Dies zeigt tiefbetrubt im Namen
der Hinterbliebenen an
Berta Grünberg
geb. Ramer
nebst Kindern.

Am Dienstag, den 19. d. Mts.,
entschied sanft, nach kurzem schweren
Leiden, mein guter Mann, unser
lieber Vater, Sohn, Bruder,
Schwiegerjohn, Schwager und
Onkel, der Schriftfeger
Adolf Grünberg.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes,
Hirsdorf, Hermannstraße, aus statt.
Dies zeigt tiefbetrubt im Namen
der Hinterbliebenen an
Berta Grünberg
geb. Ramer
nebst Kindern.

Hiermit die traurige Mitteilung,
dass unser Kollege und Mitarbeiter,
der Buchbinder
Richard Müller
am Mittwoch, den 20. d. M., ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, auf dem neuen
Luisen-Kirchhof in Altdorf, Her-
mannstraße, statt. 22955
Personal
der Buchdruckerei H. S. Hermann

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Kollege, Tischler
Paul Faustmann
am Dienstag, den 19. März ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Michael-Kirchhofes, Mariendorfer
Berg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
63/9
Die Ortsverwaltung.

Zweites erschienen: 233/11*
Der Weg zum Licht.
Ein Ruf an die deutsche arbeitende Jugend von Max Peters.
Mit einem Vorwort von Paul Göhre. — Preis 25 Pf.
Ferner empfehlen wir:
**Die jugendlichen Arbeiter und
ihre Organisation** von Dr. Ludwig Frank.
Preis 20 Pf., in besserer Ausstattung 50 Pf.
Militarismus und Antimilitarismus
unter besonderer Berücksichtigung der internationalen
Jugendbewegung.
Von Dr. Karl Liebknecht. — Preis 1 Mark.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.
Lindenstraße 69, Laden.

Sozialdemokrat. Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
(Görlitzer Viertel).
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
dass unser Genosse, der Maurer
Otto Erl
wohnhaft Lößenerstr. 4, Stadt-
bezirk 109, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
243/9
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Köpenicker Viertel.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
dass unser Genosse, der Schriftfeger
Adolf Grünberg
wohnhaft Eschkestr. 78, Stadt-
bezirk 105, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonnt-
ag, den 24. März, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
243/8
Der Vorstand.

**Deutscher
Buchbinder-Verband.**
Zahlfelle Berlin.
Am 20. d. Mts. verstarb unser
Mitglied
Georg Richard Müller,
Buchbinder,
im 51. Lebensjahre.
Wir werden sein Andenken in
Ehren halten.
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 24. d. Mts., nachmittags
3 Uhr, auf dem neuen Luisen-
Kirchhof, Altdorf, Hermannstraße,
statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
22/7
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Töpfer
Deutschlands.**
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 20. März,
starb unser Kollege
Franz Guse
(Bezirk Osten)
im Alter von 52 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Kirchhofes in
Hohen-Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
165/17
Der Vorstand.

Blitz-Schnell
kommt man zu **Philipp Anstreicher,** Gieschinerstr. 82,
Ede Brandenburgstr.
Monats-Anzüge von 6 M. an, Monats-Paletots von 4 M. an,
Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für korporulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Materialien und Reisenden, die nur einen
Monat ihre Garderobe tragen.
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Adresse genau zu achten.

**Zentral-Vorband der Töpfer
Deutschlands.**
Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 21. März,
starb im Alter von 61 Jahren
der Kollege
August Lehmann
(Bezirk Wedding).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. März, nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause,
Müllerstr. 32a, aus nach dem
neuen Nazareth-Kirchhofe in
Reinickendorf-West, Berlinerstraße,
statt.
195/18
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Nach kurzer Tätigkeit in unserer
Offizin verschied heute nach ach-
tätägigem Krankenlager unser lieber
Kollege, der Schriftfeger
Adolf Grünberg
im 37. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken be-
wahren ihm
**Die Kollegen
der „Vossischen Ztg.“**
Berlin, den 19. März 1907.
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 24. März, nachm. 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Emmaus-
Kirchhofes, Altdorf, Hermann-
straße, aus statt. 22905

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Kollege, Tischler
Hermann Maiwald
am Sonntag, den 17. März ver-
storben ist und Mittwoch, den
20. März zur letzten Ruhestätte
gebettet wurde. 83/8
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Handels-,
Transport-, Verkehrsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Verwaltungsstelle Berlin II.
Hierdurch geben wir unseren
Mitgliedern bekannt, dass unser
Kollege, der Kolltuffler
August Günther
am 20. d. Mts. an der Proletenier-
krankheit gestorben ist. 68/18
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 23. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Georgen-Kirchhofes,
Landsberger Allee, aus statt.
Die Ortsverwaltung Berlin II.

Achtung!
**Maurer-Anzüge
Arbeiter-Kleidg.
umgezogen n. d.
Brunnenstraße 158.
Gelber Laden.**

**Jeder
Herr
lose**
und überzeuge sich, denn
unser Angebot ist einzig!!!
Aus feinsten Massstoffen, teils
auf Seide gefertigt, nur
hochvernehme Herren-
**Anzüge
Paletots**
daren sonst Masspreis bis
50M. verkauft wird für 15-45M.
Gehrocken für 25-45 M.
Herrenhosen für 7-12 M.
Täglich, Sonntag geöffnet.
Deutsches Versandhaus
Jägerstr. 63, 1. Treppe.

Englischen Unterricht,
einzel und im Zitel, 36372*
Gertrud Swienty,
Schönberg, Sebanstraße 57, III.

Dr. Schönemann
Spezial-Arzt für 35112*
**Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 203, Ede Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Dankagung.
Für die hebevollen Beweise der
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben unvergesslichen Vaters, unseres
guten Vaters, des Tischlers
Albert Grütner,
sagen wir allen Bekannten sowie den
Mitgliedern des Wahlkreises und
seinem Kollegen unseren herzlichsten
Dank.
Über-Schöneweide.
Die trauernde Witwe
nebst Kindern.

Anton Bookers Ball-Salon
Habe noch Sonnabends und Sonn-
tags Sälle zu vergeben, auch sind
Vereinszimmer in der Höhe frei.
Anton Hoeker, Weberstr. 17.
T. Nr.: VII. Nr. 13414. 35702*

**Arbeiter-
Berufs-Kleidung**
I. Spezial-Geschäft
nur
3 Mühlendamm 3.
II. Kottbuserdamm 95.
Adolf Wecker.

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N. 39, Chausseestr. 64, 65, 66

Wir verabfolgen als besondere Vergünstigung anlässlich des Osterfestes
von Sonnabend, den 23. bis Dienstag, den 26. März inkl.
doppelte Anzahl Sparmarken.

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

8 Sparmarken!

Sonder-Angebot von Sonnabend, den 23. März,
bis Dienstag, den 26. März cr. inkl., solange Vorrat.

Backartikel zum Festkuchen

Weizenmehl 00	5 Pfund	70 Pf.
Kaiser-Auszugmehl	5 Pfund	75 Pf.
Budapester Auszugmehl	5 Pfund	90 Pf.
Diamant-Mehl	5 Pfund	100 Pf.
Selbsttätiges Backmehl	Paket 31,	40 Pf.
Backpulver	3 Pakete	20 Pf.
Backpulver Oetker	3 Pakete	25 Pf.
Back-Essenz	3 Flaschen	25 Pf.

ZUCKER 5 Pfund
95 Pf.

Rosinen **Corinthen**
Citronat **1a Sultaninen**
Mandeln süß und bitter

Kolonialwaren

Gebrannte Kaffees	Mischung IV III II I	90 1.10 1.30 1.50
Unsere Marken sind des vorzüglichen Geschmacks wegen allseitig bekannt.		
Ringäpfel		Pfund 45 Pf.
Pflaumen		Pfund 40, 35, 25 Pf.
Pflaumen ohne Stein		Pfund 45 Pf.
Backobst prima gemischt		Pfund 60 Pf.
Backobst gemischt		Pfund 40 Pf.
Tee, neueste Ernte		Pfund 1.25, 1.00, 75, 50, 40 Pf.

Cassler Rippespeer Pfd. 80 Pf.

Sonntag, den 24. März, sind unsere Geschäftsräume von 8-10 und von 12-6 Uhr geöffnet.

* Ausgenommen sind einige Artikel und Sonder-Angebote.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: J. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gerichts-Zeitung.

Perfidie und Infamie?

Um die Frage, ob geschäftliche Aktionen der wagn. rma v. d. Hehdt u. Co. als Perfidie und Infamie zu kennzeichnen sind, dreht sich ein Verleumdungsprozess...

Die Privatklage ist aus den Erörterungen, die seinerzeit der große, Aufsehen erregende Konkurs des Herrn Karl Köhne gezeitigt hat, hervorgegangen. Der Konkurs war am 10. März 1904 eröffnet worden...

Köhne gewesen. Die Erregung des Herrn Köhne, der von „Perfidie und Infamie“ gesprochen, sei begreiflich. — Auf den ersten dieser Artikel erließ die Firma v. d. Hehdt u. Co. eine Verichtigung...

Die Beweisaufnahme ergab folgendes Bild: Die Firma v. d. Hehdt u. Co. stand mit der Firma Herney u. Adler, G. m. b. H. in Neustadt i. Meckl. schon lange in regem Geschäftsverkehr...

daß die Werke nach qualvollen Verkaufsversuchen für 250 000 M. an einen Mann verkauft worden seien, doch sei der Erwerber auch in Konkurs gegangen.

Ueber das Ergebnis der Verhandlung, deren minutiöse Einzelheiten weniger interessieren, werden wir berichten.

Ein Armenanwalt.

Ein Herr Johannes Köhn, der ehemals Bürgermeister einer Stadt im Regierungsbezirk Kassel und dann Amtsvorsteher in Herzfelde war, lebt jetzt in Strausberg und ist am dortigen Amtsgericht als Prozeßagent tätig...

Welch ein Glück für einen Angeklagten, wenn er die Richter von seinem guten Glauben überzeugen kann. Wenn sozialdemokratische Redakteure oder gewerkschaftlich tätige Arbeiter sich trotz aller guten Absicht in eine der zahlreichen Schlingen des Geschehes verwickeln, gelingt es ihnen nicht so leicht, ihren guten Glauben vor Gericht anerkannt zu sehen.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen und wegen der Ueberweisung von Freixemplaren sofort ihre Adresse einleiden...

Wegen Umbau und Umgestaltung

Grosser Ausverkauf.

Deutsche und Perser Teppiche, Portieren, Gardinen, Stores, Diwandecken, Läuferstoffe, Tischdecken, Felle und Kissen

zu wesentlich herabgesetzten, spottbilligen, aber feilen Preisen

welche neben den früheren deutlich vermerkt sind.

Teppich-Haus B. Hurwitz, Rotes Schloss, vis-à-vis dem National-Denkmal.

Der Vertrieb von Erzeugnissen sächs.

Gardinen-Fabriken

gibt ab Gardinen, Stores, Zugvorhänge, Tüllbett- und Zierdecken in bekannter Gediegenheit an Wiederverkäufer, Anstalten, Hotels sowie an Private im Einzelverkauf und

verbürgt natürlich eminent billige Preise,

die überall deutlich verzeichnet sind. Umgehung jeder unnötigen Verteuerung der Waren. Wegen Anwendung der elektr. Bleiche Garantie für größte Haltbarkeit. — Besichtigung empfohlen. —

Verkaufsstellen mit Einzelverkauf zu Originalpreisen:

Berlin C., Rosenthalerstraße No. 2 am Rosenthaler Tor.

Berlin O., Große Frankfurterstraße 5-6 an der Fruchtstraße.

„ SO., Wienerstraße No. 11 gegenüber der Hochbahn (Oranienstraße).

„ O., Grüner Weg 28, am Androsplatz.

Wo? machen wir die Osterfeierstage unseren Ausflug? Nach Pichelswerder zum Alten Freund. Es laßt ergehen! Ein!

Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116. (Kein Laden) am Oranienplatz. Hut und Mützen Engrosgeschäft Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen! Weiche Herrenhüte v. 1,50-7,00 Steife Herrenhüte v. 1,90-7,00

H. Greifenhagen Nachf. Brunnen-Strasse 17-18 Veteranen-Strasse 1-2 Doppelte Rabattmarken* Heute letzter Tag.

Lachmann & Scholz

Turm-Str. 76.

Warenhaus.

Otto-Str. 1.

Sonnabend, den 23. und Sonntag, den 24.

Doppelte Rabatt-Marken

und bei einem Gesamt-Einkauf von M. 5.00

Ostereier oder Konfitüren für 50 Pfennig

Gratis!

nach eigener Wahl von unserem Lager.

„Segler-Schloß“ — Hankels Ablage. Dr. Simmel

Station Jentzen. Besitzer: W. Heinrich. Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Marktplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stelligesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Leppiche mit Farbenlehren-Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Raucherhof. +1
Steppdecken billig! Großes Frankfurterstraße 9, parterre. +1
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Raucherhof. +1

Leppiche mit Farbenlehren-Fabrikniederlage, Frankfurter Allee 107.
Gardinenhaus, Seite und einzelne Fenster jetzt bedeutend billiger. Frankfurter Allee 107. 22988*
Steppdecken, Fabrikmuster (spottbillig) Vorieren (2 Schals, 1 Landherren) 3,60, 3,95, 4,85, 6,- u. Frankfurter Allee 107. 22998*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Anleit 10,50, Handleiche Andreaskirche achtunddreißig. 22028*
Notros-gelbes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen 18,00, Damastbedstege, Steppdecken, Andreaskirche achtunddreißig. 22038*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Große Laten 1,00. Leibhaus Andreaskirche achtunddreißig. Gießtische nach Bedarf.

Fahrräder, Teilschlungen. Invalidenstraße 20, Stählerstraße 40.
Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9. 21678*

Leppiche! (leichte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odeonsplatz 4, Radibol Straße. 2252*

Federbetten, Stand 10,50, große 16,00, Brautbetten, Bettwäsche, Leppiche, Steppdecken spottbillig Handleichenhaus, Radibolplatz 7. 22468*

Gardinen, Vorhänge, Tischdecken, Wanddecken, Schmuckdecken spottbillig, Handleichenhaus, Radibolplatz 7. 22468*

Großkronen, Petrolkronen ohne Einzahlung, Woche 1,00. Louis Vöthler (selbst) Vorhangstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reindendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Goldammerstraße 81, Rigdori, Kaiser Friedrichstraße 247.

Wanderverkauf, Sommerpaletots, Tafeldecken, feinstenregende Bettensverkauf, Gardinenverkauf, Aussteuerwische, Leppiche, Handleichenhaus Weidenweg neuzehn.

Gutgehendes Ob- u. Gemälde, Karloffel, Herings-Weißbrot verkauft. Vorhang-Nummernburg, Neue Radibolstraße 25.

Bronzegastrolen!! Dreiflammig 6,00, Waschlampen 19,00, Salongastrolen 16,00, Gastrolen 14,-, Schalenleuchte spottbillig Wohlfahrt, Wänertheaterstraße 32.

Möbel billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbel-Fabrik Anleitenstraße 15, am Halleschen Tor, stehen viele Wohnungsbequemere, verleihe gemessene und neue Ausstattungen zu sehr billigen Preisen. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Besondere ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark. Hoch-elegante 500-10000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verleihe gemessener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleider-schrank 20, Sofa mit Auszug 30,-, Wickeltische mit Sprungfedermaße 23, Brustschilde, Berlin 34, Ruderbett 18, Säulenrücken 30, Tischchen 43, Vaseffo mit Sattel-fischen 73, englische Tischgarnitur 95, Buchscheltheile mit Watage 26, Schreibtisch 25, geschmücktes Bett 115, englisches Schlafzimmer, Speise-stimmer, besonders preiswerte Salons. Gefasste Möbel werden fortwährend aufbewahrt, durch eigene Werkstätte gefertigt. Musterbuch gratis. Sonntags von 8 bis 10 und 12 bis 2 Uhr geöffnet. 22168*

Handleiche! Hermannplatz sechs Stunden billiger Bettensverkauf, Brautbetten, Verkleidungsbett, Bett-lüche, Bettwäsche, Leibwäsche, Ver-leidener Wanderverkauf, spottbillig Uhrverkauf, Goldschmuck, Schmuck-sachen, extra großer Leppicheverkauf, Gardinenverkauf, Steppdeckenverkauf, Möbelverkauf, Sommerpaletots, Gebroch-anzüge, Jacketanzüge, Koffmännchen, merckwürdige Billigkeit. 1128*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00, Degen von 1,50, Gebrochanzüge von 12,00, Frack von 2,50, sowie für torpulenten Figuren. Neue Garderobe zu namengebigen Preisen, aus Handleichen verleihe Sachen kauft man am billigsten bei Rad. Radstraße 14. 22215*

Gebrauchte Leppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Betten, Regulatorien, Remontschrauben, Spiegel, Bilder, Vorhänge, spottbillig. Kaufe, Grünerweg 113. 22438*

Vorortparzellen 200 Mark, 30 Wemmling, Brunnhofer, Berlin, Rollenderstraße 8. +140*

Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelassene spottbillig. Schneider, Ausrichterstraße 172. 22478*

Waldparzelle 900 Mark, bei Sabowa, Gartenboden, große Zukunft, keine Anzahlung, Kettmann, Blumenstraße 9. +127*

Singerbobbin spottbillig wegen Aufgabe Blumenstraße 9, II. +127*

Wahmaschinen! Vergüte bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder noch mehr. Sämtliche Systeme. Drauf, Tischstraße 90. Lager. +58*

Herrengarderobe nach Maß, ladellos stehend, billig Blumenstraße 9, II.
Sommerpaletots, Monatsanzüge, wenig abgetragen, von 5 Mark auf, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidemeister Paul Järntzen, nur Rosen-ballerstraße 10. Habe keine Plänen. Sonntag ganzen Tag geöffnet.

Vorläufige Herrenanzüge, Paletots, Hosen, neu nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verleihe Hälfte Kollenspreis. Prinzenstraße 23 II, Alexanderplatz.

Teppichhand Emil Lebere, Oranienstraße 158, jetzt Inventar-Räumungspreise. Extraliche gratis. 22148*

Teppichhand, Woche 0,30, Bilder, Spiegel, feiner Möbel, Volkswaren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Vorhänge, Leppiche, Uhren, Herren-Konfektion, Gastkronen, Weber, Reinlauderstraße 49. Besuch oder Postkarte. 22408*

Bis 30. April verkauft Dame sämtliche neuen Möbel Kopenhagenerstraße 120 a. 22055*

Strohputzwerkzeug, Herrenhüte, Mägen, neueste Formen billigste Preise. Palm, Hutmacher, Grünauerstraße 8. +54*

Handleiche Petersburgerstraße 37, Radstraße spottbillig. +58*

Restaurant, gutgehend, etwas abstruktionsfähig, verleihe. Offerten 120* Expedition Laufherplatz 14/15.

Logiervilla Odebad Hägens verkauft Vanthof, Kaiser Wilhelmstraße 18. +59

Grünfram, Materialwaren, Feuerung, feine Systeme, Edermaderstraße 20. +70

Touren und Einzel-Herrenrad zu verkaufen. Jan, Ludewigstraße 19.

Sofa, altes, billig, verkauft Schmidt, Reichshagenstraße 9, vorn III.

Handleiche Petersburgerstraße 37, Betten, Mägen, Gardinen, Leppiche, Schmuckwaren, Anzüge, Goldwaren, spottbillig mit Petersburgerstraße 37.

Betten, Stand 20 Mark, Kuchel-bettchen mit Federmatratzen 35,00, Kleider-schrank 28,00, Ruderbett 25,00, Säulenrücken, geschliffen 30,00, Sofa 15,00, Leppich 5,00, Ver-schieber, Dresdenstraße 28, vorn II, links. 22118*

Brennborrad, hochlegant, jeden Preis, Geyerstraße 25, III rechts.

Herrenrad, Damenrad, verleihe sofort spottbillig Kuchelgäßchen, Odenstraße 28. 22975*

Damenjacketts, Paletots, Seiden-röcke, Kostüme, hochlegante Reise-mäntel, teils auf Seide, durchweg 9 Mark. Julius Neumann, Wele-allenstraße 105. 22618*

Hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntags. Verkaufshaus Germania, Unter-den-Linden 21. Keine Plänen. 22638*

Raumauszüge 2 Zimmer neue Kuchelbaum, Kuchelbaum, Bilder billig verleihe. Vantow, Drehme-straße 52, Bäderladen. +137

Herrenfahrrad, Stahl, 20 Mark, Ballenstraße 52, Seitenlägel I, rechts. 22608*

Halbrenner, Doppel-Wochenlage, 30 Mark, Wilhelm Stolzstraße 15 I, Schneidermeister. 22678*

Motorfahrräder 100 Mark, 150 Mark, Wagnow, Antonplatz 1.

Halbrenner, halblegant, 30 Mark, Anklamstraße 3, Schuhgeschäft.

Kolonialwarenhandel, keine Wohnung, gute Lage des Ostens, handelsfähiger verleihe. Agenten werden. Adressen P. S. 47, Post-amt 26. 22365

Kunststaperei von Frau Kolosty, Charlottenburg, Goethestraße 84, I.

Patentanwalt Bessl, Wilmers-straße 91a. 9275*

Wand-schrein kauft Handleiche Brunsenerstraße 63. 176*

Rigdori, großes Geschäft, Knele-bedstraße 118, Restaurant, Garten, Verleihezimmer, Parteilich (600 Personen). Sonntags Ball. 22358*

Gehrenerklärung, Die Beleidigung gegen Kollegen Knape, Griebenom-straße 19, nehme ich hiermit zurück. Berlin, 19. März 1907. Robert Schöffer, Kleinstraße 3. +127

Alte Möbel kauft Marcus, Reichs-bergerstraße 142. 22395

Wollschaff, Glorfrei, Kuchel-bleihe, Rudolf Ehling, Köpenick, Kaiser Wilhelmstraße 14, 4 Hand-länder, 4 Tischhänder, Leibwäsche 10, Abholung Montags. 22005

Wasserkasse, alte Goldschmuck, Bruchgold, Silber, Gefässe, alte Uhren, Kuchelgold, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold-schmelze Groß, Brangelstraße 4, Lichtenhof IV, 6958. 22118*

Tanzunterricht! Gruppe, Kamen-straße 16. Sonntagsstunden Herren 5,00, Damen 3,00. 22010*

Allen Fremden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Kommerzien-straße 58, Ecke Lüberstraße, ein Familien-Restaurant eröffnet habe und wer Lust hat, kann mich mal be-suchen. Hermann Tausch. +112*



Lichtenrade 20 Pf.-Tour!
R. 20 Pf. verkauft Eigentümer Paris, Berlin, Braunstr. 27, Ecke Gleimstr. Such bei monatl. Raten von 40-50 Pf.

Ganz neu! Ganz neu!
Fredersdorf - Petershagen (Ch-Bahn). 42152*
R. von 6 Mk. an.
Rabe Bahnhof, Kuchelstr. im Schultheiß-Restaurant von
Otto Bresicke, Petershagen und bei den Besitzern
Nieschke & Nische, Berlin, Luisenbergerstr. 66.

Vermietungen.

Ein Laden mit Wohnung, seit 12 Jahren Kuchelgeschäft, Guben-erstraße 6. 22335

Billige Wohnungen, 1 auch zwei Stuben und Küche, auch einzelne Stuben sofort zu vermieten, Weid-auerstraße 18. 22015*

Goldenerstraße 16, an der Prinzen-Allee, Wohnungen von zwei Zimmern, Bad, sofort auch später billig zu vermieten. 22835

Vorderhaus 3 Zimmer, Hinter-haus 2 Zimmerwohnungen zum 1. April Schönleinsstraße 6. +107*

Sofort vermietet Stube, Küche, Balkon, Rigdori, Friedelstraße 7, Vast.
Wegen Übernahme einer Restau-ration ist meine Wohnung, bestehend aus Stube, Küche, Korridor und Balkon zum 1. April oder später zu vermieten. Julius Reher, Urban-straße 131, vorn IV. 22628

Zimmer.
Möbliertes Zimmer, 2 Herren, Kuchelstraße 17, IV rechts. 22985

Schlafstellen.
Herrenlois, auch für Heim-arbeiter, Gärten frei, 7,00, Kollanten-allee 102, Hof IV. +70

Schlafstelle zum 1. April für einen Herrn Wangenstraße 53, IV, Schulz. +54

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Grünauerweg 63, vorn I links. 22035

Möblierte Schlafstelle, zwei an-ständige Herren, Weidauerstraße 12, par-terre. 22025

Möblierte Schlafstelle für an-ständige Herrn Oranienstraße 181, vorn IV rechts. +54

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Junger Mann, gute Zeugnisse, sucht dauernde Beschäftigung jeder Art. Offerten H. V., Postamt 87. +56

Bilder Schlichter bietet am Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. R. Ehler, Rad-straße 27. 14658

Stellenangebote.
Große Goldleistenfabrik Köln sucht Ständermeister bei hohem Lohn für dauernde Stellung. Offerten unter K. U. 4908 an Rudolf Woffe, Köln. 22220*

Vortier, Bauarbeiter oder Hül-flicher, kinderlos oder ein erwachsenes Kind, per 1. April gegen freie Wohnung von zwei Stuben und Küche gesucht. Beschäftigung fest vorhanden. Re-chung zwischen 9-10 vormittags bei Rich. Piltig, Bangeplatz, Halensee, Joachim Friedrichstraße 49. 22015

Handwerker, Weidauerstraße 6.
Kinderarbeiten, 2-6 nachmittags, Gähriges Kind, verlangt Radmannstr. 3, Handstraße 8. 22018

Wäschenarbeiterin, geübt, ver-lange Radmannstr. 3, Handstraße 8. 22018

Handarbeiterinnen, geübt, im-aufmerksames, auch anlernen. Ein-zielerarbeiten sucht Schmitz, Schön-leinsstraße 28. +107*

Tüchtige Barockgoldarbeiterinnen sucht Wertmeister, Schindlerstraße 8a. +136*

Arbeiterinnen über 16 Jahre für leichte Arbeit sofort gesucht. Zu melden vormittags 10-12 Uhr. Wloglobin, Schönberg, Bahnstraße 28. +57

Vorarbeiten finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Grünauerstraße 20. 2297*

Vorarbeiten finden sofort sehr lohnende Beschäftigung Altmoadt 138.

Vorarbeiten für die Lour Wäscherei, Schönberg, Bahnstraße 28. 2215*

Im Arbeitsmarkt durch-befindenden Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Für eine 23/1*
Goldleistenfabrik

in der Nähe einer größeren Stadt wird ein erfahrener

älterer Werkführer für die farbige Abteilung gesucht. Offerten unter J. B. 6807 be-fürdet Rudolf Mosse, Berlin SW.

Rahmengrundierer,

durchaus gewandt in Rahmengen-derung, erhält vorzügliche Stellung in Stockholm in Claes Hultbergs Goldrahmenfabrik, Stockholm 5, an welche Offerten mit Lohnaufträgen zu richten sind.

Achtung!
In der Zugspapier- und Zelluloib-warenfabrik 22/5

R. Priester & Co. Michaelkirchstraße 17

hat das Personal die Arbeit nieder-gelegt und ist für Presser, Presserinnen, Koloristinnen, Spritzenmänner, Buch-binder usw.

gesperrt.
Zugzug ist fernzuhalten!
Deutscher Buchbinder-Verband.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Töpfer!
Die Sperre über die Firma
A. Berndt,
Wilmersdorf, Gildengardstr. 15,
ist hiermit aufgehoben.
195/16 Die Verbandsleitung.